



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

83. Sitzung

7. Wahlperiode

Freitag, 31. Januar 2020, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Birgit Hesse und Vizepräsidentin Beate Schlupp

Inhalt

	Simone Oldenburg, DIE LINKE	12, 26
	Minister Harry Glawe	14, 19
	Henning Foerster, DIE LINKE	19, 27
	Bert Obereiner, AfD	19
	Jochen Schulte, SPD	21
	Holger Arppe, fraktionslos	24
	Sebastian Ehlers, CDU	25, 26, 27
	Dr. Ralph Weber, AfD	27
Antrag der Fraktionen der CDU und SPD		
Impfschutz in stationären		
Altenpflegeeinrichtungen		
– Drucksache 7/4622(neu) –	B e s c h l u s s	29
3		
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE		
– Drucksache 7/4668 –		3
3		
Sebastian Ehlers, CDU		3, 9, 10
Minister Harry Glawe	Antrag der Fraktion DIE LINKE	
Dr. Gunter Jess, AfD	Initiative #WirHabenPlatz unterstützen	
Julian Barlen, SPD	– Drucksache 7/4628 –	30
Torsten Koplín, DIE LINKE		
Dr. Ralph Weber, AfD	Karen Larisch, DIE LINKE	30
8	Minister Lorenz Caffier	31, 38
	Horst Förster, AfD	32, 38
B e s c h l u s s	Martina Tegtmeier, SPD	34, 35, 36, 37
12	Jens-Holger Schneider, AfD	35, 36
	Dr. Ralph Weber, AfD	36, 37
	Peter Ritter, DIE LINKE	37
	Holger Arppe, fraktionslos	39
	Ann Christin von Allwörden, CDU	39
Antrag der Fraktion DIE LINKE	Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE	40
30 Jahre Mecklenburg-Vorpommern –		
Rahmenbedingungen für gute Arbeit schaffen		
– Drucksache 7/4626 –	B e s c h l u s s	42
12		

Antrag der Fraktion DIE LINKE

Freifunkinitiativen besser unterstützen

– Drucksache 7/4627 – 42

Eva-Maria Kröger, DIE LINKE 42, 47

Minister Christian Pegel 43

Jörg Kröger, AfD 45

Philipp da Cunha, SPD 45

B e s c h l u s s 48

Nächste Sitzung

Mittwoch, 11. März 2020 48

Beginn: 9.02 Uhr

Präsidentin Birgit Hesse: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 83. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist damit eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 27:** Beratung des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD – Impfschutz in stationären Altenpflegeeinrichtungen, Drucksache 7/4622(neu). Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4668 vor.

**Antrag der Fraktionen der CDU und SPD
Impfschutz in stationären
Altenpflegeeinrichtungen
– Drucksache 7/4622(neu) –**

**Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
– Drucksache 7/4668 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Ehlers.

Sebastian Ehlers, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wünsche Ihnen erst mal einen wunderschönen guten Morgen!

(Thomas Krüger, SPD: Guten Morgen!)

Zum wiederholten Mal beschäftigen wir uns in dieser Wahlperiode mit dem Thema Impfen. Wir wollen heute aber einen etwas anderen Fokus auf das Thema legen, denn wenn wir in der Vergangenheit über die Frage diskutiert haben, es stand ja oft das Thema Masernimpfungen, beispielsweise Impfungsraten im Bereich Kita, Schule, bei jungen Leuten, im Mittelpunkt, und wir wollen heute mal den Schwerpunkt auf einen anderen Bereich legen, der vielleicht außerhalb der Gesundheitspolitiker hier im Raum vielleicht etwas für Erstaunen sorgen wird, denn – und die Zahlen sind ja bekannt – unser Land wird immer älter. Der Bevölkerungsanteil der über 65-Jährigen wird bis zum Jahr 2040 um 28,2 Prozent steigen. So sieht es die 5. Bevölkerungsprognose in Mecklenburg-Vorpommern vor. Demzufolge wird ja auch der Anteil derjenigen, die beispielsweise in stationären Pflegeeinrichtungen betreut werden, steigen. Das liegt, glaube ich, auf der Hand.

In vielen Gesprächen, auch mit Akteuren aus der Gesundheitspolitik, ist deutlich geworden, dass wir beim Thema Impfen in diesem Bereich durchaus Lücken haben. Wir alle wissen, dass die Impfquote hier in Mecklenburg-Vorpommern sehr gut ist. Gerade bei jungen Leuten ist dort das ja auch gut administriert, da gibt es einen fast lückenlosen Impfschutz. Und abgesehen von einigen immer noch unverbesserlichen Eltern, die dort meinen, das sei nicht notwendig, und vielleicht noch irgendwo Masernpartys feiern, ist, glaube ich, auch in Mecklenburg-Vorpommern weit verbreitet, dass wir hier eine gute Impfquote haben und das Impfen auch sehr wichtig ist.

Und wir wollen jetzt den Fokus legen, quasi die Impfkampagne auch ein Stück weit ausweiten und weiterentwickeln. Wir haben mal geschaut, was in unserem Nachbarland zu dem Thema läuft. In Brandenburg gibt es beispielsweise, gab es ein Modellprojekt in Rathenow,

wo man das mal untersucht hat ganz konkret, was passiert dort, wie ist die Durchimpfungsrate. Und es gab dort – ich glaube, ich darf hier nichts vorne hochhalten, deswegen sage ich mal, die liegt auf dem Tisch –, es gibt eine Handreichung zur Stärkung des Impfschutzes in stationären Pflegeeinrichtungen, die das Land Brandenburg, das dortige Gesundheitsministerium herausgibt,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Kann ich mal sehen?)

das also ganz konkret den Fokus darauf legt.

Wir setzen hier ganz konkret auch auf Prävention, das soll ganz klar sein. Wir wollen also hier keine Pflicht zwingend daraus machen, aber wir wollen ganz klar, dass Beratung stattfindet und dass Sensibilisierung dort auch stattfindet, denn nicht nur die zu Pflegenden sind an der Stelle ja betroffen, sondern natürlich auch die Pfleger, die Ärzte, die Betreuer dort in den Pflegeeinrichtungen. Um die geht es uns natürlich auch. Und in diesem Sinne freue ich mich auf eine gute und konstruktive Diskussion zu unserem Antrag und werde nachher in der Aussprache noch mal das Wort ergreifen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion
der CDU und Thomas Krüger, SPD –
Torsten Renz, CDU: Sehr gut! Sehr gut!)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Ehlers.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 55 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Landesregierung der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit Herr Glawe.

(Torsten Renz, CDU: Voilà, voilà!)

Minister Harry Glawe: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Vielen Dank, Herr PGF, für die Zwischenrufe. Es war eine anstrengende Nacht für mich,

(Zuruf von Julian Barlen, SPD)

aber immerhin.

(Heiterkeit und Unruhe vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Andreas Butzki, SPD: So genau
wollten wir das nicht wissen.)

Jetzt wollen wir aber über Impfstoffe reden und ...

(allgemeine Unruhe – Torsten Renz, CDU:
Aber erfolgreich auf jeden Fall. –
Dr. Ralph Weber, AfD: Bitte keine Intimitäten! –
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Wenn Sie fertig sind, sagen Sie Bescheid, dann mache ich weiter.

(Heiterkeit bei Stephan J. Reuken, AfD:
Bescheid!)

Also es ging hier nicht um Intimitäten, Herr Professor, sondern es ging um den Rückflug von Dubai nach Hamburg.

(allgemeine Unruhe)

Impfstoffe zählen zu den wirksamsten und sichersten Präventionsmaßnahmen im Kampf gegen Krankheitserreger. Zur Prävention stehen gute und verträgliche, hochwertige Impfstoffe zur Verfügung, die zu einem langfristigen Schutz für den Einzelnen, aber auch zu einem Kollektivschutz in der Bevölkerung führen. Dadurch lassen sich Epidemien verhindern, wodurch wiederum auch Personengruppen geschützt werden, die aufgrund bestehender medizinischer Kontraindikation oder ihres Lebensalters, zum Beispiel Personen mit Erkrankungen des Immunsystems oder Säuglinge, nicht geimpft werden können. Auch in Mecklenburg-Vorpommern bestehen Impflücken, insbesondere bei Menschen im höheren Alter.

Die Ständige Impfkommission am Robert Koch-Institut empfiehlt ab 60 Jahren unter anderem die Schutzimpfungen gegen Influenza, Pneumokokken und seit Dezember 2019 auch gegen Herpes Zoster, das ist übersetzt die Gürtelrose. In der Grippesaison 2018/19 wurden 55,8 Prozent der Menschen über 60 Jahre in Mecklenburg-Vorpommern gegen Influenza geimpft, und nur etwa 26 Prozent der 60- bis 67-Jährigen, Personen in besonderer Weise mit höherem Risiko, waren gegen Pneumokokken geimpft.

Menschen in Alters- und in Pflegeheimen sind auch künftig in besonderer Weise gerade zu impfen, um die Grunderkrankungen und damit auch die Beeinträchtigung des Immunsystems im höheren Alter vor Infektionskrankheiten zu schützen. Ein vollständiger Impfschutz, sowohl der Bewohner als auch für die Mitarbeiter dieser Einrichtungen, ist daher besonders wichtig. Ich sage noch mal: Besonders wichtig ist das Impfen auch in besonderer Weise für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesen Einrichtungen.

Laut der 5. Bevölkerungsprognose, da hat Herr Ehlers schon darauf hingewiesen, wird also der Anteil der Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern im Jahre 2040 bei über 65-Jährigen immerhin um 28,2 Prozent in der Gesamtbevölkerung steigen. Und hier gilt es, die Impflücken auch zu schließen. Deswegen ist es richtig, dass dieses Hohe Haus erstens dieses Thema definiert und zweitens natürlich auch die Impfkampagne des Landes, die ja vom Parlament deutlich mitgetragen worden ist, unter dem Motto „MV impft“ weiter als Gesamtverantwortung sieht. Die Impfkampagne ist erfolgreich und hat die Sensibilisierung für dieses Thema Impfen in Mecklenburg-Vorpommern weiter befördert. So fand in den bisherigen jeweiligen Jahren der Impfschutz bei den Familien und bei den Kolleginnen und Kollegen, auch im Bereich der Impfung von Kindern und Jugendlichen, speziell im Alter zwischen 9 und 14 Jahren bei HPV-Schutzimpfungen, mittlerweile einen deutlich größeren Zuspruch in der Bevölkerung, als das vor der Kampagne war.

Meine Damen und Herren, es geht natürlich auch darum, weiterhin dafür zu sorgen, dass die Impfbereitschaft in Mecklenburg-Vorpommern weiter hoch bleibt. Wir haben nach der Impfkampagne immerhin festzustellen, dass 22.000 Influenza-Impfdosen bestellt worden sind, und damit sind deutlich höhere Effekte bei der Immunisierung

und damit dem Schutz der Bevölkerung eingetreten. Auch niedergelassene Ärzte beteiligen sich an den jeweiligen Impfaktionen und die Patienten sind deutlich impffreudiger geworden.

Meine Damen und Herren, es ist wichtig, auch in den stationären Pflegeeinrichtungen des Landes diese Impfaktionen zu unterstützen und damit Impflücken in den Häusern zu schließen. Erreicht werden soll dieses durch geeignetes Informationsmaterial in Form von Handreichungen an die Bewohner, Angehörige, Mitarbeiter, aber eben auch an die Betriebsärzte, da, wo es sie gibt, und natürlich soll es auch in der Bevölkerung insgesamt verbreitet werden. Einen wichtigen Beitrag leisten hierzu auch die niedergelassenen Ärzte in Mecklenburg-Vorpommern. Informieren sollen dabei unter anderem auch die Empfehlungen über die Ständige Impfkommission, Schutzimpfungen gegen Influenza, Pneumokokken und Herpes Zoster weiter zu bewerben, um gerade in diesem Bereich die Impfbereitschaft zu erhöhen und damit die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger weiter zu stärken.

Meine Damen und Herren, diese Impfkampagne des Landes ist ein wichtiger Beitrag, um Mecklenburg-Vorpommern und dessen Bevölkerung gerade vor Infektionen in dieser Art zu schützen. Die Impfkampagne des Landes macht es erforderlich, die Sensibilisierung für dieses Thema weiter hochzuhalten und die Aufklärung von Bewohnern, Angehörigen und medizinischem Personal in stationären Altenpflegeeinrichtungen weiter zu sichern.

Von daher kann ich nur empfehlen, diesen Antrag anzunehmen, um weiterhin das Impfen zu einem wichtigen Thema in Mecklenburg-Vorpommern zu entwickeln und darauf hinzuweisen, dass wir damit einen Impfschutz für alle garantieren. – Von daher vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Tilo Gundlack, SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD Herr Dr. Jess.

Dr. Gunter Jess, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Landsleute und verehrte Gäste! Als ich den vorliegenden Antrag der Koalitionäre zum Impfschutz in Altersheimen gelesen hatte, da konnte ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass der Regierungskoalition offenbar die sinnvollen gemeinsamen Themen ausgehen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Julian Barlen, SPD: Na, na, na!)

Ich musste geradezu richtig im Text suchen, was denn die Essenz des Antrages, also der praktische Nutzen sein könnte.

(Julian Barlen, SPD:
Haben Sie nicht zugehört?)

Ja, ich habe ihn noch gefunden. Sie wollen, dass die Landesregierung ihre Impfkampagne fortführt, insbesondere in Alten- und anderen Pflegeeinrichtungen,

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

und das soll durch Informationsmaterialien in Handreichungsform erfolgen.

(Sebastian Ehlers, CDU: So ist das.)

Das ist die Essenz des Antrages. Toll, ich finde, eine größere Ohrfeige können Sie den Fachkräften, insbesondere den betreuenden Ärzten vor Ort, gar nicht geben!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Sie verweisen auf die Empfehlungen und den Impfkalender der STIKO, also der Ständigen Impfkommission. Mal abgesehen davon sind die dort empfohlenen Impfungen für die über 60-Jährigen sehr überschaubar. Der Minister hat die drei bereits aufgeführt und es sind zudem Empfehlungen, die der vor Ort tätige Arzt aufgrund der konkreten Einschätzung der Patientensituation entsprechend bewerten muss. Aber gut, grundsätzlich kann man gegen eine Kampagne für das Impfen nichts haben. Bemerkenswert ist nur, dass Sie in Ihrem Antrag, ich zitiere, „über Sinn und Nutzen von Impfungen“ informieren wollen, die Risiken lassen Sie einfach mal so weg. Ich denke, dass dies aber vermutlich nur mit dem Nichtwissen zusammenhängt, da ist das Robert Koch-Institut nämlich deutlich besser und weiter. Was mich aber wirklich ärgert, das ist der Schaufenstercharakter dieses Antrages,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

denn die Fachgremien waren bereits 2005 viel weiter, als Sie es sich offenbar vorstellen können.

In den Bundesgesundheitsblättern findet man einen umfangreichen Artikel über die Infektionsprävention in Heimen mit dem Untertitel „Empfehlungen der Kommission für Krankenhaushygiene und Infektionsprävention“ beim Robert Koch-Institut. Dort werden die wirklichen gesundheitlichen Risikobereiche der Heime beschrieben und wie man diesen begegnen kann. Und das sind wirklich ganz andere Probleme, als die, die Sie hier uns weismachen wollen. Bezogen auf die Impfempfehlungen werden nur Influenza und Noroviren als Risiken benannt. Für Letztere hat die STIKO bei über 60-Jährigen gar keine Impfempfehlung ausgesprochen. Viel wichtiger und dramatischer sind Infektionen mit MRSA- und VRE-Keimen, nur gibt es da keine Impfungen.

Positiv hervorheben möchte ich, dass Sie in Ihrem Antrag die Freiwilligkeit der Impfung nicht angreifen, sondern lediglich die Werbung intensivieren wollen. Also, meine Damen und Herren der Koalition, zeigen Sie bitte den wirklichen Handlungsbedarf auf, mit Zahlen, Daten und Fakten, die ich heute hier nicht gehört habe,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos)

die die Notwendigkeit Ihres Antrages belegen, aber konstruieren Sie bitte keine Probleme! Vor allem reden Sie nicht die Arbeit der betreuenden Ärzte und Ärztinnen schlecht!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Sebastian Ehlers, CDU:
Das haben wir nicht gemacht. –
Zurufe von Thomas Krüger, SPD,
und Beate Schlupp, CDU)

Sie tun das, Sie tun das indirekt. Zudem erhöhen Sie die Bürokratie, gerade für die Ärzte vor Ort.

Wir halten diesen Antrag, wie er begründet ist, für überflüssig. Einer Überweisung in die Ausschüsse stimmen wir grundsätzlich zu, den Antrag selbst aber lehnen wir ab. Da der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE das Anliegen nur verschlimmbessert, werden wir diesen selbstverständlich ebenfalls ablehnen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Dr. Jess.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD Herr Barlen.

Julian Barlen, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, zu Beginn sollte ich mal ein bisschen die Verhältnismäßigkeit geraderücken. Wir reden hier über ein Thema, was viele 10.000 Menschen in unserem Bundesland betrifft. Gerade der Fokus auf den Impfschutz in den Einrichtungen für Seniorinnen und Senioren

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Und da legen Sie so einen Antrag vor, ja?)

ist hier heute Thema. Und dann tritt die AfD ans Pult, die hier am Mittwoch noch Arbeitsschutz in 17 Shisha-Bars regeln wollte, wo der Arbeitsminister selbstverständlich im Regierungshandeln längst dran ist.

(Beifall Beate Schlupp, CDU –
Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Dann kann
das Thema so falsch ja nicht gewesen sein. –
Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

Und wenn wir heute einen Antrag vorlegen, wo es um die Situation in 450 ambulanten Diensten, 204 Tagespflegeeinrichtungen und 369 stationären Pflegeeinrichtungen geht, dann nennen Sie das einen Schaufensterantrag

(Zurufe von Thomas de Jesus Fernandes, AfD,
und Jens-Holger Schneider, AfD)

und behaupten, wir würden die Arbeit der dort tätigen Pflegerinnen und Pfleger und der Ärztinnen und Ärzte schlechtmachen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das machen Sie mit Ihrem Antrag, weil das
können die schon. Das machen die schon.)

Das ist einfach abenteuerlich.

(Zurufe von Sebastian Ehlers, CDU,
und Dirk Lerche, AfD)

Das Thema Impfen ist hier im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern tatsächlich nahezu durchgehend auf der Tagesordnung. Und, meine Damen und Herren, das ist gut so, das ist richtig so. Der Impfschutz der Bevölkerung, gerade derer, die ein angeschlagenes Immunsystem haben, die sich selbst nicht impfen lassen können, das ist ein Thema, das vor allem durch eine gute Informationspolitik und das vor allem aber durch eine wiederkehrende und eine umfassende Aufklärung zu einem

dauerhaften Erfolg geführt wird. Und dazu, meine Damen und Herren, trägt auch eine wiederholte Debatte hier im Plenum bei. Wir sind also mit unserem heutigen Antrag selbst und ganz bewusst Teil dieser Impfkampagne – das vielleicht auch mal in Richtung der Impfantragsskeptiker hier im Haus – und wir sind Teil dieser Bewegung für einen guten Impfstatus in Mecklenburg-Vorpommern, natürlich nicht erst seit der zusätzlichen Kampagne „MV impft“, die der Landtag 2017 beschlossen hat und die der Gesundheitsminister ab Ende 2018 in die Umsetzung gebracht hat.

Die präventive Förderung der Gesundheit der Bevölkerung hat insgesamt hier in Mecklenburg-Vorpommern – und das ist auch hier immer wieder Thema im Landtag – hohe Priorität. Viele verschiedene Institutionen und viele unterschiedliche Maßnahmen sind für Mecklenburg-Vorpommern mit Blick auf die Förderung und mit Blick auf den Erhalt von Gesundheit zu nennen. Sie alle, wir alle gemeinsam sind dem Ziel verpflichtet, den Generationen durch Hilfen zu einer gesunden Lebensweise möglichst viel und möglichst lange Vitalität und Lebensfreude zu ermöglichen. Zu nennen sind der öffentliche Gesundheitsdienst, die Krankenkassen, die Landesvereinigung für Gesundheitsförderung, die Ärzteschaft, die Schulen, Kindertagesstätten, viele, viele Unternehmen, die sich auch um die Gesundheit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kümmern und – darüber reden wir heute besonders – die Senioreneinrichtungen. Viele weitere wären zu nennen. Und alle helfen mit und alle tragen in diesem Zusammenhang auch Verantwortung und tragen dazu bei, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern bei vielen Erregern über eine wirklich vorbildlich hohe Impfquote und eine gute Herdenimmunität verfügen.

Gesundheitsschutz, Prävention und Impfen müssen einfach ein Thema sein, mit dem sich möglichst viele Menschen immer wieder auseinandersetzen, für sich selbst, für ihre Familien und für ihr Umfeld.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Viele Maßnahmen zur Prävention und Gesundheitsförderung wurden im Laufe der Jahre hier in diesem Plenum diskutiert, auf den Weg gebracht, weiter vorangebracht, so wie heute. Ich möchte daran erinnern, dass wir den Landesaktionsplan zur Gesundheitsförderung und Prävention haben. Wir haben hier im Landtag unsere Initiative zur Impfpflicht gegen Masern gemeinschaftlich auch beschlossen. Wir haben das Erinnerungssystem für die U-Untersuchungen. In diesen U-Untersuchungen ist ein umfassender Beratungsteil für die Impfungen als Bestandteil beschlossen, U-Untersuchungen mit Erinnerungssystem, sodass von Kindesbeinen an das Thema Impfungen immer wieder aufgerufen wird und wir eine hohe Impfquote erreichen können. Die Kindergesundheitsziele sind zu nennen und eben natürlich auch die 2017 hier im Landtag beschlossene Kampagne „MV impft – gemeinsam Verantwortung übernehmen“.

Meine Damen und Herren, erklärtes Ziel der Kampagne war es und ist es, Eltern, Kinder, junge Erwachsene, Senioren zielgruppengerecht zum Thema Impfen aufzuklären, zu informieren, generell die Sensibilität zu erhöhen. Es geht darum, sehr regelmäßig den Impfschutz und den Status überprüfen zu lassen und natürlich Schutzimpfungen aufzufrischen.

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

Das senkt die Gefahr, krank zu werden.

Und in dem Zusammenhang möchte ich auch im Namen der SPD-Landtagsfraktion einen sehr herzlichen Glückwunsch übermitteln an die Macher/-innen dieser Kampagne „MV impft“ im Ministerium, im Landesamt für Gesundheit und Soziales. Nämlich bei der Präsentation der Impfkampagne „MV impft – gemeinsam Verantwortung übernehmen“, hat unser Bundesland Mecklenburg-Vorpommern im Mai 2019 den Posterpreis der Nationalen Impfkongress gewonnen. Und das zeigt, auch beim Thema Impfaufklärung, beim Thema Impfkampagne haben wir hier in Mecklenburg-Vorpommern bundesweit die Nase vorn.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Torsten Koplín, DIE LINKE:
Das beste Poster, das beste Poster.)

Zahlreiche Aktionen und Maßnahmen sind im Rahmen von „MV impft“ zwischenzeitlich gelaufen und auch gut gelaufen. Mit dem vorliegenden Antrag geht es uns darum, das Thema „Aufklärung und Förderung von Impfungen“ hier wieder einmal ganz oben auf die Agenda zu setzen, dem Gesundheitsminister erneut den Auftrag zu geben, die Kampagne fortzusetzen, und vor allen Dingen den Fokus ganz speziell auch auf die Belange der älteren Bevölkerung, der Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeeinrichtungen zu legen. Und das ist angesichts der gerade bei unseren hochbetagten Mitbürgerinnen und Mitbürgern höheren Anfälligkeit für Krankheitserreger und auch die natürlich größere räumliche Nähe in Wohngruppen, in Pflegeeinrichtungen, die das Infektionsrisiko erhöhen, ein wichtiger und ein richtiger Schritt. Es geht darum, auch hier einmal zu zeigen, dass es eben nicht nur darum geht, einen Handzettel auszuteilen, um die Umsetzung der geriatricspezifischen Ergänzungen zu den Empfehlungen der Ständigen Impfkommision.

Die Influenza ist genannt worden, die Impfung gegen Pneumokokken und auch die gegen die Gürtelrose. Das ist ein besonderes Anliegen, das auch die Deutsche Gesellschaft für Geriatrie jüngst in ihren Empfehlungen herausgegeben hat. Und dementsprechend sind wir als Regierungskoalition und wir als SPD der Meinung, wir sollten diese Impfkampagne fortsetzen. Wir sollten gemeinsam mit den vielen Frauen und Männern, den Ärzten, den Pflegerinnen und Pflegern hier im Land die Verantwortung für diesen hohen Impfstatus übernehmen, dazu beitragen, dass auch im Bereich der Seniorinnen und Senioren und der Bewohner von Pflegeeinrichtungen die Impfungen und der Gesundheitsschutz ganz oben auf der Tagesordnung stehen, und deshalb bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Antrag. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE Herr Koplín.

Torsten Koplín, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren, der Antrag ist in mehrfacher Hinsicht verwunderlich. Ich habe sehr gehofft, dass über die Einbringung durch Herrn Ehlers da das Nebulöse an dem Antrag erhellt wird

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das war ein bisschen dünn,
ne? So kennen wir ihn gar nicht. –
Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ja, genau.)

und wir handfeste Argumente geliefert bekommen, warum der Fokus genau auf die Altenpflegeeinrichtungen gelegt wird.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Okay,
aber lieber dünn als gar nichts.)

Herr Minister und Herr Barlen haben jetzt gerade noch ein paar Zahlen geliefert. Gleichwohl, wir haben uns gefragt und sind auch sehr betrübt darüber,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Oh nee! –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

wenn das denn so ein wichtiges Thema ist, Herr Barlen, da geben wir Ihnen recht, das betrifft Zehntausende Menschen in diesem Land, warum Sie von der Tugend abweichen, dass wir solche Sachen gemeinschaftlich besprechen. Die AfD ist vorher ausgesichert, die hat gesagt, sie haben eine andere Position zum Impfen, erweisen sich eher als Impfskeptiker,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das ist auch Quatsch!)

aber die Frage hat uns doch immer umgetrieben. Und bei diesem zentralen Thema des Infektionsschutzes jetzt den Alleingang zu machen,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

ich glaube, ist letztlich Ihre Sache, wirft aber ein schräges Licht auf den Sachverhalt und die Begründung.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Peter Ritter, DIE LINKE:
Sehr schade, sehr schade!)

Und die Argumentation, die Sie in der Begründung liefern, dass Sie sagen, ja, die Bevölkerung wird älter, die Anzahl der über 65-Jährigen wird in den nächsten Jahren um mehr als 28 Prozent steigen, das ist ein Fakt, aber Sie ziehen daraus den kurzen Schluss, dass Sie sagen, na ja, wenn die älter werden, werden die in die Einrichtungen, in die Altenpflegeeinrichtungen gehen, da werden immer mehr hingehen, und deswegen müssen wir. Das ist eine solche lineare Kausalität, das eine, also die Anzahl der älteren Menschen steigt an, und deswegen allein, das greift aus unserer Sicht völlig zu kurz, weil in den Blick genommen werden müssen alle Seniorinnen und Senioren, wenn wir schon über die älteren Menschen in unserer Gesellschaft sprechen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig!)

und nicht nur in den Altenpflegeeinrichtungen und anderen Pflegeeinrichtungen.

Sie bleiben – und das ist das Zweite, was verwunderlich und betrüblich zugleich ist –, Sie bleiben hinter den Erkenntnissen, die wir schon haben, zurück. Wir haben Ende des Jahres 2017 gemeinschaftlich den hier vom Minister bereits erwähnten Beschluss gefasst, Prävention stärken

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Genau.)

und – ich muss noch mal gucken – Kampagne für das Impfen. Da gab es auch noch mal einen Impuls von den Fraktionsvorsitzenden gemeinsam mit dem Minister, mit Fotos und einer entsprechenden Werbekampagne, die in Gang gesetzt wurde. Und das, was damals beschlossen wurde, das hat noch volle Gültigkeit. Um kein Jota brauchen wir davon abzugehen, wenn es heißt, mittels einer abgestimmten und anteilig von Krankenkassen, Gesundheitsämtern, vom Land getragenen Informationskampagne Eltern, Kinder, junge Erwachsene und insbesondere Seniorinnen und Senioren über Impfschutz zu unterrichten.

So, und wenn Sie das jetzt einengen, dann haben Sie zwar ein Thema gesetzt, bleiben aber zurück, weil Sie letztendlich nicht mehr belegen, wo ist denn jetzt das konkrete Problem. Und Sie greifen dann dazu, dass Sie sagen, ja, es gibt diese Broschüre aus Rathenow. Wir haben uns das mal angeguckt in Rathenow – 54 Plätze, 45 belegt, 10 Ärztinnen und Ärzte. Die Anzahl der Pflegekräfte habe ich da nicht. Und Sie wollen sozusagen aus einer Einrichtung in Brandenburg – ist nicht mal repräsentativ für Brandenburg – dann eine Blaupause machen für unser Land.

Ich frage mich also – da sind Sie auch inhaltlich schon mal weiter gewesen in dieser Frage –: Welche Situation,

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

welche Situation haben wir? Wir brauchen den Vergleich nicht zu scheuen.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Also Mecklenburg-Vorpommern ist, was den Impfschutz betrifft, auch für ältere Menschen in vielerlei Hinsicht auf gutem Wege. Ich will drei Beispiele nennen:

Das eine Beispiel ist die vorhin hier schon angesprochene Gripeschutzimpfung von Menschen, die älter als 60 Jahre alt sind. Da hat Mecklenburg-Vorpommern die höchste Zuwachsrate bei der Impfquote bundesweit, von 23,8 auf 25,9, fast 26 Prozent. Das ist zu wenig, deswegen sagen wir auch, es sollte weiter geworben werden. Deswegen halten wir auch fest an dem Beschluss aus dem Jahre 2017 und müssen aber was daraus machen.

Kurz abweichend von den Fakten und Zahlen, die ich bringen will, will ich Ihnen sagen, was ist denn der Gradmesser der Umsetzung der Wirksamkeit der Kampagne. Also Lob denen, die das tolle Poster entwickelt haben, und Lob denen, die das vermocht haben, gut rüberzubringen und den Preis für das beste Poster zu holen. Aber wenn das beste Poster Maßstab dafür ist, dass die Kampagne wirksam ist, da verstehe ich die Welt nicht mehr. Also die Wirksamkeit muss sich doch daran messen, wie entwickeln sich Impfquoten, wie entwickeln sich Gesundheitsgefährdungen, soweit man sie erfassen kann, oder gesundheitliche Beeinträchtigungen, die man wiederum erfassen kann an Zahlen und Fakten.

Zweites Beispiel, also ich habe ja jetzt über die Grippe-schutzimpfung gesprochen, bei den Pneumokokken-Schutzimpfungen – also es geht ja darum, vorbeugend dafür zu sorgen, dass Lungenkrankheiten nicht um sich greifen oder Lungenentzündungen –, da haben wir, da muss ich noch mal schauen, wir haben dort eine Entwick-

lung, die ist beachtlich auch im Bundesvergleich, und zwar eine Impfquote, das ist gemessen worden vom Robert Koch-Institut, die Personengruppe der 60- bis 67-Jährigen, wir haben den zweithöchsten Impfquotenanstieg nach Thüringen und die dritthöchste Impfquote auf diesem Gebiet bundesweit. Das kann sich doch sehen lassen!

Und weil Sie in Ihrem Antrag sagen, also es müssen die Ärztinnen und Ärzte noch mal gesondert in den Blick genommen werden: Es müsste Ihnen doch bekannt sein, dass Ärztinnen und Ärzte nur dann Schutzimpfungen durchführen dürfen, wenn Sie ein qualifiziertes Impfbzertifikat haben. Das haben in unserem Land ganz aktuell 1.693 Ärztinnen und Ärzte. Das ist ein bundesweiter Spitzenwert, also in der ambulanten Versorgung.

(Torsten Renz, CDU:
Wie viel Prozent sind das?)

Bei 2.400 sind das knapp 70 Prozent der ambulanten Ärztinnen, praktizierenden Ärztinnen und Ärzte. Das ist ein Spitzenwert, weil nicht alle, auch facharztbezogen und so weiter, nicht alle eine solche Qualifikation anstreben. Mehr ist immer besser.

Wenn wir jetzt hier als LINKE auf Zahlen und Fakten verweisen, sagen wir, nichts ist so gut, dass es nicht noch besser werden kann. Insofern, Herr Minister Glawe hat völlig recht, also das Robert Koch-Institut hat ja in seinen, in seiner, oder besser gesagt, diese Ständige Impfkommision hat empfohlen, drei Impfungen herausgestellt: Gripeschutzimpfung, dann die Pneumokokkenimpfung und dann die gegen Herpesviren, die zur Gürtelrose führen. Es kommen aus Sicht der Fachwelt noch zwei dazu: Das sind einmal Zeckenschutzimpfungen und Impfungen gegen Keuchhusten. Das sind die fünf, die für ältere Menschen ...

(Elisabeth Aßmann, SPD: Ich wusste gar nicht, dass man sich gegen Zecken impfen lassen kann. Das ist FSME.)

FSME, Zeckenschutz – also ich schätze Ihre Fachlichkeit, Frau Kollegin. Genau, Sie können sich mal auf die Schulter klopfen, dann haben wir es zusammengetragen.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Wichtig ist, darauf hinzuweisen, gerade, weil ältere Leute auch viel durch Parks gehen oder im ländlichen Raum,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

in unserer Bevölkerung sind das so die fünf Dinge, auf die hingewiesen werden sollte. Dafür plädieren wir.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Nächsten Herbst hab ich viel Zeit zum Pilzesammeln.)

Und damit man – und dann komme ich jetzt zum Schluss –, damit man systematisch vorgeht, haben wir, Herr Dr. Jess, nicht verschlimmbessert, sondern wir haben gesagt, wir wollen jetzt systematisch vorgehen, und das beginnt eigentlich mit einer Analyse. Sie als Wissenschaftler sehen das gewiss nicht anders, dass man analysiert und sagt: Also wo stehen wir denn mit der

Umsetzung dieser Kampagne? Was hat sie bis jetzt gebracht?

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Ein tolles Poster.)

Kann ja nicht sein, dass wir mit der Wurst nach dem Schinken schmeißen, sondern dass wir sagen, wir wollen gezielt auf diese gesundheitlichen Risiken aufmerksam machen und darauf hinweisen, dass es Schutz und Vorkehrung entsprechend gibt. Und wenn wir die Wirksamkeit untersucht haben, dann kann man daraus ableiten und sagen, wir schärfen sozusagen noch mal den Fokus auf bestimmte Gefährdungen. Darauf richten wir dann die Kampagne im Weiteren aus, damit man nicht so dahinwabert. Also das ist unser Ansinnen, deswegen unser Änderungsantrag.

Und wir würden den gar nicht gern heute zur Abstimmung bringen, sondern beantragen, sowohl den Antrag der Koalitionäre als auch unseren Änderungsantrag gemeinsam in den federführenden Ausschuss, den Wirtschaftsausschuss, der sich mit gesundheitspolitischen Fragestellungen beschäftigt, zu überweisen, dass wir dort noch mal mit Expertinnen und Experten darüber reden, a) wie steht es um unsere Kampagne und b) wie wird die Gefährdungslage auch gerade angesichts der aktuellen Situation durch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Praktikerinnen und Praktiker eingeschätzt. Und erst dann, wenn wir uns den Rat und die Fachkunde eingeholt haben, sollten wir die nächsten Schritte gehen, nicht um etwas lange hinzuschieben, das kann auch angemessen rasch geschehen. Auch gerade unter den gegenwärtigen Bedingungen ist das angezeigt, aber dass wir systematisch vorgehen, dass wir die wenigen Ressourcen, die wir insgesamt haben, klug einsetzen und das machen, was wichtig und richtig für den Schutz der Bevölkerung ist. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Einen Moment bitte, Herr Koplín! Mir liegt noch ein Antrag auf Kurzintervention durch Herrn Professor Weber vor.

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Landsleute! Wertes Präsidium!

Herr Koplín, Sie haben in Ihrem Redebeitrag viel Richtiges, Kritisches gesagt, aber in einem Punkt haben Sie falsch informiert, und das möchte ich richtigstellen.

Sie haben gesagt, wir in der AfD wären Impfskeptiker. Das ist grundfalsch. Es ist so, dass bei den hier im Haus stattgefundenen Schutzimpfungen etliche unserer Fraktionsmitglieder teilgenommen haben. Wir haben immer betont, dass wir Impfkampagnen und Aufklärung zum Impfen grundsätzlich gut finden. Wir haben uns lediglich deutlich und immer gegen einen Impfwang ausgesprochen. Das macht uns nicht zu Impfskeptikern, wir möchten keinen Zwang ausgeübt sehen. Ich bitte das zur Kenntnis zu nehmen und künftig zu beachten!

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Wir stehen voll und ganz hinter notwendigen Impfungen. Wir möchten nur die Bevölkerung nicht zwangsweise zu Impfungen gebracht sehen. Das wollte ich richtigstellen.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Koplín, möchten Sie erwidern?

Torsten Koplín, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich nehme das so zur Kenntnis. Sie sind uns bislang anders erschienen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das ist eine Wahrnehmungsstörung.)

Wenn Sie das jetzt hier so darlegen, dann ist das ein Statement, und wir nehmen das zur Kenntnis.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Koplín.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU Herr Ehlers.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Weil wir keine Spritze im Arm haben, wenn wir rumlaufen.)

Sebastian Ehlers, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin schon etwas erstaunt über die Gegenargumente aus der Opposition. Und wenn man keine großen Sachargumente hat, dann kommt halt das Argument Schaufensterantrag

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Ist es doch auch. –
Zuruf von Ralf Borschke, AfD)

oder wir waren nicht dabei und deswegen finden wir das irgendwie nicht so gut. Also da bin ich schon ein bisschen erstaunt, weil ich finde, das wird der Sache auch nicht gerecht.

Und, Herr Kollege Koplín, zum vierten Mal diskutieren wir in dieser Wahlperiode das Thema Impfen. Ich muss eingestehen, dass es jeweils auf Initiative der CDU-Fraktion war. Und da stellt sich natürlich auch die Frage, warum Sie nicht auch mal initiativ an der Stelle geworden sind, zumal sonst wird ja alles, was aus Thüringen oder Brandenburg von Ihren Parteifreunden kommt, hier so wie eine Monstranz vor sich hergetragen und alles glorifiziert ...

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Nicht alles! Nicht alles!)

Na ja, fast alles.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nein, nein!)

Wir haben es ja gestern auch wieder gehört in der Debatte und da hätte man noch sagen können, das Papier kommt sogar von einer damals linken Gesundheitsministerin. Da hätte man noch sagen können, wir nehmen das mal zum Anlass und gehen mal aufeinander zu.

Von daher, glaube ich, gibts da jetzt keine Pflicht sozusagen, dass wir alles bei dem Thema Gesundheit/Impfen gemeinsam machen. Und deswegen lade ich Sie natürlich herzlich ein, dass wir über das Thema auch weiter miteinander im Gespräch sind.

Und, werte Kollegen von der AfD, das hat mich schon etwas erstaunt, wenn Sie hier vom Schaufensterantrag sprechen, und ich fasse es mal wie folgt zusammen: Wenn ich mal jetzt die drei Landtagstage Revue passieren lasse – wir als Koalition, wir stellen die 369 stationären Pflegeeinrichtungen in den Fokus und Sie die 17 Shisha-Bars. Es kann jeder hier im Land entscheiden, was wichtiger ist, auch für die Gesundheitspolitik in diesem Land.

nären Pflegeeinrichtungen in den Fokus und Sie die 17 Shisha-Bars. Es kann jeder hier im Land entscheiden, was wichtiger ist, auch für die Gesundheitspolitik in diesem Land.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Jetzt haben Sie zu Hause über
40.000 Familienangehörige
vergessen, die pflegen.)

Und ich glaube, da sind wir als Koalition, meine sehr verehrten Damen und Herren, auf dem richtigen Weg, denn wenn man erkennt, wenn man erkennt, dass dort irgendwo ein Problem auftritt, dann kann man natürlich jetzt sagen, ja gut, wir ignorieren das oder wir schauen darüber weg oder wir legen den Finger in die Wunde und sagen, wir haben hier das Thema Impfen, wo wir eine gute Quote im Land haben, wobei man das auch ein bisschen einordnen muss.

Wer den aktuellen Barmer-Impfreporter gelesen hat, der sieht ja beim Thema Masern zum Beispiel durchaus noch Defizite. Sie sagen, ja, es ist 5 Prozent geringer geworden, nur noch 90 statt 95 Prozent. Also von daher gibt es auch in dem Bereich durchaus noch was zu tun. Wenn man sich mal die Zahlen – und ich bleibe dabei, bei dem, was das Ministerium dort in Brandenburg vorgetragen hat – durchliest, dort beispielsweise ist nur ein Drittel der Menschen im Alter von 60 bis 64 gegen Pneumokokken geimpft. Nur die Hälfte der über 60-Jährigen hat eine wirksame Gripeschutzimpfung.

So, und wir machen ja nun nicht an der brandenburgischen Landesgrenze Halt und sagen, nein, nach Mecklenburg-Vorpommern gehen wir aber nicht, sondern es ist natürlich auch ein Thema, was uns hier im Land betrifft. Und deswegen wollen wir erst mal Öffentlichkeit erzeugen. Ich glaube, das ist auch ein Auftrag von Landtagsanträgen. Das macht die Opposition ja auch, dass man mal Themen in den Fokus rückt, denn ich habe es eingangs gesagt, ich glaube, das Thema „Impfschutz in Pflegeeinrichtungen“ ist bisher nicht unbedingt bei jedem auf dem Schirm gewesen. Ab heute ist es das hoffentlich und dass man darüber diskutiert, wie kann man das Thema weiter voranbringen. Und da ist eine Möglichkeit halt, mit solchen handreichenden Informationen, Öffentlichkeitskampagnen auch noch mal in die Einrichtungen zu gehen.

Und ein Argument, Herr Kollege Koplín, war natürlich, es sind nicht nur ältere Menschen in Pflegeeinrichtungen, völlig klar, aber dort ist das Infektionsrisiko natürlich viel, viel höher, weil dort viele Menschen zusammen sind. Das ist ganz natürlich, dass dort das Risiko viel, viel höher ist, und man dort natürlich auch über Pflege, über Ärzte natürlich auch noch mal ganz anderen Zugang hat. Das gehört, glaube ich, auch zur Wahrheit dazu, weil Sie logischerweise jetzt nicht bei jedem über 60-, über 65-Jährigen dort ja jemanden überwachen können.

Von daher, glaube ich, ist das heute ein Stück weit Sensibilisierung. Ich finde es gut, dass wir darüber diskutieren, und, was ja auch selten passiert, dass, wenn man Anträge einbringt in den Landtag, dass man Anrufe kriegt aus anderen Bundesländern. Und ich glaube, das kann ich auch hier sagen: Wir sind auch von Akteuren aus der Gesundheitspolitik in Brandenburg angerufen worden, die gesagt haben, gut – in dem Fall war es die Kassenärztliche Vereinigung –, gut, dass ihr in Mecklenburg-

Vorpommern das Thema jetzt auch erkannt habt und mit auf die Tagesordnung bringt.

Ich glaube, das muss man auch mal sagen, wir sind also nicht im luftleeren Raum. Das wird auch wahrgenommen, dass wir uns in Mecklenburg-Vorpommern heute um das Thema kümmern. Um nicht mehr und auch nicht weniger geht es uns heute hier. Also wir wollen hier heute nicht sozusagen das Thema für alle Zeit erschlagen, sondern sensibilisieren. Wir wollen den Fokus darauf legen, und von daher, glaube ich, ist das ganz vernünftig.

Und, sehr geehrter Herr Kollege Koplín, wir haben ja in unserem Antrag auch stehen, dass der Ausschuss weiter unterrichtet wird, auch weiter begleitet. Von daher, glaube ich, brauchen wir es jetzt nicht zwingend zu verweisen. Wir haben das mit im Landtagsbeschluss drinsteht. Es wird also den Ausschuss dann erreichen und dann lassen Sie uns darüber diskutieren, wie wir damit umgehen, ob es da noch mal eine Anhörung gibt, wie, in welcher Form wir dann das Thema im Ausschuss weiterdiskutieren. Und ansonsten bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Einen Moment bitte, Herr Ehlers! Mir liegt noch eine Kurzintervention durch Herrn Koplín vor.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Bestimmt wieder etwas falsch
wahrgenommen!)

Torsten Koplín, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Herr Ehlers, „sensibilisieren“ war so ein Stichwort. Ich wollte Sie gern sensibilisieren für die tatsächlich abgelaufenen Geschehnisse. Das Verdienst der CDU waren zwei Aussprachen, die dem Beschluss damals vorangegangen waren. Und dann – und darauf wollte ich hinweisen – sind wir als LINKE auf Sie zugegangen und haben einen Entwurf geschrieben für einen gemeinsamen Antrag. Den haben Sie größtenteils verworfen, ersetzt mit, als Koalitionsanträge, mit dem dann verabschiedeten Antrag, dem wir uns angeschlossen haben, aus den Gründen vor allen Dingen, weil er in der Sache nicht verkehrt war und wir ihn mittragen konnten, aber auch mittragen wollten, weil die Sache so wichtig ist für die Gesundheit der Bevölkerung, dass man da auch den Schulterschluss haben sollte. Das wollte ich gern in Erinnerung rufen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Ehlers, möchten Sie erwidern?

Sebastian Ehlers, CDU: Da brauche ich gar nicht groß drauf zu erwidern. Herzlichen Dank, dass Sie meine Erinnerungen auffrischen, aber nein, es war natürlich so, dass Sie da mitgewirkt haben und dass wir das gemeinsam entwickelt haben, das ist ja völlig klar. Und dass man da als Opposition vielleicht doch noch mal eine reinere Leere bei Anträgen formulieren kann als Koalitionsfraktionen, das ist, glaube ich, Ihnen auch bekannt aus Ihrer langjährigen Koalitionsarbeit. Von daher sehe ich da jetzt auch gar keinen Widerspruch. Und ich wollte nur darauf hinweisen, dass wir hier diverse Anträge und

Aussprachen auch schon zum Thema geführt haben und Sie sich da ja auch eingebracht haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Ehlers.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD Herr Dr. Jess.

Dr. Gunter Jess, AfD: Frau Präsidentin! Werte Kollegen Abgeordnete! Liebe Gäste und Landsleute! Ja, eigentlich wollte ich gar nicht mehr ein zweites Mal reden, weil ich der Meinung bin, wir sollten das auch nicht zu sehr ausdehnen, aber eins will ich doch noch hervorheben. Also ich sage mal, der Vergleich der Altersheime mit Shisha-Bars, das ist wohl doch etwas daneben, und zwar aus folgendem Grunde,

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

und zwar aus folgendem Grunde:

(Sebastian Ehlers, CDU: Es kommt darauf an, welche Schwerpunkte man setzt.)

In den Shisha-Bars wird mit brennender Holzkohle gearbeitet und außerdem gibt es dort keine vernünftigen Kontrollen und Regelungen.

(Zuruf von Julian Barlen, SPD)

Das ist etwas ganz anderes als bei uns in den stationären Altersheimen, die durch die Ärzte gut überwacht, gut kontrolliert sind. Die Patienten und Patientinnen dort werden von den Ärzten betreut, das heißt, Sie dürfen davon ausgehen, dass die Ärzte ihre Patienten gut betreuen. Und was Sie hier machen, ist eigentlich ein Misstrauen gegenüber den Ärzten, die dort tätig sind.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Das ist zum einen.

Herr Koplín, der Professor Weber ist ja schon darauf eingegangen. Ich weiß nicht, aus welchen Texten Sie dort herausgelesen haben sollten. Da ich ja alle Reden gehalten habe dazu, weiß ich genau, was ich gesagt habe. Also da habe ich so ein bisschen den Eindruck, Sie machen sich die Welt, wie sie Ihnen gefällt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und da sollten Sie ein bisschen vorsichtig sein.

Bei Herrn Barlen, also ja, da habe ich so meine Schwierigkeiten, überhaupt irgendwie einen tieferen Sinn entdecken zu können,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Julian Barlen, SPD)

und zwar aus folgendem Grunde: Herr Barlen, ich habe mal zu DDR-Zeiten ein Gespräch mit einem Funktionär der SED geführt und der hat mir erläutert, nachdem ich ihm verschiedene Probleme, die ich habe mit der DDR, erläutert habe, hat er mir gesagt, ja, wir müssten vielleicht auch unsere Bevölkerung zum Glück zwingen.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Genau.)

Und genau diesen Eindruck habe ich bei Ihnen auch, dass Sie diese Vorstellung haben,

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

und das passt aber auch zu Ihrem ideologischen Weltbild.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Genau.)

Insofern wundert mich das auch nicht besonders.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Ich habe ...

(Zuruf von Julian Barlen, SPD)

Also noch mal deutlich: Ich, wir sind der Meinung, Sie erhöhen die Bürokratie für die Ärzte mit Ihren Aktivitäten. Es ist überflüssig, dieser Antrag! Lassen Sie es sein und alle sind zufrieden! – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Dr. Jess.

Das Wort hat noch einmal für die Landesregierung der Gesundheitsminister.

Minister Harry Glawe: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Impfschutz in stationären Altenpflegeeinrichtungen ist aus der Sicht der Landesregierung ein sehr wichtiges Thema. Und es geht hier nicht um Zwangsimpfen oder um gesetzliche Impfpflicht für alle, sondern es geht darum, Prävention und Aufklärung zu leisten und dafür natürlich auch die jeweiligen Ärzte zu gewinnen einerseits, andererseits diejenigen, die auch in diesem Bereich aufklärend wirken, das sind Vereine, Verbände, das ist auch die Politik. Und wir wollen keinen Arzt diskriminieren, das sage ich hier noch mal klipp und klar, sondern hier geht es darum, dass wir den Impfschutz der Bevölkerung deutlich erhöhen, und nicht nur bei Kindern und Jugendlichen, sondern auch bei der älteren Generation.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Koplín?

Minister Harry Glawe: Gern.

Präsidentin Birgit Hesse: Bitte, Herr Koplín.

Torsten Koplín, DIE LINKE: Frau Präsidentin!

Herr Minister, vielen Dank für die Möglichkeit! Aus aktuellem Anlass: Das Thema, das gesetzt wurde, betrifft ja jetzt vor allen Dingen die alten Pflegeeinrichtungen und weitere Pflegeeinrichtungen. Aber wegen des Coronavirus ist heute früh die Nachricht gekommen von der zuständigen der Bundesärztekammer, Frau Johna, dass sie einschätzt, dass die Krankenhäuser auf die Virenproblematiksituation nicht hinreichend eingestellt sind. Wie schätzen Sie die Situation in Mecklenburg ein? Können Sie was dazu sagen, wie Sie die Situation einschätzen in Mecklenburg-Vorpommern?

Minister Harry Glawe: Also wir glauben, dass das Coronavirus bei uns in den stationären Einrichtungen gut behandelt werden kann. Wir haben Voraussetzungen,

dass Isolierung von Patienten, wenn nötig, stattfinden kann und dass eine intensive Beobachtung, aber auch Therapieansätze gegeben sind. Das hat Professor Reisinger schon vor einer Woche gesagt und das hat die Universität heute Morgen, glaube ich, oder gestern Abend auch per Pressemitteilung rausgegeben und andere Krankenhäuser haben es auch getan, dass sie vorbereitet sind.

Falls das Coronavirus dazu führt, dass mehrere Krankheitsfälle kommen und entstehen, glauben wir im Land Mecklenburg-Vorpommern vorbereitet zu sein. Das heißt nicht, dass wir nicht noch weitere Maßnahmen, Hygienemaßnahmen et cetera verstärken müssen, das ist völlig klar. Und wer gestern zumindest ZDF gesehen hat, der Gesundheitsminister hat ja angekündigt, dass auch 90 erkrankte Bundesbürger aus China zurückgeholt werden sollen, es ist nur die Frage, ob Sonnabend oder Sonntag. Jedenfalls sind wir in Deutschland darauf vorbereitet.

Dass es vielleicht in der einen oder anderen Region auch Schwierigkeiten geben könnte, will ich jetzt nicht abstreiten, aber wir glauben, dass wir im Land auch die Antworten haben, die gesundheitspolitisch so sind, dass eben die stationären Einrichtungen vorbereitet sind und dass auch das Landesamt für Gesundheit und Soziales seine Arbeit leistet und die Hygieniker oder die Hygieneverantwortlichen natürlich im Land Mecklenburg-Vorpommern gefordert sind, um sozusagen, wenn es zu Erkrankungen kommt, auch schnell handeln zu können.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister.

Ich war jetzt sehr großzügig und habe diese Zwischenfrage zugelassen, bitte aber, zukünftig doch zu beachten, dass Fragen sich dann auch bitte auf den konkreten Antrag beziehen müssen. Aus aktuellem Anlass, denke ich, war es aber sehr gut, dass der Minister noch kurz die Ausführungen gemacht hat.

Herr Minister, fahren Sie bitte fort!

Minister Harry Glawe: Ich will jetzt nur noch mal der AfD zurufen, ich glaube nicht, dass jemand hier im Hause Ihnen unterstellt, dass Sie sozusagen die gesetzliche Impfpflicht einführen wollen. Wir sind uns, glaube ich, alle darüber einig, dass erstens hier der Bundesgesetzgeber gefordert wäre. Und zweitens sind wir uns darüber einig, dass es darum geht, nach Möglichkeit das Impfen so zu gestalten, dass es auf freiwilliger Basis stattfindet. Und der eine oder andere oder alle wissen auch, dass natürlich beim Impfen auch ein gewisses Risiko besteht. Aber die Gesundheit oder das, was das Impfen in besonderer Weise ausmacht, ist eben, dass Schwersterkrankungen durch Impfen vorgebeugt wird und dass die große Anzahl der Menschen auch diese Impfstoffe vertragen und gut tolerieren.

Und alles andere kann man ja im Internet nachlesen. Da gibt es eben auch das eine oder andere durchaus an negativen Aussagen, aber das kennen Sie besser als ich. Sie werden genauso geflutet über das Internet wie auch das Wirtschaftsministerium, dass diejenigen, die gegen Impfen sind, in besonderer Weise sehr lautstark agieren. Aber hier geht es darum, den Impfschutz für die Bevölkerung hochzuhalten und damit der Gesundheit das Wort zu reden. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/4622(neu) zur Beratung an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Ich gehe davon aus, dass wir den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4668 im Falle der Überweisung des Antrages auch an den Wirtschaftsausschuss überweisen. Ich sehe keinen Widerspruch. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Vielen Dank. Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE, durch die Fraktion der AfD, durch den fraktionslosen Abgeordneten, bei Gegenstimmen durch die Fraktion der SPD, durch die Fraktion der CDU sowie der fraktionslosen Abgeordneten abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den hierzu vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4668 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Vielen Dank. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4668 bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE und im übrigen Ablehnung abgelehnt.

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/4622(neu) zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit ist der Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/4622(neu) bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD, der CDU sowie der fraktionslosen Abgeordneten und Ablehnung durch die Fraktion der AfD sowie den fraktionslosen Abgeordneten und Enthaltung durch die Fraktion der LINKEN angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 28:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – 30 Jahre Mecklenburg-Vorpommern – Rahmenbedingungen für gute Arbeit schaffen, Drucksache 7/4626.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
30 Jahre Mecklenburg-Vorpommern –
Rahmenbedingungen für gute Arbeit schaffen
– Drucksache 7/4626 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Frau Oldenburg.

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Vor 30 Jahren hat sich über Nacht das Leben der Ostdeutschen komplett geändert. Am Morgen war nichts, gar nichts mehr so wie am Abend zuvor. In die anfängliche Euphorie, in die Freude und in die ganz große Hoffnung fraßen sich immer mehr Unsicherheit, Sorge und auch Angst vor der Zukunft. In jeder Familie, in den Straßenbahnen und Bussen, in meinem Studentenklub, überall brannten Fragen nach dem „Wie geht es weiter?“ auf den Nägeln. Wie geht es weiter mit meinem Studium, in der Ausbildung? Was wird mit der Arbeit der Eltern, der Großeltern? Kann ich in der Arbeitslosigkeit die Miete noch bezahlen? Stehe ich nach der Betriebschlie-

ßung auf der Straße oder gibt es eine Umschulung? Und natürlich brachte uns diese große Ungewissheit auch die Frage: Gehe ich in den Westen oder bleibe ich hier? Das Leben war Unsicherheit und Chance zugleich.

Waren viele von uns zu Beginn der Einheit heimatlos, ließen uns die Unwägbarkeiten aber nicht verzagen, sondern wir packten an. Der sture Mecklenburger und auch der hartnäckige Vorpommer blieben in großer Mehrheit in unserem Bundesland. Das, was hier erreicht wurde, das ist hauptsächlich das Verdienst derjenigen Menschen, die hiergeblieben sind, die dieses Land gestaltet haben, und weniger die Leistung der verschiedensten Regierungen unseres Bundeslandes.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der AfD und DIE LINKE)

All jenen Frauen und Männern möchten wir herzlich danken, die dieses Land aufgebaut haben,

(Thomas Krüger, SPD: Wir auch.)

die nichts unterlassen haben, um Mecklenburg-Vorpommern zu einem Land zu entwickeln, in dem wir gern leben, das unser Zuhause ist.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Sehr geehrte Damen und Herren, hierzubleiben, obwohl so viel schiefgegangen ist, hierzubleiben, trotz Massenarbeitslosigkeit und miserabler Löhne – Menschen haben auf Löhne verzichtet, um hierbleiben zu können. Sie haben an unserem Land festgehalten, Einbußen für die Einheit, und das schon 30 Jahre lang. Das darf nicht länger die Folge der herrschenden Politik sein!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Burkhard Lenz, CDU)

Wir brauchen gleiche Löhne für gleiche Arbeitszeit, und zwar sofort!

Schiefgegangen ist die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes auch durch den Kahlschlag der Treuhand. Die Treuhand war zu großen Teilen Ausverkauf des Ostens, Absatzmarkt für den Westen und Deindustrialisierung. Und die Treuhand fegte auch die Leistungen der Arbeiterinnen und Arbeiter weg, denn aus der ursprünglichen Treuhandanstalt, die im März gegründet wurde, um das Volkseigentum im Interesse der Allgemeinheit zu bewahren, wurde vier Monate später, am 1. Juli 1990, eine reine Privatisierungsanstalt.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp
übernimmt den Vorsitz.)

Professor Christa Luft bezeichnete das Ergebnis der Treuhandanstalt als größte Vernichtung von Produktivvermögen in Friedenszeiten. Eine andere Treuhandpolitik hätte den Wiederaufbau des Ostens und damit auch Mecklenburg-Vorpommerns vorantreiben können und auch stärken können.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Stattdessen wurde unser Bundesland zur verlängerten Werkbank gemacht – ein Billiglohnland mit Leiharbeitern,

Kurzarbeit, Arbeits- und Perspektivlosigkeit. Diese Perspektivlosigkeit wurde auch dadurch noch befeuert, weil die Leistungen der Ostdeutschen vor der Wende überhaupt nicht mehr gewürdigt wurden, die gab es einfach nicht mehr. Mutterseelenallein hat sich der grüne Pfeil einen festen Platz an den Ampeln im gesamten Deutschland erkämpft. Alles andere wurde plattgemacht und sucht sich 30 Jahre später wieder seinen Platz, den man hätte ihm niemals streitig machen sollen. Die Polikliniken heißen jetzt „Medizinische Versorgungszentren“, die Nachmittagsbetreuung nennt man „Ganztagsschule“,

(Torsten Renz, CDU:
Frau Oldenburg, sagen Sie doch mal,
was eigentlich Ziel Ihres Antrags ist! –
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

die kostenlose Kita gab es genauso wie den freien Eintritt in kulturelle Einrichtungen,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Schülerinnen und Schüler konnten kostenlos zur Schule fahren.

(Torsten Renz, CDU:
Was ist Ihr Ziel? Was wollen
Sie denn zum Ausdruck bringen?)

Und warum, Herr Renz, das finnische Schulsystem so erfolgreich war, das wissen wir auch.

(Sebastian Ehlers, CDU: Es war nicht
alles schlecht, Frau Oldenburg. –
Zuruf von Burkhard Lenz, CDU)

Hätte man diese Errungenschaften der ostdeutschen Frauen und Männer nicht beseitigt,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus –
Glocke der Vizepräsidentin)

wären wir heute ein ganzes Ende weiter.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Dann hätte Mecklenburg-Vorpommern wahrscheinlich nicht Jahr für Jahr weniger,

(Zurufe von Dietmar Eifler, CDU,
und Torsten Renz, CDU)

sondern mehr verarbeitendes Gewerbe,

(Glocke der Vizepräsidentin)

wir hätten keine steigende ...

(Torsten Renz, CDU: Den Schürer-Bericht würde
ich gern noch mal rüberreichen. Den Schürer-
Bericht würde ich gern noch mal rüberreichen. –
Peter Ritter, DIE LINKE: Schön, wie
die Nationale Front Ihre eigenen
Erfolge in den Schatten stellt.)

Noch irgendwas fragen?

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Torsten Renz, CDU: Nein, ich bin
jetzt voll in meinem Element. –
Henning Foerster, DIE LINKE: Ich hab
gestern gehört, mit einer Ausnahme habt ihr
allem zugestimmt in der Volkskammer. –
Zurufe von Marc Reinhardt, CDU,
und Wolfgang Waldmüller, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment!

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Also jetzt gehen hier wieder die Debatten zwischen den Reihen los. Wenn es diesen Redebedarf gibt, bitte nicht hier, sondern draußen in der Lobby. Hier hat der Redner oder die Rednerin das Wort. Und darum bitte ich, auch bei den Zwischenrufen in der entsprechenden Kürze dem Rechnung zu tragen.

(Heiterkeit bei Christian Brade, SPD:
Wir können ja nachher noch
gemeinsam singen. –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

So, jetzt können Sie fortfahren, Frau Oldenburg.

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Dann hätte Mecklenburg wahrscheinlich nicht, Mecklenburg-Vorpommern wahrscheinlich nicht Jahr für Jahr weniger, sondern mehr verarbeitendes Gewerbe, wir hätten keine steigende Anzahl von Betriebspleiten und wahrscheinlich auch nicht diesen Flickenteppich im Gesundheitswesen, keine geschlossenen Arztpraxen und Krankenhausstationen. Und dann würde unser Land nicht in der Wirtschaft als Bummelletzt hinterherdümpeln.

Sehr geehrte Damen und Herren, Helmut Kohl verkündete 1990, dass 1996 die Ostdeutschen den gleichen Tariflohn verdienen werden wie ihre Kollegen im Westen. Und damals dachten wir – und wenn Sie ehrlich sind, haben Sie es alle gedacht –, warum soll das so lange dauern, warum sollen wir sechs Jahre lang, soll unsere Arbeit sechs Jahre lang weniger wert sein

(Dietmar Eifler, CDU:
Weil keiner geahnt hat, was
Sie zurückgelassen haben.)

als die Arbeit meiner Bekannten in Lübeck, 40 Kilometer weit weg.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Heute, 30 Jahre nach der politischen Wende, gibt es weder den Tariflohn flächendeckend, noch gibt es gleichen Lohn, noch immer ist die Arbeit der Ostdeutschen dreifach weniger wert als die der Westdeutschen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Denn erstens haben wir wesentlich niedrigere Löhne, zweitens arbeiten die Frauen und Männer für diese niedrigen Löhne erheblich länger als ihre Kollegen im Westen, die also in kürzerer Arbeitszeit mehr verdienen,

(Torsten Renz, CDU: Peter Ritter
genießt das genüsslich. Guck dir
das mal an, wie er sich freut!)

und drittens haben die Rentner in Mecklenburg-Vorpommern durch diese ungerechte Entlohnung geringere Renten, die oft auch in Altersarmut münden. Wer ein Leben lang gearbeitet hat und nicht von seiner Rente leben kann, der wird, gelinde gesagt, um seine gesamte Lebensleistung betrogen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Warum verdient ein Koch in Wismar 1.800 Euro und sein Kollege in Freiburg 600 Euro mehr? Warum soll der Koch noch hierbleiben? Der Maurer in Anklam verdient 2.300 Euro. Würde er in Saarbrücken arbeiten, würde er genau 1.000 Euro im Monat mehr bekommen.

(Thomas Krüger, SPD: Ja, und
staatliche Löhne hatten wir schon mal. –
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Eine Verkäuferin, die Vollzeit arbeitet und circa 1.500 Euro verdient, muss trotz ihrer Arbeit Bittstellerin beim Staat sein und muss trotz ihrer Arbeit Wohngeld beantragen.

(Zurufe von Marc Reinhardt, CDU,
und Torsten Renz, CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren, 30 Jahre Mecklenburg-Vorpommern sind auf 15 Jahre Hartz IV und Armut per Gesetz Jahre,

(Sebastian Ehlers, CDU: Oh, Leute! –
Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

in denen die Tarifbindung geschwächt wurde,

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

und Jahre, in denen die Löhne gesenkt wurden.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der CDU –
Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU:
Was machen Sie eigentlich am
3. Oktober dieses Jahr? Mallorca? –
Glocke der Vizepräsidentin)

Allein die Unternehmen und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft wurde gestärkt, aber nicht der Mensch.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Die Agenda 2010 hat den größten Niedriglohnsektor Europas hervorgebracht, hat Löhne gedrückt und den Zwang ausgeübt, jede Arbeit anzunehmen, ohne dass die Qualifikation eine Rolle spielte.

(Zuruf von Maika Friemann-Jennert, CDU)

Ja, die Arbeitslosigkeit ist gesunken, und das ist gut, aber zum einen ist es auch Teil der demografischen Entwicklung und zum anderen Teil dafür oder zum Teil dafür, dass mehr Teilzeitarbeit entstanden ist,

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:
Richtig! So ist es. – Zurufe von
Egbert Liskow, CDU, und Torsten Renz, CDU)

denn ein neues Arbeitsverhältnis holt nur jeden Zweiten aus dem Hartz-IV-Bezug, und unterm Strich hat Meck-

lenburg-Vorpommern bis heute die meisten Arbeitslosen und auch eine sehr hohe Langzeitarbeitslosigkeit, die sich verfestigt hat.

(Minister Harry Glawe: Oh, mein Gott!)

Viele der neu geschaffenen Arbeitsverhältnisse sind prekär, schlecht bezahlt und kaum sozial abgesichert.

Und damit Mecklenburg-Vorpommern endlich aus dem Lohnkeller klettert – und da sind wir alle einer Meinung –,

(Marc Reinhardt, CDU, und
Torsten Renz, CDU: Nein!)

brauchen wir zahlreiche Verbesserungen,

(Torsten Renz, CDU: Ich würde das
Mandat zurückgeben aus Protest.)

die unter anderem dadurch erreicht werden können, dass öffentliche Wirtschaftsförderung nur noch an tarifgebundene und tarifgleich entlohnende Unternehmen ausgereicht werden. Wir müssen auch dafür sorgen, dass sich die Bundesförderung stärker an der Tarifbindung ausrichtet, und wir brauchen eine aktive Regionalpolitik, die die wirtschaftlichen Perspektiven für Ostdeutschland in den Blick nimmt.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

30 Jahre nach der Einheit darf es niemand von uns mehr hinnehmen, dass die Arbeits- und Lebensleistungen der Ostdeutschen weniger wert sind.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zurufe von Sebastian Ehlers, CDU,
und Marc Reinhardt, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 58 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich öffne die Aussprache.

Für die Landesregierung hat das Wort der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit Herr Glawe.

(Torsten Renz, CDU: Jetzt kommt ein Zeitzeuge. Da kann der noch mal beschreiben, welches Erbe wir übernommen haben. –
Peter Ritter, DIE LINKE: Welches Erbe ihr mitgestaltet habt 40 Jahre lang, das trifft's eher. –
Zuruf von Torsten Renz, CDU –
Peter Ritter, DIE LINKE: Ich bin auch ein Zeitzeuge. Ich verdränge nichts, wie manch einer von der CDU.)

Minister Harry Glawe: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Besucher auf der Besuchertribüne! Frau Oldenburg,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Ja, Herr Glawe?)

wenn man Sie so hört, dann könnte man denken, wir sind ein Entwicklungsland

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Ja, ist doch alles richtig,
was ich gesagt habe.)

und Mecklenburg-Vorpommern ist an der Schwelle der Pleite.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Wegen der kostenlosen Kita? Nö! –
Egbert Liskow, CDU:
War vor 40 Jahren so.)

Genau das Gegenteil ist der Fall. Ich will Sie mal daran erinnern, was die SED damals auf den Weg gebracht hat und was sie den Bürgerinnen und Bürgern eigentlich verschwiegen hat.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Es gab ein Schürer-Gutachten, in dem drinstand, wenn die DDR weiter existieren will, dann muss sie den Lebensstandard der Bevölkerung um mindestens 30 Prozent ab dem Jahre 1990/91 senken.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Genau.)

Das will ich Ihnen noch mal zurufen. Es scheint Ihnen wahrscheinlich entfallen zu sein oder Sie haben das auf der Parteischule oder bei Ihren Lehrerkollegien sozusagen nicht gehört.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der CDU und AfD –
Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Ach Mensch, Herr Glawe, warum
sind Sie so unterirdisch?!)

Zweitens stand da drin, dass die Zahlungsunfähigkeit und damit die Pleite der DDR vor der Tür steht.

(Dietmar Eifler, CDU: Hört, hört!)

Und drittens haben die Bürgerinnen und Bürger es satt-gehabt, in einer Diktatur weiterhin gegängelt zu werden

(Dietmar Eifler, CDU: Eingesperrt waren.)

und planwirtschaftliche Zahlen immer als Mondzahlen hochzurechnen. Der eine an der Basis hat gesagt, wir haben 80 Prozent Planerfüllung, dann hat der nächste Abteilungsleiter gesagt, das kann ja nicht sein, es müssen 85 sein, und dann wurde auf der Ebene bis hin zum Politbüro daraus eine 110-prozentige Planerfüllung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Das war Realität in der DDR.

(Dietmar Eifler, CDU:
Lug und Trug war das! –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Meine Damen und Herren, und die Deutsche Einheit war am Ende alternativlos. Der dritte Weg, der immer propagiert wurde, hat sich nie erfüllen lassen und war auch nie Gegenstand der Debatte, sondern der Beitritt der DDR zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Und das ist eine Erfolgsgeschichte, wenn man 30 Jahre zurückschaut.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und AfD –
Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Wir haben seit 30 Jahren immer
noch die gleichen Löhne, Herr Glawe!)

Wir haben nämlich 30 Jahre Mecklenburg-Vorpommern und 30 Jahre Deutsche Einheit, meine Damen und Herren. Und ich will eigentlich nur sagen, ich habe den Eindruck, als wenn DIE LINKE – oder PDS oder SED-Nachfolger – das alles noch nicht gerafft hat.

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Also ich will Sie eigentlich nur aufrufen, etwas realitätsnäher zu werden.

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Die Ewigestrigen!)

Meine Damen und Herren, dazu kam, mit der Deutschen Einheit war völlig klar, der abrupte ...

(Der Abgeordnete Peter Ritter
hält sein iPad hoch.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Ritter, Sie sind Parlamentarischer Geschäftsführer ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, ich bin
auch Abgeordneter, Sie brauchen
es nicht immer zu betonen, ja?!)

Es ist gut!

Minister Harry Glawe: Also was ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Glawe, ich bin noch nicht fertig.

Also, Herr Abgeordneter Ritter, für dieses Hochhalten erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

(Zuruf vonseiten der
Fraktion der CDU: Jawoll! –
Peter Ritter, DIE LINKE: Gern.)

Für den Kommentar drohe ich Ihnen einen zweiten Ordnungsruf an.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Ich hoffe, dass wir uns jetzt verstanden haben, Herr Abgeordneter!

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Sie können fortfahren, Herr Glawe.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Minister Harry Glawe: Also ich kann das ja verstehen, ein ehemaliger Hubschrauberflieger oder Düsenjägerbetreiber

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Völlig falsch, völlig falsch, Herr Glawe!)

hat ja in Basepohl seine Erfahrung gemacht mit der DDR.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Völlig falsch, Herr Glawe, Truppenluftabwehr! Truppenluftabwehr, Genosse Glawe!)

Und deswegen kann ich verstehen, wenn Sie emotional hier ein bisschen sich räuspern. Also das ist schon klar.

(Beifall und Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU – Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: Alles klar, Nationale Front! – Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Ja, die Nationale Front ist leider ein Druckmittel der SED gewesen,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

das wissen Sie auch.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, ja, ja. – Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

Ja, ja. Sie haben sich immer 66 Prozent aller Stimmen sozusagen zugeschrieben und alle anderen durften noch ein bisschen danebensitzen. So war die Realität.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, ja, ja, ja. So mogelt man sich aus seiner eigenen Vergangenheit heraus.)

Und das war der Ritterschlag der SED durch Herrn Ritter.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU – Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, ja, habt ihr gern entgegengenommen).

Na, ich will jetzt gar nicht weiter populistisch werden,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Gern entgegengenommen als Wirtschaftssekretäre von Kreisen.)

ich will nur sagen, Herr Ritter,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Sie können nachher noch richtig nachlegen und das werden Sie auch tun.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nee, nee!)

Von daher lassen Sie mich noch zwei, drei Dinge zu Ende führen.

Also es ging natürlich auch darum, dass mit der Deutschen Einheit der Bruch von der Planwirtschaft in die Marktwirtschaft, sprich soziale Marktwirtschaft, bevorstand, und dass man nicht mehr alles, was in der DDR nicht wettbewerbsfähig war und sozusagen auf dem Weltmarkt nicht verkaufbar war und an Produkten et cetera, dass das zusammenbrechen würde, war klar. Eine der größten Schwierigkeiten beim Übergang von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft war eben die Landwirtschaft.

(Minister Dr. Till Backhaus: Na, na, na, Harry!)

In der Landwirtschaft in der DDR

(Minister Dr. Till Backhaus: Harry!)

haben in Mecklenburg-Vorpommern 200.000 Menschen gearbeitet. Wenn Sie sich das heute ansehen, heute sind mit verarbeitendem Gewerbe etwa 23.000 Menschen beschäftigt. Die haben eine deutlich höhere Produktivität erzielt und sie sind wettbewerbsfähig. Natürlich ist es so, dass dafür neue Arbeitsplätze geschaffen werden mussten, und das ist nun mal auch der Fall gewesen, denn wir haben ja die verschiedensten Themen als Landesregierung vom Rahmen her gestaltet.

Ich will nur einmal darauf hinweisen, worum es ging. Es ging darum, den Maschinenbau auf eine neue Qualität zu bringen. Zweitens ging es darum, den Schiffbau überhaupt zu retten. Mittlerweile sind wir da ja auf besserem Wege. Die Energiefrage war eine entscheidende, die erneuerbaren Energien sind heute eines der entscheidenden Themen für die Zukunft, das verarbeitende Gewerbe eine wichtige Herausforderung, dann die Stabilisierung von kleinen und mittleren Unternehmen. Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern immerhin Unternehmen aufgebaut, es sind 99,5 Prozent klein und mittelständisch. Und „klein und mittelständisch“ definiert man zwischen einem Angestellten und 249. Darüber hinaus, ab 250, sind es in Mecklenburg-Vorpommern Großunternehmen.

Also da, kann man schon sagen, haben wir eine Stabilisierung erreicht, und mittlerweile sind viele Bereiche dann auch wettbewerbsfähig aufgestellt. Die Digitalisierung ist eine der entscheidenden Herausforderungen für die Zukunft. Deswegen will ich immer nicht nur nach hinten gucken, sondern auch nach vorne.

Was war noch wichtig? Die Frage der Gesundheitswirtschaft und der Gesundheit. Wenn Sie jetzt, Frau Oldenburg, an die Wand malen, dass wir sozusagen im Gesundheitssystem nur Polikliniken und MVZ sehen, das ist völlig daneben. Es gibt ...

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Das hat doch gar keiner gesagt!)

Ja, Sie haben es doch vorgetragen.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ich dachte, Sie können zuhören. – Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Ich habe zugehört.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Nee!)

Ich habe mich sogar befließigt, Ihnen richtig zu folgen.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Das kann nicht sein!)

Dann will ich nur sagen, wir haben das Land, die Bürgerinnen und Bürger haben dafür gesorgt ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das hat Frau Oldenburg gesagt, die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. – Simone Oldenburg, DIE LINKE: Genau.)

Ja, das kann ich ja nur noch mal unterstreichen, Herr Ritter.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, ja.)

Ich will Ihnen ja nicht immerzu nur einen Tadel ausstellen,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ah! –
Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Das ist sehr schön, sehr schön.)

sondern durchaus auch Bemühen unterstellen, dass Sie vielleicht noch lernfähig werden in den nächsten 30 Jahren.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Kaum, kaum, kaum!)

Aber in diesen letzten 30 Jahren habe ich das eher nicht gesehen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Peter Ritter, DIE LINKE: Echt?)

Ja, eher nicht.

Wir haben natürlich in das Gesundheitssystem und allein in die Krankenhäuser über 2 Milliarden Euro investiert, das heißt wir, die Beitragszahler, die Länder, die Krankenkassen und natürlich auch der Bund. Das hat dazu geführt, dass wir mittlerweile vorzeigbare Gesundheitseinrichtungen haben.

Ich will Sie noch mal zurückführen in die Geschichte der DDR. Da hatte man zum Beispiel in der Frauenklinik die Gelegenheit, mit acht bis zehn Frauen in einem Zimmer zu schlafen, sich behandeln zu lassen und sozusagen ...

(Sebastian Ehlers, CDU:
Pflegeheime mit drei Leuten. –
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Ja, genau, die Uni-Frauenklinik hatte zum Beispiel solche Säle.

So, entscheidend war aber, dass man an der Uni in Greifswald einen Campus geplant hat, warum man heute modernste medizinische Behandlung machen kann und in der Gynäkologie mittlerweile einen hohen Standard hat. Und dazu gehören eben auch Zweibettzimmer, Einbettzimmer und Dreibettzimmer, zu DDR-Zeiten, ich glaube mal, acht bis zehn.

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Also von daher kann man nicht davon sprechen, dass wir in den Jahren in der Gesundheitspolitik nun nichts auf den Weg gebracht haben. Wir haben immerhin 2.500 niedergelassene Ärzte. Das eine sind Hausärzte und andererseits dann auch Fachärzte. Da können Sie nicht davon reden, dass die Behandlung und die Versorgung der Bevölkerung nicht gewährleistet ist. Es gibt immer auch in einer Demokratie das eine oder andere an Problemen, und die hatten wir in den letzten Wochen ja gerade mit den Krankenhäusern,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Genau.)

stationären Einrichtungen in Parchim und in Crivitz, und die Dinge müssen eben weiter bearbeitet werden. Das gehört aber eben auch dazu, dass man eine öffentliche Debatte führt. Zu DDR-Zeiten gab es keine öffentliche

Debatte. Da war das verpönt. Zu DDR-Zeiten, will ich noch mal sagen, da gab es rund 4.000 Medikamente. Dann gab es die Frage, wer kriegt in besonderer Weise A-, B- oder C-Nomenklatur-Medikamente verschrieben. Und diejenigen, die der Partei nahestanden, die kriegten auch die bessere medizinische Versorgung. Das haben Sie auch vergessen.

(Unruhe bei Henning Foerster, DIE LINKE,
und Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Frau Oldenburg, hören Sie mal zu! Also ich meine jetzt, wenn ich Sie schon direkt anspreche, ist das jetzt unhöflich, nach hinten zu reden.

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Das sagt ja der Richtige, Herr Glawe! Also, Herr Minister! –
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE, und
Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ja.)

Ja, ich darf das doch wohl sagen. Ich sehe doch gerade, was Sie hier mit Herrn Foerster treiben.

(Unruhe und Heiterkeit vonseiten
der Fraktion DIE LINKE – Heiterkeit
bei Marc Reinhardt, CDU: Unmöglich!)

Meine Damen und Herren, also es geht auch weiterhin um die Gesundheitswirtschaft. Da sind wir in den letzten Jahren deutlich vorangekommen, auch bei der Frage Tourismusentwicklung. Das war eine der ersten Aufgaben, die damals die erste Regierung hier in Mecklenburg-Vorpommern auf den Weg gebracht hat, also Entwicklung der touristischen Infrastruktur.

Worum geht es weiter? Sie haben davon gesprochen, da ging es also um die Frage, wie soll das mit der Wirtschaftsförderung weitergehen

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Genau.)

und wie sollen sozusagen die Leistungen stattfinden der öffentlichen Wirtschaftsförderung, wenn man im Bereich ESF Fonds oder andere Fonds anzieht. Wir haben mittlerweile festgelegt, dass 35.000 Euro als Grundeinkommen Voraussetzung sind, um an Förderung zu kommen. Es ist auch die Grundvoraussetzung, dass wir also in dieser Frage deutlich bessere Löhne brauchen.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Na, das ist doch das Gleiche, was wir sagen.)

Aber ich will darauf hinweisen, im Land sind wir bei einer Mindestzahl von 35.000 Euro. Wer das nicht erfüllt, kann sozusagen in diesem Bereich dann auch vom Land nichts erhoffen. Andererseits will ich darauf hinweisen, die Tarifpartner sind die Partner der Wirtschaft, und die Gewerkschaften, die handeln am Ende aus, welche Löhne et cetera laufen. Und da müssen wir, denke ich, deutlich besser werden. Das haben sich alle Fraktionen und alle Parteien in diesem Land auf die Fahnen geschrieben, nur müssen wir eben auch registrieren, dass wir keine Staatswirtschaft haben, sondern dass wir soziale Marktwirtschaft haben,

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

und da entscheiden die einzelnen Branchen immer auch darüber, welche Löhne und Gehälter gezahlt werden.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Warum haben Sie das in
Ihrem Koalitionsvertrag?)

Das gilt auch in Mecklenburg-Vorpommern, und wir werden dort nicht die alten Fehler der DDR weitermachen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU und AfD)

Ich will Ihnen noch mal zurufen: Wie sah es denn aus im Jahre 2005, als Holter immer noch mit „Einfach anfangen“ geworben hat? Als er ...

(Zurufe von Sebastian Ehlers, CDU,
und Henning Foerster, DIE LINKE)

Genau. Herr Holter, der heute Bildungsminister in Thüringen ist oder war,

(Minister Dr. Till Backhaus:
Macht 'ne gute Arbeit, Harry.)

macht da eine gute Arbeit. Genau, Herr Backhaus, Sie sagen es. Aber er hat uns ein Erbe hinterlassen: 211.000 Arbeitslose und damit fast 24 Prozent,

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

das ist die Bilanz der LINKEN in der Regierung in Mecklenburg-Vorpommern.

Und jetzt kommen wir zu unserer Bilanz.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Wir mussten erst mal Ihren
Scherbenhaufen wegräumen.)

SPD, CDU – jetzt selbst im Winter 7,7 Prozent Arbeitslosenzahlen vor zwei Tagen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Da können Sie mal sehen, wie man richtig ackert

(Heiterkeit bei Henning Foerster, DIE LINKE)

und wie man dann auch dafür sorgt, dass neue Unternehmen, Erweiterung von Unternehmen sich in diesem Land lohnen. Und ich sage es hier noch mal eindeutig: Die Wirtschaft hat in den letzten Jahren, den letzten sieben Jahren rund 50.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Und das ist nur mit dieser Regierung aus SPD und CDU möglich gewesen, weil wir einfach die Rahmenbedingungen auf den ersten Arbeitsmarkt ausgerichtet haben und nicht auf das Verbrennen von Geld auf dem dritten oder sonst welchen Arbeitsmarkt. Und was Sie da alles so damals gemacht haben, Concierge-Programme aufgelegt haben und so, das ist nicht der Weg, sondern der Weg heißt ganz klar auf den ersten Arbeitsmarkt gerichtet,

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

dort die Arbeitsplätze schaffen und dort den Menschen eine Perspektive geben. Das ist Politik, die SPD und CDU in diesem Land auszeichnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Jürgen Strohschein, AfD)

Wir haben auch bei den Langzeitarbeitslosen deutliche Fortschritte erreichen können. Und warum haben wir Sie erreichen können? Weil wir zwei Themen angepackt haben.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Das war
doch gar nicht Thema in dem Beitrag. –
Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Mal zum Thema reden!)

Einmal hat ja sozusagen das Teilhabegesetz der Bundesrepublik Deutschland dazu geführt, dass Langzeitarbeitslose, die fünf bis sieben Jahre lang arbeitslos sind, jetzt die Chance haben, auf den ersten Arbeitsmarkt zurückzukehren. Und wie läuft das Programm? Herr Foerster weiß es ganz genau: Die ersten zwei Jahre gibt es 100-Prozent-Förderung, dann 90, dann 80, dann 70. Und das sind fünf Jahre Chancen für Langzeitarbeitslose, die sie auch nutzen sollen und müssen.

Wir haben ein zweites Programm ...

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Das bezweifelt doch gar keiner!
Wir könnten aber noch besser sein,
wenn wir es kofinanzieren würden.)

Ja, ich weiß, Sie haben es immer besser gemacht. Sie haben dafür gesorgt, dass die Bindung bei SAM-Stellen oder ABM-Stellen, da haben Sie über Jahre, da haben Sie immer gesagt, das muss gemacht werden, da brauchen wir 10.000, da brauchen wir 5.000, da brauchen wir 8.000.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Das hab ich gemacht.)

Ich greife jetzt mal Zahlen raus, die jetzt auf den Punkt nicht stimmen. Wie war die Bindungshaftung denn auf dem Ersten Arbeitsmarkt? Die lag bei 3 Prozent von 100, alles andere war nicht nachhaltig. Und deswegen haben wir diese Dinge umgesteuert, weil sie nicht dazu geführt haben, dass die Menschen in Lohn und Brot gekommen sind.

Jetzt kommt schon wieder der Redenschreiber von Herrn Foerster in die Reihen der Abgeordneten.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU –
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Das hat Sie
doch gar nicht zu interessieren, Herr Glawe! –
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ja, Herr Minister, auch ich habe das gesehen. Und ich weise noch mal darauf hin,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Sie stellen sich immer als Moralapostel hin
und dabei sind Sie selber nicht besser!)

dass wir entsprechende Regularien haben,

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

die für alle gleichermaßen gelten, und das Betreten der Reihen ist so nicht zulässig.

Herr Minister, es gibt eine Zwischenfrage des Abgeordneten Foerster.

Minister Harry Glawe: Ja.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Lassen Sie diese zu?

Minister Harry Glawe: Na selbstverständlich, mit Herrn Foerster kann ich gut.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU
und Patrick Dahlemann, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich weise Sie allerdings nur vorsichtig darauf hin, dass die momentane Redezeitüberschreitung 4 Minuten 50 beträgt.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Bitte schön, Herr Foerster.

Minister Harry Glawe: Soll ich aufhören? Dann kann ich nicht mehr reden, dann lassen wir das.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Nee, wir nützen das gerne aus.)

Henning Foerster, DIE LINKE: Herr Minister Glawe, Sie haben die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aus den 90er- und 2000er-Jahren angesprochen.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Haben wir da auch regiert? Haben wir da auch regiert?)

Würden Sie mir zustimmen, dass die Zuständigkeit für die Rahmenbedingungen und die Ausgestaltung eben dieser Maßnahmen eben nicht beim Land Mecklenburg-Vorpommern lag, sondern beim Bund?

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Minister Harry Glawe: Sie haben in Teilen recht, aber Sie haben keine eigenen Landesprogramme aufgelegt, und das werfe ich Ihnen vor. Wir haben Bürgerarbeit aufgelegt, das ist was, was Sie in acht Jahren nie geschafft haben. Und das ist auch eine Möglichkeit, wie man also mit Mitteln des Landes und der EU Arbeitsplätze schaffen kann. Von daher, glaube ich, haben wir den besseren politischen Ansatz für die Bürgerinnen und Bürger gewählt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

So, ich habe jetzt eigentlich noch zehn Seiten hier,

(Heiterkeit bei Jens-Holger Schneider, AfD –
Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

aber ich habe ja sowieso kaum vom Blatt Gebrauch gemacht.

(Thomas Krüger, SPD:
Ich würde die gern hören.)

Ich will Ihnen nur zurufen: Wir sind auf gutem Wege. Mecklenburg-Vorpommern wird sich weiter gut entwickeln. Wir werden die nächsten Jahre nutzen. Die Förderung aus der GRW,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Wie lange haben wir noch
ungleiche Löhne?)

den ESF-Mitteln, den ELER-Mitteln und auch die Frage insgesamt von Forschung, Entwicklung, Innovation, das sind die Dinge, die uns in besonderer Weise auch in den nächsten Jahren beschäftigen werden. Und wir sollten nicht immer nur zurückschauen und, ich sage mal, grätschen bei Sachen, die lange Geschichte sind. Die Bürgerinnen und Bürger, auch die jungen und die alten, sind ganz klar der Meinung, jedenfalls in der Mehrheit, dass sich die Deutsche Einheit gelohnt hat.

Und eines will ich den LINKEN noch zurufen: Sie sind auch diejenigen, die blühende Landschaften wahrscheinlich nie sehen werden.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Aber das geht ja nun, hängt ja immer mit der Farbenlehre zusammen bei Ihnen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Also ich sage, Helmut Kohl hatte damals recht, es werden blühende Landschaften kommen. Und wer sie sehen will,

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

kann sie heute schon erleben, und wer sie nicht sieht, der macht eben nur Rotmalerei und mehr eben nicht. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU, AfD, Holger Arppe, fraktionslos,
und Christel Weißig, fraktionslos)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Minister.

Der Minister hat die angemeldete Redezeit um sechseinhalb Minuten überschritten.

Ich möchte an dieser Stelle die Gelegenheit ergreifen und auf der Besuchertribüne Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Gadebusch begrüßen. Herzlich willkommen!

Und ich rufe auf für die Fraktion der AfD den Abgeordneten Herrn Obereiner.

Bert Obereiner, AfD: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Als ich den Antrag der LINKEN gelesen habe, habe ich mir gedacht, da stehen ja tatsächlich ein paar Sätze drin, die sind gar nicht falsch, aber es fehlt ganz viel.

Was war denn vor 30 Jahren? Wer hier in Ostdeutschland gelebt hat, hat es ja gesehen: Wir hatten einen völlig verschlissenen Kapitalstock in den Unternehmen, wir hatten eine marode Infrastruktur, wir hatten ein Telekommunikationsnetz,

(Christian Brade, SPD: Und ein
blaues Halstuch hatten wir.)

das aus der Vorkriegszeit stammte,

(Zuruf von Minister Harry Glawe)

der Wohnungsbestand sanierungsbedürftig bis zum Geht-nichtmehr, verfallene Wohnungen in den Innenstädten.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Es ist natürlich richtig, dass die Aufbauleistung der Ostdeutschen gewürdigt wird, aber man muss auch mal hinzufügen, ohne die 30-jährige Solidarität der alten Bundesländer

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ei, jei, jei!)

und deren Bürger wäre das überhaupt nicht möglich gewesen, jedenfalls nicht in dieser Zeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD,
Holger Arppe, fraktionslos, und
Christel Weißig, fraktionslos)

Hinzukommt, man kann natürlich ständig sagen, das Glas ist halbleer oder leer, man kann aber auch mal sagen, das ist halbvoll, und mal ein bisschen stolz darauf sein, was in dieser Zeit erreicht wurde. Man erkennt die Innenstädte nicht wieder, wir haben innovative Unternehmen, die Zahlen hat der Minister genannt, die Arbeitsplatzzuwächse. Wir haben eine sehr niedrige Arbeitslosenquote mittlerweile. Was will man daran rumkritisieren? Und dass das dann ausgerechnet die Partei macht, die für dieses Dilemma verantwortlich ist, das schlägt ja dem Fass den Boden aus!

(Beifall vonseiten der Fraktion
der AfD, Egbert Liskow, CDU, und
Holger Arppe, fraktionslos – Zuruf von
Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Und wenn Sie hier die CDU kritisieren, weil die CDU in der DDR eine Blockpartei war, Sie wissen doch ganz genau, dass die DDR keine Demokratie war und dass die CDU dort überhaupt nichts zu melden hatte. Demokratischer Zentralismus – das kam vom Politbüro und vom Zentralkomitee.

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

Und dieses Scheinparlament „Volkskammer“, das war ja eigentlich nur ein Lückenbüßer. Da saßen halt ein paar Blockparteien, aber diese Kollegen, die dort saßen, die hatten doch überhaupt nichts zu melden, realistischere mal betrachtet.

(Dr. Till Backhaus, SPD:
Was für ein Blödsinn!)

Natürlich ist das so.

So, jetzt kommen Sie mit Ihren Lösungsvorschlägen: „Tarifbindung“, wir machen mehr Tarifverträge und haben höhere Einkommen. Sie wollen also schon wieder mal zu Ihrem Staatsdirigismus von früher zurück

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

und meinen, diesmal wird es besser funktionieren.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Das ist doch Quatsch!)

Natürlich! Wir haben doch einige Teilelemente, das hat doch die Regierungskoalition beschlossen.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Sie hat gesagt, wir haben einen vergabespezifischen Mindestlohn eingeführt. Da sind doch Schritte unternommen worden, die eigentlich auch in Ihrem Sinne sein müssten.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Sind wir noch im Lohnkeller, ja oder nein?! Haben wir die geringste Tarifbindung, ja oder nein?! –
Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE –
Glocke der Vizepräsidentin)

Jetzt wollen Sie auch noch Allgemeinverbindlichkeits-erklärungen für Tarifverträge. Dafür ist aber die Bundesebene zuständig. Ich weiß gar nicht, was das in dem Antrag zu suchen hat.

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Sie wollen die Rechte der Gewerkschaften und der Betriebsräte ausweiten. Ich sage mal, es gibt auch Leute, die wollen gar nicht als Arbeitnehmer arbeiten, die wollen einfach nur als Selbstständige arbeiten. Aber die haben Sie ja niemals im Fokus, weil sie ja die Bösen sind, die investieren und Arbeitsplätze schaffen. Das wollen Sie ja nicht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ach,
das stimmt doch überhaupt nicht! –
Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

Dann der Zusammenbruch, und dann aber die Krönung ist, Sie sagen, der Zusammenbruch der DDR und das Agieren der Treuhand,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ja.)

und hinterher wurde es dann besser. Die Treuhand hat sicherlich viele Fehlentscheidungen getroffen.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Genau das haben wir gesagt.)

Das stellt ja auch niemand in Abrede, aber ohne Ihre Katastrophenwirtschaft hätte es die Treuhand in Deutschland niemals gegeben,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Wir haben
keine Katastrophenwirtschaft gehabt.)

die wäre nämlich überflüssig gewesen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Gesundheitswesen – schauen Sie sich doch mal an, wie die Lebenserwartung zum Zeitpunkt der Wende war im Vergleich Ost-/West-Deutschland! Die war im Westen zwischen viereinhalb und sechs Jahren höher.

(Dr. Wolfgang Weiß, DIE LINKE:
Was soll denn der Quatsch?!)

Das Gesundheitssystem, das Sie hier hatten – eine Katastrophe.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Das sagen Sie mal Ihren Wählerinnen
und Wählern, dass Sie die Lebensleistung
der Ostdeutschen runterreden! Hervorragend!)

Und jetzt kritisieren Sie andere Leute, die das hier aufbauen.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Na selbstverständlich!)

Die Lebensleistung der Ostdeutschen habe ich ganz am Anfang sehr stark gewürdigt, habe nur hinzugefügt,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Machen Sie mal weiter, das ist gut!)

dass das ohne die Unterstützung aus den alten Bundesländern so nicht möglich gewesen wäre. Das habe ich alles ausgeführt.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Jaja, machen Sie weiter!)

Erzählen Sie ruhig, was Sie wollen!

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Nee, Sie erzählen ja, was Sie wollen!)

Schauen Sie sich Ihre Umfrageergebnisse an! Irgendwann wachen Sie ja mal vielleicht auf. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD,
Holger Arppe, fraktionslos, und
Christel Weißig, fraktionslos)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Schulte.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen!

Nein, Herr Kollege Renz, ich werde nicht auf die Volkammerstruktur eingehen, weil, ich war zwar als, ich glaube, Zweijähriger das erste Mal in der damaligen DDR, das war in Leipzig,

(Minister Harry Glawe: Oh!)

zusammen mit meinen Eltern, mein Vater hatte da beruflich zu tun, das war zur Leipziger Messe, aber danach war ich das nächste Mal erst im Herbst 1990 wieder hier, hier dann auch tatsächlich in den damals noch bestehenden, wenn ich das richtig im Kopf habe, damals noch bestehenden Bezirken der DDR und ich bin dann erst am 21. Januar 1991 – also ich lebe jetzt auch fast 30 Jahre in diesem Land und ich lebe hier freiwillig und ich lebe hier gern,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Schön, genau wie ich.)

um das auch mal an dieser Stelle zu sagen,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

ich lebe hier jetzt knapp 30 Jahre in diesem Land.

Ich erlaube es mir daher, über diese 30 Jahre zu reden, aber ich lehne es vom Grundsatz her ab, als Ichperson,

das muss jeder für sich selbst entscheiden, über die 40 Jahre davor zu reden. Ich glaube, das sollten die Menschen tun, die dann tatsächlich in diesen 40 Jahren hier gelebt haben.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Sehr richtig! –
Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ganz genau.)

Ich für mich persönlich stehe auf dem Standpunkt, jede Entscheidung, die man dort getroffen hat, muss jeder für sich selbst verantworten,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Genau.)

und das ist eine Sache, das ist immer etwas Persönliches.

Und deswegen lassen Sie mich, ich will deswegen auch nicht, bitte haben Sie Verständnis dafür, dass ich jetzt auch nicht sehr darauf eingehe, was da möglicherweise dazu geführt hat, dass die Wirtschaft oder die wirtschaftliche Situation 1990/1991 hier in Mecklenburg-Vorpommern oder im jetzigen Mecklenburg-Vorpommern so war, wie sie war. Das hat eine Vielzahl von Ursachen gehabt, das hat sicherlich auch mit dazu geführt, oder eine der wesentlichen Ursachen war sicherlich die wirtschaftliche Ausgestaltung in der DDR.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Das stimmt.)

Ich habe mich Mitte der 90er, Anfang der 90er, Mitte der 90er mal mit dem letzten, damals nicht mehr im Amt befindlichen Finanzminister im Kabinett de Maizière, Walter Romberg, unterhalten, und er sagte einfach, aus der Zeit, in der er Finanzminister damals im Kabinett de Maizière gewesen war, es wäre deutlich gewesen, dass – da soll man auch nicht drum herumreden – die DDR Ende der 90er pleite war.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Ende der 80er.)

Und ich glaube, das muss man auch nicht wegdiskutieren, und so habe ich ...

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Das wissen Sie besser, da muss man nicht drüber ...

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Das war jetzt keine Spitze, Herr Kollege Renz.

(Heiterkeit und Zuruf
von Dr. Ralph Weber, AfD)

Darüber muss man auch nicht diskutieren. Und wenn ich, wenn ich das an einer anderen Stelle vielleicht auch mal aufnehmen darf, als ich hier 1990/1991 hingekommen bin, da hat es im VEB Schiffbaukombinat, hieß es, glaube ich, in den drei Nordbezirken, also im heutigen Mecklenburg-Vorpommern, circa 50.000 Beschäftigte gegeben. Dass diese 50.000 Beschäftigte in diesen Betrieben keine Zukunft hatten, darüber muss man nicht diskutieren, weil, egal wie die Situation gewesen wäre oder wie sie sich entwickelt hätte, ob mit Treuhand und ohne Treuhand, dort hätte es einen entsprechenden Stellenabbau gegeben. Ich glaube, wir haben, wenn wir alles

zusammenrechnen, ein paar Tausend Beschäftigte hier in der Wertindustrie heute in Mecklenburg-Vorpommern und die machen eine tolle Arbeit

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

und das machen sie unter marktwirtschaftlichen, unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten, und ich glaube, das ist dann auch zukunftsfähig.

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich will auch nicht darüber diskutieren, über Vergangenheitsbewältigung, wer in den letzten 30 Jahren an welcher Regierung beteiligt war und welche Arbeitslosenzahlen sich dann wie entwickelt haben. Dann könnte ich auch sagen, ja, erst 1998, als die SPD das Amt des Ministerpräsidenten übernommen hat, da waren es noch 20 Prozent Arbeitslosigkeit, und wir haben das übernommen und wir haben es dann hinterher mit unserem Koalitionspartner runtergebracht. Das sind alles Wortspielereien, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das nützt es nicht.

Was ich aber an dieser Stelle sagen muss, und das sage ich, weil ich hier auch, vielleicht liegt es daran, weil ich hier nicht geboren wurde, sondern ich tatsächlich 1990/1991 in dieses Land gekommen bin mit den Augen eines Betrachters, der hier nicht groß geworden ist: Ich habe ein Land erlebt, wo Menschen auf den Umbruch, auf den wirtschaftlichen Umbruch warteten,

(Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

weil sie arbeiten wollten, weil sie Erfolg haben wollten, völlig egal, ob als Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer oder als Selbstständiger, als Freiberufler, Gewerbetreibender, es war eine Menge Motivation da. Und ich habe es auch erlebt, dass bei vielen Beschäftigten, insbesondere bei Beschäftigten, aber auch bei denjenigen, die sich selbstständig gemacht haben, ein Enthusiasmus da war, der vielleicht dann von der Realität schneller eingeholt wurde, als ihm das lieb war. Aber das ändert nichts daran, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, dass dieses Land in den letzten 30 Jahren – und das ist auch Verdienst von Politik, weil Politik die Rahmenbedingungen setzt, aber es ist in erster Linie natürlich das Verdienst der Menschen, die hier insgesamt leben, und das nehme ich für mich als jemand, der hier zugezogen ist, genauso in Anspruch –, alle, die wir hier leben, die wir hier gelebt haben,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Die hier leben, genau.)

haben dieses Land dahin entwickelt, wo es heute ist, und es steht gut da.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und AfD –
Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ja.)

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, natürlich, natürlich muss man immer, auch wenn man sagt, dass es eine positive Entwicklung gegeben hat, auch wenn man sagt, dass bestimmte Umstände gut sind, muss man schauen,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Was kann man besser machen.)

wo gibt es Probleme und wo muss man etwas verbessern. Weil wenn man das nicht mehr tut, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn man das nicht mehr tut, dann bleibt man nicht nur stehen, dann fällt man tatsächlich auch zurück, und das ist, glaube ich, etwas, was wir alle nicht wollen.

Und, meine Damen und Herren, natürlich – jetzt komme ich zum Antrag der Fraktion DIE LINKEN –, natürlich ist es richtig oder ich fange mal anders an: Sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen der Fraktion DIE LINKE, die Intention Ihres Antrages, ich nehme jetzt mal nur den Antragstext, die Intention dieses Antrages, die finde ich persönlich nicht schlecht, weil natürlich ist es so, teilweise ist es, ich sage jetzt mal, Lyrik, indem man da reinschreibt, wir haben eine tolle wirtschaftliche Entwicklung. Das gehört einfach mit dazu und natürlich ist dann aber auch richtig, dass man da reinschreibt, wo es Probleme gibt. Und der zweite Teil dieses Antrages, da komme ich dann gleich noch zu, beschäftigt sich dann ja vielleicht auch mit Möglichkeiten, wie man das lösen kann.

Und jetzt komme ich noch mal zum ersten Teil. Ja, wir haben tatsächlich hier in Mecklenburg-Vorpommern immer noch deutlich niedrigere Einkommen als in vielen anderen Bundesländern. Aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, was man dabei sehen muss, ist natürlich auch die Entwicklung, die wir über die letzten 30 Jahre genommen haben, und diese Entwicklung ist durchaus positiv, was nicht heißt, dass das Ergebnis momentan schon so ist, wie ich mir das wünsche. Also ich würde mir für die Menschen in diesem Land wünschen, dass sie die gleichen Durchschnittseinkommen hätten wie in Hamburg.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Genau.)

Die liegen bei, ich glaube, 65.000 Euro, da sind wir meilenweit von entfernt. Da werden wir aber auch nie hinkommen, weil das eine ganz andere Struktur ist, das wissen Sie auch, darüber müssen wir nicht diskutieren, aber dass wir natürlich ein Interesse in diesem Land haben, dass wir zumindest in den Durchschnitt auch der westdeutschen Flächenländer kommen, die eine ähnliche Struktur aufweisen wie Mecklenburg-Vorpommern. Ich denke da zum Beispiel an Schleswig-Holstein oder Rheinland-Pfalz. Das muss unser Ziel bleiben, und da arbeiten wir auch dran.

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, da gibt es aus meiner Sicht, aus Sicht meiner Fraktion tatsächlich – und jetzt lasse ich mal die Förderung von Unternehmen außen vor –, gerade, was die Frage der Beschäftigten angeht, gibt es da natürlich eine wesentliche Komponente, das ist die Lohn- und Gehaltssituation. Es ist nicht nur wichtig für die Menschen als Anerkennung für ihre Arbeit, das hat auch einen volkswirtschaftlich immanenten Aspekt, weil die Menschen, die heute noch etwas weniger verdienen, als das in anderen Bundesländern tatsächlich der Fall ist, die haben dann tatsächlich auch die Chance, mehr zu konsumieren.

(Beifall Henning Foerster, DIE LINKE)

Jemand, der 1 Million Euro im Jahr verdient, der gibt nicht mehr am Ende des Jahres aus, weil der konsumiert sowieso in den Bereichen, aber die Leute, die 20.000, 30.000 oder 70.000 Euro im Jahr verdienen, das sind diejenigen, die dann tatsächlich auch dieses Geld zusätz-

lich nutzen, um den Konsum und damit die Wirtschaftskraft in einem Land zu stärken.

Deswegen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, setzt sich meine Fraktion ja schon seit Jahren und durchaus auch erfolgreich – und ich hoffe, Sie widersprechen dem nicht –, durchaus erfolgreich dafür ein, dass die Löhne in diesem Land steigen. Und wir setzen uns nicht nur dafür ein – da komme ich jetzt auch noch mal dazu –, wir setzen uns nicht nur dafür ein, dass die Löhne steigen, sondern dass insbesondere die Tarifbindung in diesem Land steigt. Und wir haben da zwei, im Grunde zwei Instrumente, das muss man ganz offen sagen, das eine ist schon angesprochen worden, wenn ich das richtig im Kopf habe, das ist ja der eine Punkt, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der Fraktion DIE LINKE, was Sie jetzt auf Bundesebene fordern. Wir machen es ja in diesem Land schon tatsächlich auch auf Initiative der SPD, der Ministerpräsidentin der SPD-Fraktion, dass wir gesagt haben, wir wollen, dass die Wirtschaftsförderung in diesem Land daran geknüpft wird, dass die Unternehmen, die dann Geld bekommen, entweder Tariflohn oder tarifähnlich entgelten, weil das ist ein wichtiger Schritt.

Wir brauchen – ich sage das mal ganz deutlich –, wir brauchen nicht irgendwelche Arbeitsplätze von Unternehmen, die jetzt möglicherweise aus Baden-Württemberg oder Bayern kommen, nur mit der Überlegung, Mecklenburg-Vorpommern ist ein Niedriglohnland. Wir haben das, das muss man fairerweise sagen, wir haben das als SPD, nein, Teile der SPD, auch ein SPD-Wirtschaftsminister hat dieses Land mal versucht, als Niedriglohnland zu verkaufen, das funktioniert nicht. Und das ist eine wichtige Erkenntnis,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

ist ein wichtiger Prozess, den die SPD in diesen letzten Jahren angestoßen hat, dass wir eine Kehrtwende gemacht haben, dass wir klipp und klar sagen, wir wollen Wirtschaftsförderung auch unter dem Gesichtspunkt, dass hier Tariflöhne oder zumindest tarifgleiche Löhne gezahlt werden. Deswegen ist natürlich gegen diese Forderung, die Sie hier aufmachen, sich auf Bundesebene einzusetzen, politisch, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, erst mal nichts einzuwenden.

Und natürlich ist es so auch – und das sage ich jetzt an dieser Stelle auch –, der zweite Punkt ist die Frage der Tarifgebundenheit. Wir haben da als Land relativ wenig Mittel, auch der Bund hat relativ wenig Mittel, weil am Ende des Tages ist es eine Entscheidung eines Unternehmens, übrigens auch eines Beschäftigten, ob er Mitglied in einer Gewerkschaft oder als Unternehmen in einem Arbeitgeberverband sein will. Aber wir machen das doch in diesem Land ziemlich deutlich und wir formulieren das nicht nur immer wieder, sondern wir versuchen dann auch tatsächlich mit den Gesprächspartnern, die wir da haben, also den Sozialpartnern, den Gewerkschaften, den Arbeitgeberverbänden da Veränderungen herbeizuführen, dass die Tarifbindung in diesem Land tatsächlich steigt.

Weil ich will das mal an einem einfachen Beispiel deutlich machen, das ist die Lohnsituation hier in Mecklenburg-Vorpommern, das sind die allerneuesten Zahlen, ich habe sie mir jetzt gerade vom DGB noch mal geben lassen: Der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst –

vollzeitäquivalent ohne Arbeitgeberanteil zu Sozialversicherungsbeiträgen –, also das Arbeitnehmerbrutto, das ist in Betrieben in Mecklenburg-Vorpommern mit Tarifbindung bei durchschnittlich 2.940 Euro und bei Betrieben ohne Tarifbindung durchschnittlich bei 2.200 Euro. Ein Mitarbeiter in einem Unternehmen mit Tarifbindung verdient danach für die gleiche Arbeit im Durchschnitt in diesem Land 700 Euro mehr, und das ist der Grund, warum wir als SPD-Fraktion uns so massiv dafür einsetzen, dass mehr Menschen in diesem Land tatsächlich von Tarifverträgen erfasst werden, weil es nutzt nicht nur den Menschen, es nutzt auch diesem Land.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, jetzt kommt von Ihnen, sehr geehrte Frau Kollegin Oldenburg, sehr geehrter Herr Kollege Foerster, Sie werden ja wahrscheinlich auch noch mal zu dem Thema gleich reden, jetzt kommt von Ihnen der Antrag, dass wir auf Bundesebene uns dafür einsetzen sollen, dass das dort praktiziert wird. Was soll ich dazu sagen?

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Nur Gutes!)

Nur Gutes, Frau Kollegin Oldenburg.

Ich sage Ihnen das einfach mal, die Informationen, die ich aus dem letzten Koalitionsausschuss auf Bundesebene bekommen habe, der gerade zwischen CDU, CSU und SPD getagt hat. Da habe ich jetzt, glaube ich, heute Vormittag oder gestern ein Rundschreiben bekommen von der SPD-Führung, wo darauf hingewiesen wurde, dass sie sich leider bei dem Thema in diesem Koalitionsausschuss noch nicht mit dem Partner darauf verständigen konnten, dass beim Thema Mindestlohn – das spielt da auch mit rein – und beim Thema Tarifbindung, Stärkung der Tarifbindung etwas erreicht wird.

Und dann frage ich mich natürlich ganz ernsthaft: Wofür soll es gut sein? Ihr Antrag in der Sache, da will ich gar nichts gegen sagen, aber wenn ich doch weiß, dass es am Ende des Tages, selbst, wenn wir das hier beschließen, hier darauf hinauslaufen wird, selbst, wenn wir es beschließen, selbst, wenn wir alle Fraktionen in diesem Landtag davon überzeugen könnten, die wir dafür überzeugen müssten, dann wird es am Ende darauf hinauslaufen, dass auf Bundesebene nichts passiert. Und dann sage ich es ganz deutlich: Dann, sehr geehrte Frau Kollegin Oldenburg, sehr geehrter Herr Kollege Foerster, Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen, dann halte ich es für wichtiger, dass wir das tun, was wir als SPD-Fraktion bisher auch getan haben, die Situation hier im Land tatsächlich konkret verändern zu wollen mit den Punkten, die wir machen.

Das eine habe ich schon angesprochen, und wir sind ja durchaus erfolgreich. Und da erlaube ich mir, dann auch noch mal auf die entsprechenden Zahlen zu verweisen, auch die neuesten Zahlen vom DGB. Wir sind inzwischen hier in diesem Land – das hört sich im ersten Moment schrecklich an –, wir sind in diesem Land im Moment bei einer Tarifbindung bei den Beschäftigten bei 27 Prozent. In Ostdeutschland, in Ostdeutschland insgesamt haben wir nur eine Tarifbindung von 20 Prozent, und selbst in der Bundesrepublik Deutschland gesamt haben wir nur eine Tarifbindung bei den Beschäftigten von 29 Prozent.

Das heißt, das, was wir als SPD-Fraktion mit unserem Koalitionspartner, auch insbesondere unter Leitung der Ministerpräsidentin Schwesig, in den letzten Jahren gemacht haben und auch mit Erwin Sellering, hat signifikant dazu geführt, dass die Anzahl der Beschäftigten in diesem Land, weil die tarifgebunden sind, sich nicht nur deutlich erhöht hat, sondern tatsächlich sich in Richtung des Bundesdurchschnittes bewegt hat, weit über das Maß in anderen Bundesländern hier im Osten. Und das, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, diesen Weg wollen wir weiterverfolgen.

In dem Zusammenhang, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, komme ich dann zu Ziffer II.2, Aufträge nur noch an tarifgebundene Unternehmen zu vergeben. Und, Herr Kollege Foerster, ich habe noch zwei Minuten, deswegen mache ich es jetzt etwas kürzer, sehr geehrte Kollegen. Wir haben lange eine Diskussion darüber geführt, ob das möglich ist oder nicht. Das war in der Vergangenheit so nicht möglich. Es gibt Veränderungen auf europäischer Ebene, und ich sage das, bei mir in der Fraktion – da bin ich selbst dran beteiligt – wird momentan eine Diskussion geführt, können wir das, und wenn wir es können, wie können wir tatsächlich bei öffentlichen Aufträgen in diesem Land Unternehmen dazu verpflichten, dass sie Tariflohn zahlen,

(Thomas Krüger, SPD: So ist es.)

und nicht nur Tariflohn zahlen, sondern sich vom Grundsatz her an die Tarifverträge halten, weil Tariflohn ist nur ein Aspekt von Tarifverträgen. Und wenn wir diesen Diskussionsprozess abgeschlossen haben, dann werden wir natürlich in erster Linie auf unseren Koalitionspartner zugehen. Das gehört nun mal zur Natur der Sache.

Aber wir werden diese Diskussion auch mit allen Interessierten in diesem Land fortführen. Das heißt, wir werden sie mit den Gewerkschaften führen, wir werden sie mit den Arbeitgeberverbänden führen und wir werden sie natürlich auch in diesem Haus führen mit dem Ziel, dass wir tatsächlich auch weiterhin die Stärkung der Tarifbindung in diesem Land haben, weil ich wiederhole es noch mal: Das ist nicht nur wichtig für den Einzelnen, der dadurch mehr in der Tasche hat, es ist auch wichtig für die wirtschaftliche Entwicklung dieses Landes.

Deswegen werbe ich jetzt einfach dafür, dass wir diesen Weg gehen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Und den Antrag von Ihnen, den ich wirklich nicht runterreden möchte – ich hoffe, das hat man auch gemerkt –,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Ja, das hat man.)

aber dass ich diesen Antrag von Ihnen heute an dieser Stelle namens meiner Fraktion ablehnen werde. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter.

Das Wort hat jetzt der fraktionslose Abgeordnete Herr Arppe.

Holger Arppe, fraktionslos: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Gäste und

Bürger! Der vorliegende Antrag fordert eine Stärkung der Gewerkschaften und der Betriebsräte, so las ich. Das kann man gut finden, sollte aber mit Augenmaß, wenn schon, dann geschehen.

Ich war ja selbst mal gewerkschaftlicher Vertrauensmann der IG Medien, als ich noch bei der „Ostsee-Zeitung“ gearbeitet habe,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Das ist lange her.)

und da hatte ich,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

ja, da hatte ich, da hatte ich hin und wieder das Gefühl, dass der Betriebsrat mit seiner Starrköpfigkeit in manchen Fragen nicht gerade zu einer gedeihlichen Unternehmensführung beigetragen hat. Andererseits, als ich dann danach bei der ADAM NORD GmbH in Weitendorf bei Laage gearbeitet habe, da, muss ich zugeben, haben eigentlich alle Arbeitnehmer die Existenz eines Betriebsrates schmerzlich vermisst, denn dort herrschten genau die Bedingungen, die der Herr Schulte eben beschrieben hat: ein Unternehmer aus Baden-Württemberg, der hierherkam, um Fördermittel in Größenordnungen abzugreifen und gleichzeitig seine Mitarbeiter für Hungerlöhne unter unwürdigen Bedingungen arbeiten zu lassen. Die Firma gibt es inzwischen ja auch gar nicht mehr. Aber das war ja nur ein Punkt.

Ansonsten, denke ich, ist es auch wichtig, mal darüber nachzudenken, wenn man gute oder bessere und vor allen Dingen auch mehr Arbeitsplätze anstrebt, was kann da in Zukunft getan werden. Ist es vielleicht möglich, mal zu schauen, ob es überflüssige Regelungen, Verordnungen oder auch Gesetze gibt, die die unternehmerische Freiheit einschränken, die abgeschafft oder modifiziert werden könnten? Was kann getan werden, um in Mecklenburg-Vorpommern eine noch bessere Start-up-Kultur zu entwickeln? Gestern wurde ja in Bezug auf die Digitalisierung Estland genannt. Dort haben die eine hervorragende Start-up-Kultur und werben damit, dass man innerhalb von vier Stunden dort sein eigenes Unternehmen gründen kann. Das dürfte hier noch nicht so möglich sein.

Insgesamt möchte ich sagen, ich wünsche mir noch ein Stück weit hier auch mehr den Geist, den Donald Trump in Davos dort zur Sprache gebracht hat, nämlich, dass man mehr dafür tut, die positiven und schöpferischen Kräfte der Marktwirtschaft

(Torsten Renz, CDU:
Das funktioniert aber nicht.)

und des freien Unternehmertums loszulassen

(Minister Dr. Till Backhaus: Sie sind
ja ein lebendes Beispiel dafür.)

zum Wohle der Wirtschaft und daher auch zum Wohle der Menschen. Am Ende, mit Ostalgie und Klassenkampfrhetorik, wie das hier von den LINKEN praktiziert wurde und wird, denke ich, ist niemandem geholfen. – Vielen Dank.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Ehlers.

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU:
Jetzt kommt die Stunde der Wahrheit.)

Sebastian Ehlers, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte mich eigentlich auf eine arbeitsmarktpolitische Debatte mit meinem Kollegen Foerster gefreut.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Kommt noch!)

Ich war dann überrascht über den Klassenkampf, den hier Frau Oldenburg vorgetragen hat, deswegen habe ich mein Skript zur Seite gelegt und werde natürlich in erster Linie auf das eingehen, was Frau Oldenburg hier dargestellt hat, weil ich finde, das kann man auch nicht stehen lassen.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Doch, doch! Doch, doch!)

Denn wir haben hier oben eine Schulklasse auch sitzen und die muss ja hier aus diesem Plenarsaal gehen und muss am Ende denken, das Land, in dem wir leben, was wir täglich wahrnehmen, ist doch ein ganz anderes, als was DIE LINKE hier heute uns skizziert hat in der Einbringungsrede von Frau Oldenburg.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Man kann Ihre Rede, Frau Oldenburg, ja überschreiben mit der Überschrift: Es war nicht alles schlecht und hätten wir mal vieles beibehalten.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Es war nicht alles gut.)

Und wenn man sich mal anschaut die aktuelle Forsa-Umfrage aus dem letzten Jahr auch zum Thema „30 Jahre friedliche Revolution“, da ist es so, dass nur 17 Prozent der Befragten in Mecklenburg-Vorpommern sich manchmal – ist die Frage, was „manchmal“ heißt – die DDR zurückwünschen und 72 Prozent der über 45-Jährigen, also derjenigen, die auch die Einheit, die friedliche Revolution aktiv erlebt haben, sagen, 72 Prozent, dass sich ihre wirtschaftliche Lage verbessert hat. Und ich finde, meine sehr verehrten Damen und Herren, das muss man doch einfach mal zur Kenntnis nehmen, weil Sie hier aus meiner Sicht ein Bild auch von unserem Land gezeichnet haben, was der Tatsache nicht entspricht.

Und schauen wir uns doch mal an, wie war die Situation vor 30 Jahren! Da sind schon einige Redner darauf eingegangen. Da bin ich dem Wirtschaftsminister auch sehr dankbar, der dort ja auch Zeitzuge ist an der Stelle, mehr als ich, dass er noch mal dargestellt hat, wie die Lage war. Die DDR war faktisch pleite. Also wir reden ja nicht davon, dass hier ein finanziell gut aufgestellter Staat hier in die Bundesrepublik mit reingegangen ist,

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

sondern die DDR war pleite. Die Wirtschaft lag am Boden, war marode, die Infrastruktur war am Boden, die Innenstädte waren verfallen. Da müssen Sie sich doch noch mal alte Bilder anschauen, wie die Städte, wie die Dörfer aussahen! Es gab – und das ist aus meiner Sicht noch ganz, ganz entscheidend und das kommt in Ihrem Redebeitrag gar nicht zur Geltung –, es gab weder Mei-

nungs- noch Pressefreiheit, noch freie Wahlen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Darum gehts nicht. Ich habe doch nicht über die DDR geredet.)

Deswegen ist es doch ein großes Glück, dass wir vor 30 Jahren die Deutsche Einheit hatten, dass wir da in einem freien Land leben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Martina Tegtmeier, SPD)

Für so eine kritische Rede, Frau Oldenburg, das gehört auch zur Wahrheit, vor 31 Jahren, wissen Sie, was mit Ihnen passiert wäre,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Oh, oh, oh!)

und deswegen, glaube ich, ist das auch gut und richtig, dass wir heute diese Meinung so frei und deutlich sagen können. Das ist Ihr gutes Recht, aber ich finde, da müssen Sie sich auch an der Stelle die Kritik gefallen lassen.

Und natürlich gab es damals keine Blaupause für die Wiedervereinigung, weder im Einigungsvertrag noch dann seinerzeit im Aufbau der Bundesrepublik. Ich habe es damals erlebt, mein Vater war Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer. Da wurde in vier bis fünf Monaten ein ganzes Land reformiert, auf den Kopf gestellt. Da wurde bis morgens um 5.00 Uhr im Parlament getagt, da war man nicht so zimperlich wie hier, um 19.00 Uhr muss Feierabend sein

(Thomas Krüger, SPD: So?)

und alle brauchen ihre Mittagspause.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Da hat man ganz andere Themen oder ganz andere Arbeitsweisen gehabt, und das ging auch. Und natürlich wurden damals auch Fehler gemacht und es gab nun mal keine Schublade, keinen Plan, den man rausgeholt hat und dann einfach das so umgesetzt hat. Und natürlich gehört das auch zur historischen Wahrheit mit dazu, und ich verstehe deswegen auch nicht die Diskussion von Ihnen. Sie haben das Thema Treuhand wieder angesprochen.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Ja, das ist ein schwarzes Kapitel.)

Und natürlich kann man jetzt nach 30 Jahren lauter Untersuchungsausschüsse im Bund machen und über die Treuhand philosophieren,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Sehen Sie doch, dass es geht.)

aber was bringt es den Menschen, meine sehr verehrten Damen und Herren? Was bringt es den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern, wenn wir jetzt darüber reden, was die Treuhand vielleicht vor 30 Jahren falsch gemacht hat?

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Nicht „vielleicht“, nicht „vielleicht“,
sondern ganz bestimmt!)

Was bringt es am Ende des Tages? Ich sage, es hilft uns, den Generationen, die jetzt hier leben, den künftigen Generationen. Es bringt einfach auch an der Stelle nichts, diese Diskussionen zu führen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Und was Sie auch nicht erwähnt haben, und deswegen bin ich dem Kollegen Schulte auch so dankbar für seinen Beitrag, Sie unterschlagen natürlich auch und Sie tun so, als wenn es die Unterschiede im Lohn nur zwischen Ost und West gibt. Das ist doch gar nicht mehr die Diskussion, es gibt doch auch mittlerweile gravierende Lohnunterschiede im alten Bundesgebiet, es gibt strukturschwache Regionen. Deswegen haben wir doch auch immer gesagt, wir müssen hinkommen zu einer strukturellen Förderung. Es gibt auch in Nordrhein-Westfalen Regionen, die sind wirtschaftlich viel, viel schlechter als Baden-Württemberg, als Hamburg, als andere Bereiche,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Also liegt es ja dann doch nicht an der DDR.)

und von daher muss man doch darüber auch mal diskutieren und nicht so tun, als wenn nur der Osten hier an der Stelle abgehängt ist.

Und wenn wir heute mit offenen Augen übers Land fahren, natürlich haben wir die blühenden Landschaften. Dass Sie sie nicht sehen wollen, das ist mir völlig klar,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Ja, ich hab leergezogene Dörfer.)

aber ich glaube, die Menschen im Land nehmen das mittlerweile so wahr, dass die Städte wieder erstarkt sind, dass sie aufgeblüht sind, dass sie vernünftig aussehen, dass wir eine gute Infrastruktur haben, dass wir hier auch in Teilen Mecklenburg-Vorpommerns, das wissen Sie ganz genau, hier im Westen in Richtung Vollbeschäftigung zusteuern. Das sind doch einfach mal Tatsachen, die können Sie an der Stelle hier auch nicht bestreiten.

Und wenn Sie dann sagen, ja, Billiglohnland, dann ist in der Tat auch die Frage, welche Verantwortung Sie getragen haben, als Sie acht Jahre Ihren Arbeitsminister gestellt haben. Das wird auch völlig ausgeblendet an der Stelle. Es wird so getan, als wenn DIE LINKE in 30 Jahren hier nichts mit dem Thema zu tun gehabt hätte, meine sehr verehrten Damen und Herren. Und ich finde es ein bisschen schade. Wir werden das, 30 Jahre M-V jetzt ja schon auch – und ich finde, es ist ein guter Anlass, auch zu feiern –, das werden wir natürlich würdig begehen.

Und wenn Sie dann sagen, 30 Jahre M-V, das sind auch 15 Jahre Hartz IV, meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ja, genau.)

ich glaube, das ist nicht das, was die Menschen hier in Mecklenburg-Vorpommern, und wenn sie an 30 Jahre M-V denken, werden sie nicht an 15 Jahre Hartz IV automatisch denken. Ich glaube, das ist eine sehr, sehr selektive Wahrnehmung, die Sie haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Torsten Renz, CDU: Ja, richtig. Genau.)

Und wenn Sie die Situation im Land hier als so schlecht darstellen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann reden Sie nicht nur das Land schlecht, sondern auch die Leistungen der Menschen, und ich finde, darüber sollten wir heute reden, über die Leistungen, die die Menschen hier im Land erbracht haben, die hier ein marodes System wieder aufgebaut haben, die dafür gesorgt haben, dass wir heute als Land so gut dastehen, und darüber, finde ich, sollten wir heute viel lieber reden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Fraktionsvorsitzenden Frau Oldenburg?

Sebastian Ehlers, CDU: Na, mit dem größten Vergnügen.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bitte schön, Frau Oldenburg.

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Danke schön, Frau Präsidentin! Danke schön, Herr Ehlers!

Sie werden gemerkt haben in der Rede, dass wir sehr wohl die Leistungen aller, die an diesem Land, an dem Aufbau dieses Landes teilgehabt haben, wirklich ja gewürdigt haben

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

und das immer noch tun. Ich möchte Sie fragen: Ist Mecklenburg-Vorpommern das Land mit den niedrigsten Löhnen, ist Mecklenburg-Vorpommern das Land mit der höchsten Kinderarmutsquote und hat in Mecklenburg-Vorpommern der Rentner am wenigsten Rente?

Sebastian Ehlers, CDU: Das kann ich Ihnen jetzt im Detail auf den letzten Punkt nicht beantworten. Ich habe doch auch gar nicht bestritten, dass wir hier Probleme haben, und von daher, natürlich haben wir immer noch zu geringe Löhne, da sind doch alle Vorredner darauf eingegangen. Aber so zu tun, als wenn jetzt hier das Land immer noch in Schutt und Asche liegen würde, ich finde, das wird der Sache auch nicht gerecht.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Den Fachkräftemangel, den Fachkräftemangel haben wir.)

Also von daher bitte ich Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie hier Anträge einbringen, dann, finde ich, sollte man auch bei der Einbringung zum Antrag sprechen. Das haben Sie nämlich mit keinem Wort getan. Dann kann man sich auch darauf einstellen, dass man hier eine Globaldebatte zu 30 Jahren Mecklenburg-Vorpommern hält, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wir als CDU-Fraktion arbeiten weiter an den Herausforderungen, die es in dem Land gibt. Die sind, glaube ich, auch klar benannt worden, die liegen aus unserer Sicht vor allem in den Bereichen Bildung, Arbeitsmarkt, auch Gesundheitsversorgung, Digitalisierung. Das sind, glaube ich, auch die großen Punkte, an denen wir arbeiten müssen. Aber wir lassen uns das auch nicht schlechtreden,

was in den 30 Jahren hier an Erfolg geschaffen wurde in diesem Land, und da sind am Ende alle diejenigen beteiligt, die sich hier fleißig und aktiv mit eingebracht haben. Die wollen wir in den Fokus unserer Politik richten, und DDR-Nostalgie und rückwärtsgewandte Politik bringt an der Stelle auch keinen etwas weiter. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Abgeordneter, zu Ihrem Redebeitrag ist eine Kurzintervention angemeldet worden von der Fraktion der AfD.

Professor Dr. Weber, bitte schön.

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Landsleute! Verehrtes Präsidium!

Herr Ehlers, ich gebe Ihnen recht, wir müssen den Blick nach vorn wenden und wir müssen stolz darstellen, was in diesem Land bisher erreicht wurde. Und der Rückblick auf die Zeiten der DDR und die Glorifizierung des Pleite-Sozialismus, den man da erlebt hat, bringt nicht nur nicht weiter, sondern führt zurück.

Ich möchte aber trotzdem den richtigen Kern an dem hervorheben, was Frau Oldenburg gesagt hat. Die Treuhandanstalt – und Sie selbst von der CDU reden ja immer von Lebensleistung, die ist uns wie Ihnen sehr wichtig –, die Treuhandanstalt hat die Lebensleistung von vielen DDR-Bürgern, die mit unermesslichem Einsatz versucht haben, in einer pleitegehenden Wirtschaft ihre Betriebe aufrechtzuerhalten, ruiniert, hat ohne Sinn und Verstand für eine symbolische Mark Unternehmen an Konkurrenten verkauft, nur damit sie abgewickelt werden können. Auch das gehört zur Wahrheit, das muss man sagen. Und die Entscheidung, Rückgabe in Natur vor Kapitalersatz war ein immenser Investitionsstau, der die euphorische Aufbruchsstimmung, die nach der Wende geherrscht hat, wirtschaftlich abgeblockt hat. Das waren zwei diametrale wirtschaftliche Fehler und die Hiergebliebenen in Mecklenburg-Vorpommern müssen das teilweise bis heute ausbaden. Auch das gehört zur Wahrheit, und das muss man sagen dürfen.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Möchten Sie erwidern, Herr Ehlers? (Zustimmung)

Bitte schön.

Sebastian Ehlers, CDU: Ja, Professor Weber, ich habe ja in meiner Rede gesagt, dass auch Fehler gemacht wurden. Das habe ich ja auch ganz offen und ehrlich zugegeben, weil es ja auch in der Tat keine Blaupause gab. Aber zur Wahrheit gehört natürlich auch, wenn man sich das Thema Treuhand anschaut, dass nun mal auch viele Unternehmen im internationalen Wettbewerb dann nicht mehr wettbewerbsfähig waren, und zwar viele Unternehmen in der DDR, die hauptsächlich ihre Absatzmärkte im östlichen Teil Europas, in der Sowjetunion hatten, wo auch ganze Märkte zusammengebrochen sind, die einfach dann noch nicht wettbewerbsfähig waren.

Aber ich bin ja – das habe ich auch eingangs gesagt –, ich bin ja durchaus offen da auch für Kritik, bloß es bringt doch aus meiner Sicht jetzt nichts, Untersuchungsausschüsse für Dinge auf den Weg zu bringen, die vor 30 Jah-

ren geschehen sind. Das hilft nun keinem weiter. Das war mein Petitum, und von daher sind wir da jetzt auch, was durchaus Kritik an dem Umgang angeht, gar nicht so weit auseinander.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Foerster.

Henning Foerster, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will vielleicht mal anders anfangen, als es einige hier erwarten, und zu Beginn meiner Rede all denjenigen danken, die am Aufbau unseres Landes tatkräftig mitgewirkt haben,

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

denn die anfängliche Euphorie – und das klang mehrfach an – über die friedliche Revolution und den schnellen Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes wich bei vielen in der Tat nach kurzer Zeit schon vielfach Ernüchterung. Es ist gesagt worden, viele Betriebe wurden von der Treuhand zugunsten der westdeutschen Konkurrenz abgewickelt. Es ist ein Fakt, dass Massenarbeitslosigkeit eingesetzt hat und die Abwanderung auch aus Mecklenburg-Vorpommern natürlich befördert hat.

Und auch wer hiergeblieben ist, der stand natürlich vor großen Herausforderungen: Gehe ich das Wagnis ein, ein Unternehmen zu gründen und auf eigenen Beinen zu stehen? Bekomme ich da überhaupt einen Kredit dafür? Bleibe ich hier und versuche über eine Umschulung oder eine schon angesprochene ABM wieder Fuß zu fassen? Suche ich mir einen Job im grenznahen Bereich und pendele täglich oder werde ich gar Wochenendpendler und lasse die Familie unter der Woche allein, weil die Kinder noch klein sind und zur Schule gehen? Diese Fragen werden seinerzeit viele Familien beschäftigt haben. Auch meinen Eltern ging es im Übrigen so. Sie und all die anderen, die den Mut nicht verloren haben, denen gilt es zu danken.

Und unzweifelhaft ist in den letzten 30 Jahren auch vieles erreicht worden.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Man sieht es in den Innenstädten, die saniert wurden. Man sieht es in den Ostseebädern. Man sieht es auch auf der A 20, in den Technologie- und Gründerzentren oder den vielen Gewerbegebieten unseres Landes. Und dennoch kann all das nicht darüber hinwegtäuschen, dass die von Altkanzler Kohl versprochenen blühenden Landschaften vielerorts eben leider, möchte ich dazu sagen, nicht Realität geworden sind.

Und Sie haben es gelesen in der Antragsbegründung, auch die aktuellen Zahlen der Hans-Böckler-Stiftung belegen das ja, beim Vergleich der Einkommen in allen Kreisen und Regionen Deutschlands ist das Bild doch eindeutig: Nur in 6 von 77 Kreisen und kreisfreien Städten in Ostdeutschland liegt das durchschnittliche Ein-

kommen über 20.000 Euro – also wir reden ja nicht über Luxusregionen –, das sind 7,8 Prozent. Und wenn man dann vergleicht, Herr Ehlers, im Westen liegt es in 284 von 324 Kreisen darüber, das sind 87,6 Prozent, und da wird doch ein Problem deutlich: Ein Grund dafür ist natürlich die Erosion der Tarifbindung, die ist im Osten geringer.

Ich meine, Herr Kollege Schulte, Sie haben da einen methodischen Fehler gemacht. Die Zahlen, die Sie hier genannt haben, beziehen sich, glaube ich, auf die von der Tarifbindung erfassten Betriebe, denn nach meinen Zahlen vom DGB ist es so, dass nur rund 46 Prozent der Beschäftigten unter den Schutz von Tarifverträgen fallen im Osten, während es in Westdeutschland

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
10 Prozent mehr sind.)

noch 57 Prozent sind. Diese Entwicklung verwundert mich immer wieder,

(Thomas Krüger, SPD: Wir sind
uns einig, dass es zu wenig sind.)

weil man doch weiß, dass dort, wo Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände Tarifverträge aushandeln, die Lücke inzwischen fast geschlossen ist. Denn wenn man sich das anguckt, wie die tariflichen Grundvergütungen in Ostdeutschland aussehen, dann war es 2018 so, dass sie 97,6 Prozent des westdeutschen Niveaus erreicht haben, im Übrigen, 1991 waren es gerade mal 60 Prozent.

Was ist jetzt eigentlich das Problem? Ich habe es hier vielfach angesprochen. Das Problem ist die Tariffucht etlicher Arbeitgeber. Es ist eben so, dass viele Unternehmen zwar in einem Arbeitgeberverband bleiben, aber die Tarifvertragsbindung verlassen, um kurzfristige Kostenvorteile zu erlangen. Andere strukturieren ihr Unternehmen so um, dass Betriebe aus der Tarifbindung fallen. Und deswegen betonen wir ja immer wieder, dass hier ein ganz wichtiger Hebel für Verbesserungen ist.

Handlungsbedarf besteht aus unserer Sicht natürlich auch noch bei den Arbeitszeiten, denn Beschäftigte im Westen kamen 2018 im Schnitt auf 1.295 Arbeitsstunden, im Osten, mit Berlin, waren es 56 Stunden mehr. Und ich habe das hier in verschiedensten Debatten in den letzten sieben, acht Jahren immer wieder gesagt, natürlich ist auch der ausgeprägte Niedriglohnsektor immer noch ein Problem. Und wenn Sie aufmerksam die Presse verfolgt haben, dann haben Sie kürzlich lesen können, wie sich die Mehrfacharbeit in Mecklenburg-Vorpommern entwickelt hat. Es geht um die Zahl derjenigen, die zusätzlich zum Haupterwerb noch einem Minijob nachgehen müssen. Die ist innerhalb eines Jahres in unserem Land von 30.906 auf 32.392 gestiegen. Man muss einfach sachlich zur Kenntnis nehmen, dass Minijobs eben immer noch oft das zweite Standbein sind, um als Niedriglohnempfänger in Mecklenburg-Vorpommern überhaupt über die Runden kommen zu können.

Grundsätzlich gilt, dass die Politik pro Minijob, Leiharbeit, Befristungen und Werkverträge sowie das lange, auch schon angesprochene praktizierte Werben für das Billiglohnland Mecklenburg-Vorpommern nicht dazu geführt haben, dass sich hier massiv Großbetriebe angesiedelt haben. Und wir waren letzte Woche mit dem Wirtschaftsausschuss bei der IHK. Jetzt merken auch die Unter-

nehmen inzwischen, dass die weiterhin deutlich klaffende Lohnlücke im Wettbewerb um Fachkräfte inzwischen einen klaren Standortnachteil gegenüber anderen Regionen darstellt. Und dieser Fakt wird in Konjunkturumfragen der IHK inzwischen als Hauptrisiko für eine gute wirtschaftliche Entwicklung gesehen. Also es hat doch nichts mit linker Propaganda zu tun, das ist doch schlicht Fakt, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, mit dem „Aufbau Ost“ ist es zwar gelungen, die wirtschaftliche Basis der ostdeutschen Bundesländer zu erneuern und die infrastrukturellen Voraussetzungen zu verbessern, doch während sich einige Städte gut entwickelt und ihr Umland mitgezogen haben, blieb andernorts die erhoffte Ausstrahlung auf das strukturschwache Umland aus. Das ist auch ein Fakt. Das Ergebnis dort ist ein Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, welches 30 Prozent unter dem westdeutschen Niveau liegt. Unsere Wirtschaftsstruktur, das ist bekannt, ist deutlich kleinteiliger als die in Westdeutschland, und unsere Unternehmen verfügen vielfach nicht über die gleiche Innovationsstärke. Und natürlich rächt sich jetzt auch die jahrelange Abwanderung junger Leute, weil die Zahl der Menschen im Erwerbsalter in ganz Ostdeutschland, auch in Mecklenburg-Vorpommern stark zurückgehen wird. Die Folgen sind massiv und das betrifft nicht nur die Unternehmen.

In den ländlichen Regionen klaffen zunehmend auch Lücken bei öffentlichen Einrichtungen wie Kitas, Schulen, Ämtern und Krankenhäusern. Und dieser Rückzug des Staates, so empfinden es jedenfalls viele Menschen, aus der Fläche ist eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie kennen doch all diese Probleme. Herr Minister Glawe ist ja mit einem Satz auch darauf eingegangen. Denken Sie doch nur an die aktuelle Diskussion um die Krankenhäuser in Parchim und Crivitz!

Deshalb soll unser heutiger Antrag zweierlei Dinge bewirken – das ist ja vorhin von Herrn Renz zwischengerufen worden, was wollt ihr eigentlich mit diesem Papier –: Wir wollen erstens dafür werben, dass wir zum 30. Geburtstag unseres Bundeslandes eine differenzierte Sicht auf die letzten Jahre an den Tag legen. Und dazu gehört natürlich der berechtigte Stolz auf das Erreichte, aber ebenso das Bewusstsein für die Probleme, die es nach wie vor gibt.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Torsten Renz, CDU: Sie werden mir
doch nicht etwa unterstellen, dass
ich diese Einstellung nicht habe?!)

Zweitens erwarten wir die richtigen Weichenstellungen, damit der Landtag eben in zehn Jahren zum 40. Jubiläum möglichst nicht mehr über derart gravierende Unterschiede diskutieren muss.

Wir sind überzeugt davon, dass höhere Löhne notwendig sind. Die OZ-Umfrage hat doch jüngst noch mal gezeigt, wie wichtig das Thema den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern ist. Erreichbar sind sie eben nur durch eine Erhöhung der Tarifbindung und dazu muss die Wirtschaftsförderung im Land und im Bund weiter konsequent auf tarifgebundene Unternehmen ausgerichtet werden. Öffentliche Aufträge sollten grundsätzlich nur noch an solche vergeben werden.

Ich möchte Ihnen eine Zahl nennen: Die Vergabestellen von Bund, Ländern und Kommunen generieren jährlich Aufträge für Güter und Dienstleistungen im Wert von 450 bis 500 Milliarden Euro. Das ist doch ein Beleg dafür, dass der Staat auch eine wirkliche Marktmacht hat. Und natürlich, Herr Kollege Schulte, weiß ich, dass es in Mecklenburg-Vorpommern Regelungen gibt, große Unternehmen beispielsweise von der Förderung auszunehmen, wenn sie nicht tariflich oder tarifgleich entlohnen. Allerdings muss man fairerweise auch mal dazusagen, dass die Wirkung bisher überschaubar ist.

Ich habe mal nachgefragt per Kleiner Anfrage, wie viele große Unternehmen gemeint sind: Beschäftigte 250 plus X, die sich seit 2014 hier angesiedelt haben. Und da dürfen Sie mal raten, wie viele das sind! Das sind 12. Und jetzt können Sie mal überlegen, wie dann die Wirkung mit Blick auf diese Regelungen im Rahmen der Wirtschaftsförderung ist. Die ist überschaubar, und deswegen sagen wir, wir müssen mehr perspektivisch da auch noch mal ran und müssen auch die Unternehmen unterhalb von 250 stärker in den Blick nehmen.

Staatliche Institutionen und Landesunternehmen haben darüber hinaus nach unserer Auffassung auch eine Vorbildfunktion. Sie dürfen nämlich weder Billiganbietern mit Niedriglöhnen den Zuschlag erteilen und sie dürfen vor allen Dingen nicht ihre eigenen Leute jenseits tariflicher Niveaus entlohnen. Und wenn ich dann als Antwort auf eine Kleine Anfrage an die Landesregierung präsentiere bekomme, dass man nicht mal weiß, was in den 74 Unternehmen mit Landesbeteiligung eigentlich los ist

(Minister Dr. Till Backhaus: Na, na!)

und dann peinlicherweise den erhöhten Arbeitsaufwand vorschiebt, um der Opposition überhaupt irgendwas mitteilen zu können, dann, meine Damen und Herren, ist das eigentlich nur noch traurig.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Im Bund gilt es, die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen zu erleichtern. Das ist ein Mittel, um tarifliche Regelungen auch auf nicht tarifgebundene Unternehmen und ihre Beschäftigten auszudehnen. Wir haben hier ausführlich darüber gesprochen, deswegen verzichte ich jetzt an der Stelle hier auch auf nähere Erläuterungen.

Ich möchte allerdings eines noch mal ganz klar aussprechen, der Kollege Schulte hatte das auch angedeutet: Tarifflucht und sinkende Tarifbindung entziehen den Sozialkassen und dem Staatshaushalt jährlich mehrere Milliarden Euro. Der Grund dafür sind geringere Kaufkraft, niedrigere Einkommensteueranteile für Land und Kommunen sowie geringere Beiträge für die Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung.

Nach unserer Auffassung brauchen wir im Übrigen – und als langjähriger Betriebsrat sage ich das aus vollstem Herzen – hierzulande auch endlich ein Bewusstsein für den Wert der betrieblichen Mitbestimmung. Ich finde es daher sehr traurig, dass nicht mal ein Betriebsrätepreis Mecklenburg-Vorpommern, der ja nichts weiter machen soll, als die Aufmerksamkeit auf das Wirken der Kolleginnen und Kollegen zu lenken und ein Stück Wertschätzung für ihre Arbeit zu transportieren, eine Mehrheit in diesem Hause findet, und das, obwohl man ja sagen

muss, der organisatorische Aufwand für einen Betriebsräte-M-V, meinerwegen alle zwei Jahre, der ist überschaubar. Und die 15.000 Euro, die wir dafür vorschlagen haben im Rahmen der Haushaltsberatungen, die sind doch im Vergleich zum Gesamthaushalt Peanuts.

Zu den notwendigen bundesgesetzlichen Regelungen, Betriebsverfassungsgesetz, habe ich hier im Rahmen eines separaten Antrages ebenfalls bereits vorgetragen. Auch da will ich jetzt auf Detailausführungen verzichten.

Ich möchte noch mal eines sagen zur Förderung von strukturschwachen Regionen: Wir glauben, dass es eine aktive Strukturpolitik und ein hohes Niveau öffentlicher Investitionen braucht. Gerade Regionen in Ostdeutschland – dazu zählen auch Bereiche Mecklenburg-Vorpommerns –, die in der Vergangenheit eine massive Abwanderung erlebt haben, die müssen doch lebendig bleiben, damit nicht noch mehr Menschen diesen Regionen den Rücken kehren.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Und das bedeutet, dass der Staat mit öffentlichen Einrichtungen und Dienstleistungen auch im strukturschwachen Raum sichtbar bleiben muss. Dafür braucht es mehr Investitionen in erreichbare öffentliche Dienstleistungen. Der Zugang zur Gesundheitsversorgung, Bildung, Mobilität, alles Landesthemen, über die wir im Rahmen dieser Sitzung auch schon diskutiert haben, der muss gesichert werden. Anders lässt sich die Lebensqualität in den ländlichen Räumen nicht hochhalten. Die Gewerkschaften haben im vergangenen Jahr deshalb eine Gemeinschaftsaufgabe „Sicherung der regionalen Daseinsvorsorge“ nach Artikel 91a des Grundgesetzes gefordert, auch übrigens, um in Zeiten der Schuldenbremse die Handlungsfähigkeit kommunaler Haushalte zu steigern.

Soweit an der Stelle, man könnte noch viel mehr sagen, man müsste auch viel mehr noch sagen.

(Torsten Renz, CDU: Wäre mir recht, wäre mir an dieser Stelle recht.)

Ich kann Ihnen versprechen, meine Fraktion wird im Jahr 30 des Landes Mecklenburg-Vorpommern zu vielen dieser Aspekte sich hier noch äußern. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4626. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4626 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, ansonsten Ablehnung abgelehnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, begrüße ich auf der Besuchertribüne eine Gruppe von Schülerinnen und Schülern des Gymnasiums Gadebusch. Herzlich willkommen!

Und ich möchte auch etwas Ungewöhnliches machen, und zwar in Bezug auf unsere vergangene Landtagsitzung am Donnerstag. Ich habe heute eine Mail erhalten von Mitarbeitern des FBN, die im Livestream unsere Debatte zum Antrag zum FBN verfolgt haben und die mich gebeten haben, an dieser Stelle für die große Unterstützung des Landtages durch den einstimmigen Beschluss

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Minister Dr. Till Backhaus)

hier Dank zu sagen von den Mitarbeitern, die das sehr erfreut verfolgt haben. Und da das ja mal was Positives ist, auch dahin gehend, dass unser Livestream aktiv genutzt wird,

(Minister Dr. Till Backhaus: Das sind ja auch ganz tolle Mitarbeiter.)

wollte ich das nicht versäumen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, AfD und DIE LINKE)

Und jetzt rufe ich auf den **Tagesordnungspunkt 29**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Initiative #WirHabenPlatz unterstützen, Drucksache 7/4628.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Initiative #WirHabenPlatz unterstützen
– Drucksache 7/4628 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Larisch.

Karen Larisch, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Damen und Herren! „Verswinde, du verlauste Polackengöre!“, Juni 1945, Lenzen an der Elbe. Ein vierjähriges Mädchen stahl in einem Schweinestall ein bisschen Essen aus dem Schweinetrog. Ein anderer Bauer nahm das Mädchen, ihren Bruder und später die Mutter der Kinder bei sich auf, denn er hatte viel Platz, Platz in seinem Herzen und Platz auf seinem Hof. Meine Mutter hat das niemals vergessen, sie hatte immer Platz für Kinder. Meine alte Mutter ist empört, dass dieses unheimlich reiche Deutschland zulässt, dass Kinder in Europa wieder in ihrem Flüchtlingselend alleingelassen werden.

Als meine Mutter 1945 nach Deutschland kam, war dieses Land zerbombt, viele Menschen hungerten, aber irgendwie haben wir es geschafft, gemeinsam. 2020 ist Deutschland eines der reichsten Länder der Welt und lässt Kinder an Europas Grenzen verhungern, sieht der Vergewaltigung und Versklavung zu. Meine alte Mutter versteht die Welt nicht mehr.

Meine Kinder sind 33 und 20 Jahre, meine Enkelkinder 12 und 10. Sie haben alle irgendwann in irgendeinem Camp Zeit verbracht, in Ferien camps, in Zirkuscamps, in Lerncamps, in Reitcamps. Sie haben alle lauthals um ihre Rechte gekämpft und gestritten: um ihr Recht auf Bildung, und sie beschwerten sich, dass sie jeden Morgen früh aufstehen mussten, um ihr Recht auf Nahrung, weil es mal wieder keinen Burger und Pizza gab, und um ihr Recht auf Kleidung, weil die 20. Hose nicht gekauft wurde, und ihr Recht auf Gesundheit, weil sie wollten nicht zur Vorsorgeuntersuchung. Niemals mussten sie in

einem Flüchtlingscamp dahinvegetieren. Niemals haben Sie das Wort „Hunger“ wirklich gespürt. Niemals haben sie gesehen, wie Bomben Häuser zerstörten, und niemals lagen ihre Freunde zerfetzt in Einzelteilen neben ihnen, und niemals werde ich zulassen, dass sie es erleben müssen. Und ich weiß, dass ich alles unternehmen würde. Unter allen Umständen würde ich sie retten, auch wenn das Trennung bedeuten sollte.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

420 Millionen Kinder auf der Welt sind nicht so satt wie meine Kinder. Jedes fünfte Kind auf der Welt hat keinen sicheren Ort, 420 Millionen Kinder auf der Welt im Krieg. Die internationale Gemeinschaft schaut nicht zu, sie schaut einfach weg. Die europäische Schande sind die Lager in Griechenland. Die deutsche Verantwortung geopfert und freigekauft mit der Dublin-Verordnung.

Mecklenburg-Vorpommern hat seine Herzen verschlossen. Dieses weite, grüne, leere Land hat keinen Platz für Kinder, die auf der Flucht ihre Eltern verloren, die vergewaltigt, hungernd und frierend in den Lagern festsitzen, die missbraucht als Kriegsbeute und Sklaven den Warlords dieser Welt für die Geschäfte dienen. Sollen wir das wirklich glauben?

60 Prozent aller in Griechenland gestrandeten Kinder sind unter zwölf Jahre, und sie sind allein. Knapp 5.000 Kinder, völlig auf sich alleine gestellt, harren dort aus. Viele dieser Kinder hätten ein Recht, nach Deutschland zu kommen. Die europäische Dublin-Verordnung müsste es ihnen ermöglichen. Drei Viertel aller Anträge wurden aber 2019 abgelehnt, weil der Rechtsstaat durchgreift, weil der Rechtsstaat auf Fristen und Regeln besteht. Erklären Sie uns, wie ein fünfjähriges alleinreisendes Kind rechtsstaatliche und deutsche Fristen und Regeln einhalten soll! Diese strikte Handhabung der Dublin-Verordnung verstößt gegen die Genfer Konvention und ihre Zusatzprotokolle.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Dieses Regelwerk ist der Kern des humanitären Völkerrechts. Es stellt Kinder unter 15 in und aus Kriegs- und Krisenregionen unter den besonderen Schutz. Für Kinder muss in unserem Land Platz sein. Es reicht nicht, auf eine europäische Lösung zu warten.

Am 2. Oktober 2019 gab es einen offenen Brief und einen Appell von 19 Organisationen an die Bundeskanzlerin und den Bundesinnenminister. Die Grundlage ist der Bericht vom Juli 2019 des Bundesfachverbandes unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Forderungen aus diesem offenen Brief waren: die schnellstmögliche Aufnahme dieser Kinder, raus aus den desolaten Zuständen in den Lagern in Griechenland, die vorhandenen Spielräume bei der Familienzusammenführung nutzen.

Niedersachsen, Berlin, Thüringen starteten eine gemeinsame Initiative, Kinder und Jugendliche aufzunehmen. Am 28. November 2019 startete dann die Zivilgesellschaft die Kampagne #WirHabenPlatz. Am 03.12.2019 wendeten sich die Integrations- und Ausländerbeauftragten der Länder Berlin, Brandenburg, Bremen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen gemeinsam an die Innenministerkonferenz. Viele Kommunen erklärten sich bereit, die Kinder und Jugendlichen aufzunehmen.

In Ansatz gebracht werden könnte hier der Königsteiner Schlüssel. Für Mecklenburg-Vorpommern wären das dann genau 20 Kinder, 20 Kinder, die in den Kommunen leben könnten, die sich schon freiwillig bereit erklärt haben und bereit erklären werden. In der nächsten Bürgerschaft der Hansestadt Rostock wird es einen gemeinsamen Antrag der GÜNEN, der SPD und der LINKEN dazu geben. 20 Kinder retten vor Hunger, Kälte, Vergewaltigung und Versklavung. 20 Kinder, die eine Chance bekommen könnten. Deutschland, ein Land, das die Menschenrechte hochhält. Deutschland, ein Land, das natürlich eigene Sorgen hat, aber doch verdammt viel Platz. Mecklenburg-Vorpommern, ein Land zum Leben. Camp Moria, ein griechisches Lager, ein Platz zum Sterben.

Schon 2018 forderte Griechenland Hilfe von den Mitgliedsstaaten. Doch so ein paar Decken, Teddys und Fußbälle für die Kinder waren nicht gemeint. Die Menschen, die vielen Kinder kommen nach Europa, nicht nach Griechenland. Sie kommen in unser gemeinsames Europa. Wir haben eine Verantwortung füreinander in dieser Staatengemeinschaft. Und ja, M-V gehört dazu. Wir gehören dazu. 20 Kinder, 50 Kinder, 300 Kinder, es gilt, langfristig eine Lösung für 5.000 Kinder zu finden. Doch während wir hier und im Bundestag, in Bayern und in Brüssel über Kompromisse verhandeln, sterben die Kinder mitten im Urlaubsland Griechenland an Hunger, an Gewalt und an Krankheit.

Wir sind hier 71 Abgeordnete zuzüglich der drei Minister/-innen ohne Mandat und der Ministerpräsidentin, 75 Menschen hier in diesem Saal. Wenn sich immer drei Personen zusammensetzen würden und für nur ein Kind die Patenschaft übernähmen, dann hätten wir Hilfe für 25 Kinder. Ein Landesparlament übernimmt die Patenschaft für 25 Flüchtlingskinder, was für eine Schlagzeile, denn wir haben Platz, wir haben Platz in unseren Herzen, wir haben Platz in unseren Köpfen und wir haben Platz in unserem Land. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 58 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Landesregierung der Minister für Inneres und Europa Herr Caffier.

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Sehr geehrte Frau Larisch, bei aller Emotionalität des Themas, was außer Zweifel ist, es gilt nach wie vor das geltende Recht. Und Recht und Emotionen dürfen wir nicht miteinander verwechseln. Wir stoßen mit der Dublin-Verordnung auch nicht gegen geltendes Recht. Auch das ist nicht richtig. Und insofern bin gerade ich als Innenminister, als Kommunalminister auch für die Einhaltung der gültigen Rechtsregelung zuständig. Und ja, wir haben uns auf der Innenministerkonferenz ausgetauscht und sind eben nicht zu der Auffassung gekommen, dass wir dem Antrag der Integrationsminister/-innen entsprechen.

Beim ersten Lesen scheint der Antrag als ein ehrwürdiges Anliegen. Einige Bundesländer haben ja, wie Sie

ausgeführt haben, die Initiative vorgeschlagen, eine Zahl, die erst einmal überschaubar aussieht. Die Situation in den Flüchtlingsunterkünften ist miserabel, ohne Wenn und Aber. Sie ist auch nicht hinnehmbar, auch das ist ohne Wenn und Aber. Und deshalb muss sich Deutschland dafür einsetzen, dass der griechischen Regierung unter die Arme gegriffen wird, um die Situation in den Griff zu bekommen. Dazu hat es gerade in der letzten Woche Gespräche und Treffen mit den griechischen zuständigen Behörden gegeben.

Bei allem Verständnis für die Lage haben wir es jedoch auch hier mit einem Problem zu tun, wie wir es beispielsweise auch bei in Seenot geratenen und in den Mittelmeerhäfen ankommenden Flüchtlingen haben, zum Teil auch mit Minderjährigen. Einige EU-Mitgliedsstaaten fassen sich ein Herz, wollen dem unsäglichen Hin und Her um die Anfahrt eines rettenden Hafens ein Ende bereiten und erklären sich bereit, die in Not geratenen Menschen aufzunehmen. Andere Länder, insbesondere aus einer bestimmten geografischen Richtung, lehnen sich trotz aller eingeforderten Solidarität, wenn es um die Verteilung von EU-Geldern geht, in dieser Angelegenheit mit Regelmäßigkeit zurück.

In beiden Fällen, bei der Aufnahme von Bootsflüchtlingen wie auch bei der übereilten Aufnahme von Menschen aus überfüllten griechischen Flüchtlingsunterkünften, wissen wir aber nicht, wen wir uns ins Land holen, sprich, welches Schutzes sie bedürfen. Und so kaltherzig es erscheint, wir kommen einfach nicht umhin, das Problem der Pull-Effekte mit in den Blick zu nehmen. Wenn wir in Griechenland anfangen, gibt es noch viele andere Einrichtungen, die dann einen gleichen Anspruch anmelden. Und – das muss man auch deutlich sagen können – auch wenn es, wie gesagt, abwehrend und kalt klingt, aber wir müssen die Gesamtsituation betrachten. Initiativen wie „Sichere Häfen“ oder auch #WirHabenPlatz senden schlicht und ergreifend aus meiner festen Überzeugung das falsche Signal, insbesondere mit Blick auf die Menschenhändler, die darüber viel, viel Geld verdienen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Es muss darum gehen, den Kindern vor Ort zu helfen, in ihren Heimatländern, in den Flüchtlingsunterkünften im Libanon, in der Türkei. Die Bundesregierung ist hier aufgefordert, deutlich mehr Geld in die Hand zu nehmen, um vor Ort zu einer Verbesserung der Lage beizutragen. Ich habe schon vor vielen Jahren hier im Haus beigetragen, auch die Länderparlamente müssen sich möglicherweise überlegen, ob sie eine Patenschaft über ein Lager mit übernehmen, um dort vor Ort beizutragen. Und das Geld ist da, glaube ich, wesentlich intensiver und richtiger angelegt. Und man könnte mit dem Geld auch viel mehr bewegen. Vielleicht sollte man über solche Dinge auch mal reden, wenn wir immer sagen, wir müssen mehr vor Ort tun. „Mehr vor Ort“ ist nicht nur die Bundesregierung, „mehr vor Ort“ sind wir alle gemeinsam. Und deswegen, glaube ich, sollte man zumindest über solche Gedanken auch immer wieder reden. Und die Landesaufnahmeprogramme, die Aktion des Bundes nach den Paragraphen 22 und 33 des Aufenthaltsgesetzes und die Aufnahme im Rahmen des Resettlement-Programms zeigen doch, dass wir immer wieder Sonderaktionen durchgeführt haben, aber gemeinsam abgestimmte innerhalb der Europäischen Union.

Die Grundproblematik habe ich aber auch schon im Rahmen der Diskussion zu Ihrem Antrag aus dem Mai

vergangenen Jahres zum Thema „Sichere Häfen“ dargestellt. Ich habe in der Landtagsdebatte auch auf die Vielzahl der aufenthaltsrechtlichen Verfahren hingewiesen, die nach den Jahren 2015/2016 jetzt noch auf uns zukommen, und das sollte man nicht als Selbstverständlichkeit abtun. Bevor man also versucht, viele zusätzliche Menschen aus der Welt zu retten, sollte man sich vielleicht eher auf die Dinge fokussieren, auf die man wirklich Einfluss hat, und dass man das gut macht und auch denen, die jetzt hier Schutz suchen, die entsprechende Fürsorge leisten kann.

Wenn wir aber auch über diese schon jetzt sehr anspruchsvollen Aufgaben neue Aufgabenfelder ins Land ziehen wollen, dann geht das nach meiner festen Überzeugung nur in einem abgestimmten, in einem gemeinsam abgestimmten europäischen Verfahren. Da ist Deutschland nun wahrlich nicht der Bremsen. Im Gegenteil, Deutschland muss sich für eine solche europäische Lösung einsetzen und tut dies auch.

Immer wieder Menschen außerhalb des regulären Systems aufzunehmen, weil uns ihr Schicksal persönlich berührt, wird der Situation langfristig nicht gerecht, weil es damit genau das System torpediert, das wir europaweit eigentlich bräuchten. Und in diesem Sinne sollten wir auch den künftigen Weg so beschreiten, dass wir die Aufgaben gemeinsam innerhalb des europäischen Verbundes lösen und dass wir durchaus den einen oder anderen Gedanken darüber verwenden, wie können wir als Land in Einrichtungen vor Ort mit dazu beitragen, dass viele sich gar nicht auf diese Reise, auf diese im wahrsten Sinne des Wortes abenteuerliche Reise machen. Das wäre vielleicht auch ein Beitrag, über den wir durchaus nachdenken sollten. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Dr. Matthias Manthei, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Förster.

Horst Förster, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! DIE LINKE bleibt sich treu, sie wackelt nicht herum, sie spricht nicht heute von einer Willkommenskultur und einer uns bereichernden Migration und morgen davon, dass sich 2015 nicht wiederholen darf, sie stellt den Menschen in den Mittelpunkt und kennt hier keine Grenzen. Wer Fluchtgründe hat, und derer gibt es in vielen Ländern viele, der soll nach dem Weltbild der LINKEN bei uns Aufnahme finden, und zwar auf Dauer. Da ist es nur folgerichtig, dass sich DIE LINKE dafür einsetzt, einen Teil der in Griechenland festsitzenden unbegleiteten minderjährigen Migranten aufzunehmen.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Und wenn die Berichte über die Verhältnisse in den griechischen Aufnahmelagern halbwegs zutreffen, dann ist die Lage dort durchaus besorgniserregend. Aber so, wie Frau Larisch das hier vorträgt, so funktioniert Politik nicht. Emotionen in allen Ehren, aber allein hoch emotional schwierige, ja, man kann ja schon sagen, fast weltpolitische Lösungen hier vorzuschlagen, so geht das nicht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und insbesondere der Kernsatz, den ich immer wieder höre, auch bei Herrn Caffier, „Deutschland hat Verantwortung“, „Deutschland hat Verantwortung“, der Satz ist im Kern falsch, er steht vielleicht an zweiter oder dritter Stelle. In der Welt gibt es viel Elend, Sie haben es ja auch beschrieben, sicherlich hier und da oder überzeichnet, ob es nun überall so wäre, aber es gibt viel Elend in der Welt, in allen Formationen. Aber da liegt die Verantwortung zuallererst in diesen Ländern.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

Wir sind nicht verantwortlich für Systeme, wo Clans und korrupte Politiker das Land regieren.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

Wir sind nicht dafür zuständig, dass es nicht nur Hunger und Not gibt. Wir sind nicht dafür zuständig, dass es Genitalverstümmelung an kleinen Mädchen gibt. Wir sind nicht dafür zuständig, dass kleine Mädchen, junge Mädchen, Frauen, zwangsverheiratet werden. Sollen wir da intervenieren? Sollen wir die Staaten da auf Vordermann bringen? Am deutschen Wesen soll die Welt genesen, oder was haben Sie vor?

Flucht ist generell nicht die Lösung der Probleme.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Europa – da sind wir noch am wenigsten beteiligt – hat eine koloniale Vergangenheit, und sicherlich sind die von den Kolonien, ja, früheren Kolonialmächten gezogenen willkürlichen Grenzen ...

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Man erkennt sie in der Geografie immer an den geraden Strichen. Wir Deutsche leiden ja wie die alten Ostgebiete auch darunter. Da gibt es auch einen geraden Strich zwischen dem russischen und dem polnischen Teil. Überall, wo diese Striche sind, da weiß man, da steckt Vertreibung, Unrecht dahinter. Also wir haben Verantwortung, wir nehmen die ja auch wahr. Aber zunächst einmal sind diese Länder dafür verantwortlich, und da können wir relativ wenig ändern.

(Karen Larisch, DIE LINKE:
Das sind aber unsere Waffen,
die da schießen!)

Die Erfahrungen aus der Berichterstattung über Migration mahnen im Übrigen, nicht alles zu glauben, was uns als wahr aufgetischt wird. Wir erinnern uns an 2015. Wir sahen fast nur Bilder junger Frauen mit kleinen Kindern und es kamen fast nur junge Männer. Und auch jetzt, DIE LINKE spricht hier im Antrag davon, die Minderjährigen seien „schutzlos miserablen Bedingungen, Gewalt und Missbrauch ausgesetzt“.

Habeck, das ist der Chef der GRÜNEN, der noch vor einiger Zeit verkündete, dass er Patriotismus und Vaterlandsliebe „zum Kotzen“ finde und „mit Deutschland nichts anfangen“ könne, forderte kurz vor Weihnachten, dass Deutschland als Erstes die Kinder aus den Lagern in Griechenland holen solle. Er sprach davon, dass sich

auf den Inseln etwa 4.000 Kinder drängten, darunter „viele Mädchen, viele zerbrechliche kleine Menschen“. Schnelle Hilfe sei ein „Gebot der Humanität“.

Dieser Befund ist falsch. Denn laut UN-Flüchtlingskommissariat hielten sich Ende November 2019 zwar 5.276 unbegleitete Minderjährige in griechischen Aufnahmelagern auf, für rund 3.000 fehlte es auch an geeigneten Unterbringungsmöglichkeiten, allerdings seien nur 9 Prozent der Minderjährigen unter 14 Jahren und damit Kinder. Von der Gesamtzahl der Minderjährigen seien zudem 92 Prozent männlich,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ich bin fast geneigt, mir den
dritten Ordnungsruf einzuhandeln.)

so, wie wir es ja auch erfahren haben bei der Fluchtbewegung davor.

Richtig und sicherlich problematisch ist die Überfüllung der Lager. Falsch und zumindest in dieser Allgemeinheit völlig übertrieben ist aber, dass speziell in Griechenland, dass die jungen Migranten dort schutzlos Gewalt und Missbrauch oder sogar dem Tod ausgesetzt sind oder dort verhungern. Das ist einfach Unsinn.

Hervorzuheben ist ferner, dass im politischen Diskurs irreführend verallgemeinernd von Kindern gesprochen wird und völlig unterschlagen wird, dass es sich fast nur um junge Männer handelt. In der UN-Kinderrechtskonvention werden zwar alle Menschen unter 18 Jahre als Kinder angesehen – bemerkenswert –, für den politischen Diskurs bei uns ist diese Definition aber falsch und irreführend.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

Hier gilt die Unterscheidung Kind/Jugendlicher.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

Zudem wird entgegen allen Erfahrungen unterschlagen, dass die Altersangaben nicht verlässlich sein müssen. Da das Alter für die Behandlung der jungen Migranten eine wesentliche Rolle spielt, spricht vieles dafür, dass sich ein großer Teil der jungen Migranten als jünger ausgibt, als er in Wirklichkeit ist. Warum sollte das auf den griechischen Inseln anders sein als bei der Einreise in Deutschland nach all unseren Erfahrungen?

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Bevor man lautstark die Einreiseerlaubnis junger Migranten von Griechenland fordert, sollte man sich eben damit auseinandersetzen, um was für eine Gruppe es sich dabei handelt, oder anders gefragt: Wie wird man ein unbegleiteter minderjähriger Ausländer?

Die Jugendlichen kommen in der Regel aus einem patriarchalisch geprägten Kulturkreis. Da packt ein Jugendlicher nicht einfach seinen Koffer und beschließt die Einwanderung nach Europa, Endziel Deutschland. Das wird in der Familie beschlossen und der männliche Jugendliche reist voraus in der Erwartung, dass es irgendwann mit dem Nachzug der Familie klappt. Jedenfalls steht die Familie dahinter. Der Jugendliche ist hier also nicht der Alleingelassene, Verlorene, der nicht weiß, um was es geht und wo er hingehört.

Der vermutlich geringere, aber nicht zu vernachlässigende Fall ist der des entwurzelten Jugendlichen, der in einem rechtsfreien, oft von Gewalttätigkeit geprägten Raum lebt und sozialisiert wurde. Das Bundeskriminalamt kennt diese Risikogruppe und nennt hier beispielhaft das Leben als Straßenkinder. Diese Gruppe ist für uns zweifelsfrei eine Risikogruppe, die nur sehr schwer zu integrieren ist. Aber eines ist allen Fällen gemeinsam: Der Betreuungsaufwand ist, auch wenn alles glattläuft, erheblich und aufbringen muss ihn der Steuerzahler. Der ist auch bei einem großen Herz nicht unbedingt der Meinung, dass er für alles Elend dieser Welt verantwortlich sein soll.

Und ein Weiteres steht von vornherein nach allen bisherigen Erfahrungen fest: Der Risikofaktor, dass es bei dieser Gruppe mit der Integration nicht funktioniert, ist groß, denn der jugendliche Migrant kommt fern der Familien in eine neue und für ihn in vielerlei Hinsicht verwirrende Welt, in der er sich nun zurechtfinden soll. So kann es eigentlich nicht verwundern, dass unbegleitete minderjährige Migranten häufig durch kriminelle Handlungen auffällig werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Karen Larisch, DIE LINKE:
Sie sind so widerlich!)

Ich weiß, dass der LINKEN und auch der SPD das nicht ins Weltbild passt und, wie wir hören, Frau Larisch nichts Besseres einfällt, als hier zu polemisieren.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

Dort gibt es nur die gefühlte Wahrnehmung.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das ist nicht nur widerlich, das ist
eklig, was Sie hier vortragen!)

Deshalb zitiere ich beispielhaft aus einer Verlautbarung des Berliner Senats, Zitat anfang: „Nach heftigen Debatten zwischen Sozialträgern, Anwohnern und Bezirksämtern will sich der Berliner Senat intensiver um minderjährige Asylbewerber kümmern, die ohne Eltern nach Berlin kamen. Zuletzt waren in Kreuzberg und Mitte jugendliche Flüchtlinge durch Gewalttaten, aber auch Diebstahl und Drogenhandel aufgefallen.“ Zitatende. Dann beschimpfen Sie den Berliner Senat, das wäre dann die richtige Adresse!

(Karen Larisch, DIE LINKE: Ja, wir haben
hier von Kindern geredet, wenn Sie
mal irgendwie zugehört haben!)

Es gibt also Gründe, die Angelegenheit mit Bedacht zu betrachten und dabei auch alle Folgen und Konsequenzen einzubeziehen. Dazu gehört auch, dass die irreguläre Aufnahme jugendlicher Migranten, die die Vorhut für den weiteren Nachzug bilden, in den Herkunftsländern natürlich genau wahrgenommen wird und damit neue Anreize für dieses Fluchtmodell gesetzt werden. Auch der Minister hat das – vielleicht noch mehr versachlicht – ja auch zum Ausdruck gebracht. Dazu gehört ferner für die Fälle, wo Jugendliche ins kriminelle Milieu abrutschen – und das gibt es, und zwar nicht wenig – das Wissen darum, dass eine Abschiebung aufgrund extrem hoher Hürden bei der Abschiebung krimineller Jugendlicher praktisch nicht möglich ist.

Letztlich geht es um die ganz grundsätzliche Frage, wie man zur Migration steht. Wer sich von der Nation und dem Nationalstaat verabschiedet hat und wer demzufolge mit einer wesentlichen Veränderung der Bevölkerungsstruktur bei der Massimmigration kein Problem hat oder dies sogar auf dem Weg zu einer globalen Menschheitsbeglückung anstrebt, der hat natürlich auch mit illegaler Migration kein Problem. Wer allerdings in einer ungezügelter illegaler Migration, die das Maß früherer maßvoller und geordneter Zuwanderung deutlich überschreitet, eine Gefahr für den Erhalt der Nation und den Zusammenhalt der Gesellschaft und den sozialen Frieden sieht, der lehnt illegale Migration, egal, in welchem Kleid sie sich einschleicht, ab.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Deshalb lehnt meine Partei die Aufnahme jugendlicher Migranten aus Griechenland ab, erst recht, wenn dies im Alleingang geschehen soll. Unser Land hat sich mit seiner Migrationspolitik bereits erheblich übernommen und krankt darunter.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

Worüber man aus humanitären Gründen sprechen sollte, ist allein die Frage, inwieweit Griechenland vor Ort geholfen werden kann. Zentral ist auch die Frage nach Schutzzonen außerhalb der EU. In oder in der Nähe der Herkunftsländer kann mit denselben Mitteln für humanitäre Hilfe ein Vielfaches von dem bewirkt werden, was erreicht würde, wenn die Migranten zu uns kommen. Aber darum geht es bei dem Antrag der LINKEN ja eben nicht.

Und noch eins zum Schluss zu unserem Innenminister: Es wird immer von der „europäischen Lösung“ gesprochen. Da reden wir seit Jahren drüber. Dann geht ja der Blick auch heute wieder etwas als Speerspitze nach Osteuropa, was die Bösen sind. Das ist in meinen Augen eine ganz unaufrichtige Diskussion, denn die Gründe wissen wir alle, dass es diese europäische Lösung, jedenfalls mit den Osteuropäern – ich sage ganz nüchtern, Gott sei Dank –, nicht geben wird.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und wir sind doch die Nutznießer der Osteuropäer. Wir haben ja Hehlermentalität in gewisser Weise, wenn wir sie auf der einen Seite dauernd beschimpfen. Was wäre denn, wenn die Balkanroute nicht dicht wäre?

(Dirk Friedriszik, SPD: Die ist nicht dicht.)

Wie war es denn, als Ungarn daranging, die Grenze dichtzumachen? Wie wurde das alles beschimpft von hier?!

(Karen Larisch, DIE LINKE:
Wer hat denn eigentlich Ihren
Anzug genäht, ein Kind in Indien?)

Und dann haben wir den Nutzen gezogen. Was ist denn mit dem Türkei-Abkommen, wo wir uns abhängig gemacht haben von einem Diktator,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

abhängig gemacht, damit die Flüchtlinge nicht kommen? Dann soll man da ehrlich sein, dann schicken wir doch im

Mittelmeer die Kreuzfahrtschiffe hin und holen sie, wenn wir sie hier wirklich haben wollen. Wir beschimpfen Orban, wir machen mit ihm Verträge und betteln hinter verschlossenen Türen, dass er uns die Flüchtlinge ja weghält, und dann reden wir von der europäischen Lösung, die es nicht gibt. Und dass es die auch nicht so einfach geben kann, ist doch ganz klar, denn es geht doch nie nur um die Flüchtlinge, die jetzt vor der Tür stehen. Das ist doch im Grunde auch aus den Zahlen deutlich. Frau Larisch hat doch diese globale Situation beschrieben und dann am Schluss doch gesagt, es geht um 20 Kinder. Ja, wenn man es so sieht, emotional, und würde sich die 20 Kinder hier hinstellen, natürlich, dann wären wir alle derselben Meinung, die müssen wir aufnehmen.

(Dirk Friedriszik, SPD: Sie nicht.)

Aber es geht eben nicht um die 20 Kinder. Es geht um ein globales Problem, das ich nicht lösen kann,

(Karen Larisch, DIE LINKE: In unserem
Antrag geht es konkret um 20 Kinder! –
Glocke der Vizepräsidentin)

indem ich andererseits sage, wir müssen Außengrenzen schützen, und tue es nicht. Es geht nicht um die 20 Kinder,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Natürlich! Lesen Sie den Antrag!)

weil noch viele, viele andere sind.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Es geht in unserem Antrag um 20 Kinder.
Sie versuchen hier, etwas reinzuinterpretieren,
was überhaupt nicht drinsteht.)

Es wäre eine Teillösung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Das ist so, als ob Sie nach der Bombardierung einer Stadt 20 Opfer rausholen, die anderen lassen Sie da. Es ist keine Lösung und das sollten wir ehrlich bekennen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wir müssen vor Ort helfen und müssen dafür sorgen, dass, oder die Staaten auch entsprechend klar behandeln, die dafür verantwortlich sind, sie beim Namen nennen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Tegtmeier.

Martina Tegtmeier, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Es geht um 20 Kinder.

(Beifall Karen Larisch, DIE LINKE: Richtig!)

Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern viel Platz und wir haben Zukunftsperspektiven mittlerweile für junge Leute. Und auch für 20 zusätzliche junge Leute könnten wir gute Voraussetzungen für ein gutes Erwachsenenleben schaffen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Könnten, Wenn wir wollten!)

Wir haben viele Berichte zur Kenntnis genommen über den Zustand in den Lagern auf Lesbos. Teilweise sicherlich übertrieben, teilweise sicherlich werden die Berichte den tatsächlichen Zuständen dort nicht gerecht, aber was in mehreren Berichten natürlich gleichzeitig oder gleichermaßen vorkam, war die Perspektive der Kinder und Jugendlichen, die dort vor Ort sind. Die warten teilweise bis zu zwei Jahren darauf, dass ihr Antrag überhaupt bearbeitet wird. Und denken Sie doch mal selber zurück, falls Sie dazu in der Lage sind, als Sie in einem Alter unter 14 Jahren waren: Zwei Jahre, was bedeuten da zwei Jahre? Das ist eine Entwicklung sondergleichen, die Erwachsene nie wieder durchmachen.

Zwei Jahre im Leben eines Kindes sind eine verdammt lange Zeit. Und wenn man so lange darauf gewartet hat und dann hier irgendwann ankommt, dann kann man vielleicht auch so ein bisschen nachvollziehen, was Herr Förster da ja teilweise auch durchaus zu Recht gesagt hat, dass manche Kinder, die diese Erfahrung gemacht haben, dass man sie erst mal ablehnend lange in der Warteschleife hängen lässt, vielleicht doch sich eher auch mal auf Abwege begeben, weil um schnell zum Ziel zu kommen, weil man ja so verdammt lange vergeblich auf etwas warten musste.

Frau Larisch, ja, Ihre Rede war sehr emotional, aber manche Themen rechtfertigen eine sehr emotionale Rede.

Und, Herr Förster, Sie sagten, Flucht ist keine Lösung. Aber, Herr Förster, es ist für Eltern überhaupt keine Option, zu Hause zu verharren und zuzuschauen, wie die eigenen Kinder verhungern.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Wir sprechen hier über einen Vorschlag, den auch der Innenminister aus Niedersachsen, Boris Pistorius, vorgebracht hat, 1.000 Kinder unter 14 Jahren in Deutschland aufzunehmen. Und wenn wir nach dem Königsteiner Schlüssel gehen, haben wir es tatsächlich da mit einer Zahl von 20 ungefähr für Mecklenburg-Vorpommern zu tun. Und wie kommt ihr überhaupt zu diesem Vorschlag? Boris Pistorius war selbst vor Ort und hat sich die Situation angeguckt.

(Dirk Friedriszik, SPD: Sehr richtig!)

Und wer Boris Pistorius kennt, wird nicht behaupten, er wäre ein Weichei oder eine Heulsuse und wird sich von allem beeinflussen lassen, ganz im Gegenteil. Und wenn Boris Pistorius vor Ort war und sich die Zustände angeschaut hat, dann neige ich sehr dazu, den schlimmen Berichten über den Zustand in diesen Lagern Glauben zu schenken.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Leider ist es aber auch so.

Was der Innenminister hier berichtet hat, ist ja durchaus die gelebte Realität. Die Innenministerkonferenz hatte diese Vorschläge abgelehnt und der Bundesinnenminister hat sich dementsprechend ja auch geäußert. Man

setzt hier auf eine gemeinsame europäische Lösung. Bis jetzt sind ja nur – in Anführungszeichen – Deutschland und auch die Schweiz bereit, in diese Richtung wirklich, wirklich zu gehen. Deswegen ist natürlich auch, was Herr Förster gesagt hat, dass diese europäische Lösung wahrscheinlich lange auf sich warten lässt, nicht von der Hand zu weisen.

Aber da kommen wir wieder zu der Frage, und das wird auch immer wieder hier herangezogen oder argumentativ herangeführt, wir müssen den Menschen vor Ort helfen. Es nützt nichts, wenn wir aus den Lagern mit den schlimmen Zuständen einige herausholen. Was ist denn mit den anderen? Die bleiben dann vielleicht in noch größerer Hoffnungslosigkeit zurück. Ist das nun, darüber kann man natürlich diskutieren, ist es sinnvoll, wenigen zu helfen, wenn man den meisten nicht helfen kann? Aber es ist ein Akt der Menschlichkeit,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Richtig, ein Anfang.)

das zu tun, dort, wo man dies tun kann.

Und besonders abwegig finde ich ehrlich gesagt die Argumentation, dass wir damit nur, mit solch einem Akt der Menschlichkeit, den Schleusern freie Bahn bereiten würden und dass wir die praktisch dadurch belohnen würden und immer mehr Menschen animieren würden, von den Schleusern Gebrauch zu machen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist das dumme Gerede der Höcke-Freunde!)

Für mich sind Schleuser Täter. Sie sind Täter,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

weil sie die Menschen, die in vollkommen verzweifelter Situation sich befinden, schröpfen und sie ausnehmen und sich viel Geld dafür bezahlen lassen, Menschen einer vermeintlichen Hilfe zuzuführen.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Frau Tegtmeier, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Herrn Schneider?

Martina Tegtmeier, SPD: Ja, bitte sehr.

(Zuruf von Dirk Friedriszik, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bitte schön, Herr Schneider.

Jens-Holger Schneider, AfD: Vielen Dank.

Frau Tegtmeier, ist Ihnen bekannt, dass die griechische Regierung jetzt auch angesichts der Situation, die auch für Griechenland dramatisch ist, plant, sogenannte Seebarrieren zu errichten, um eben ein Signal zu senden, dass es auch für Griechenland schwierig ist, diesem Ansturm jetzt noch Herr zu werden trotz des Flüchtlingsabkommens mit der Türkei, das ja regelmäßig dazu benutzt wird, auch um Europa zu erpressen?

Martina Tegtmeier, SPD: Das ist mir bekannt und ich finde es katastrophal, wenn das dazu führen würde, dass noch mehr Menschen vor Ort ertrinken. Das wäre für mich katastrophal.

Und noch ein letzter Satz,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

und noch ein letzter Satz: Diejenigen, die Kinder, die jetzt hier auf Lesbos in diesen Lagern sind, das sind für mich eben auch Opfer. Das sind Opfer, die nicht dafür bestraft werden dürfen, dass die Täter ihnen geholfen haben, hierher zu kommen. Ganz im Gegenteil, die verdienen eine Zukunftsperspektive. Und auch wenn es gelingen sollte, vor Ort Fluchtursachen zu bekämpfen, sind diese Menschen und diese Kinder ganz real da und verdienen auf jeden Fall unsere Aufmerksamkeit und, wo es möglich ist, unsere Hilfe. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Toll!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Frau Tegtmeier, gestatten Sie eine weitere Frage des Abgeordneten Schneider?

Martina Tegtmeier, SPD: Ja, bitte, Herr Schneider.

Jens-Holger Schneider, AfD: Ja, vielen Dank.

Das ist jetzt nicht so. Es wird uns immer unterstellt, dass uns diese Situation irgendwie kaltlassen würde. Dem ist nicht so. Das muss klar sein. Nur wer soll jetzt dahin gehen ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment! Einen Moment! Das ist eine Frage!

Jens-Holger Schneider, AfD: Entschuldigung.

Die Frage ist jetzt ganz konkret: Nach welchen Kriterien wollen Sie denn diese 20 Kinder auswählen und den restlichen Kindern dann sagen, sie fallen jetzt nicht unter dieses Kriterium? Das würde mich wirklich mal interessieren.

Martina Tegtmeier, SPD: Ich werde keine Kriterien festlegen. Ich habe vorhin darauf hingewiesen, dass man tatsächlich, das ist ja auch immer Ihr Argument, darüber streiten kann, ist es besser, 20 zu helfen – oder in diesem Fall 1.000 zu helfen – und 4.000 eben nicht zu helfen.

Und selbstverständlich, wenn wir so ein Paket schnüren würden zusammen mit anderen oder wenn wir auch selbst als Bundesrepublik Deutschland diesen Schritt gehen würden, was wir ja könnten durchaus, dann ist es natürlich eine Aufgabe, die ich nicht treffen, also eine Entscheidung, die ich nicht treffen möchte, weil es immer bedeutet, dass man einem Teil eben auch nicht helfen kann. Deswegen habe ich vorhin ja ausgeführt, man kann natürlich immer gegeneinanderstellen, ist es besser, wenigen zu helfen und andere in großer und noch größerer Hoffnungslosigkeit zurückzulassen. Meine Antwort ist, ja, besser wenigen helfen, als niemandem zu helfen. – Vielen Dank.

(Beifall Dirk Friedriszik, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Frau Tegtmeier, zu Ihrem Redebeitrag ist eine Kurzintervention angemeldet worden, und zwar von der Fraktion der AfD.

Professor Dr. Weber, bitte schön.

Martina Tegtmeier, SPD: Na, da bin ich ja gespannt.

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Landsleute! Wertes Präsidium!

Frau Tegtmeier, Sie haben auch die Zahl, es ginge um 20 Jugendliche

(Karen Larisch, DIE LINKE: Kinder!)

zugrunde gelegt,

Martina Tegtmeier, SPD: Kinder.

(Karen Larisch, DIE LINKE: Kinder!)

Dr. Ralph Weber, AfD: Jugendliche ...

(Karen Larisch, DIE LINKE: Kinder! –
Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Martina Tegtmeier, SPD: Kinder unter 14.

Dr. Ralph Weber, AfD: Selbst, wenn ich mich mal auf die Zahl 20 einlassen wollte, ...

Martina Tegtmeier, SPD: Ja.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Dr. Ralph Weber, AfD: ... dann frage ich Sie zunächst mal: Wie sollte denn diese Verteilung nach dem Königs-teiner Schlüssel funktionieren? Das setzt voraus, dass alle Bundesländer der Bundesrepublik mitmachen. Das steht aber nicht zu erwarten.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Wir setzen uns auch auf Bundesebene
dafür ein! Lesen Sie es mal!
Meine Güte!)

Also geht es in Wahrheit um 1.000 Jugendliche, die zu uns kommen sollen.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Lesen ist auch weit weg von Ihnen, ne?!)

Ich erinnere noch mal dran: Jeder unbegleitete Jugendliche, der zu uns kommt, kostet im Monat 6.000 Euro.

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Das ist ein Kostenfaktor.)

Das wären also bei den 20, über die wir sprechen, knapp 1,5 Millionen für den Landeshaushalt.

(Zurufe von Dirk Friedriszik, SPD,
und Dr. Wolfgang Weiß, DIE LINKE –
Glocke der Vizepräsidentin)

Für die Bundesrepublik können Sie es dann ja entsprechend hochrechnen.

(Zuruf von Dirk Friedriszik, SPD)

Außerdem ist auch die Zahl 20 grundfalsch,

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

denn selbst, wenn wir nur 20 Jugendliche

(Karen Larisch, DIE LINKE: Kinder!)

aus den griechischen Lagern hierherholen,

(Minister Dr. Till Backhaus:
Wo ist er denn hergekommen?!)

selbst, wenn wir das also täten, haben diese 20 ein
Recht auf Familiennachzug,

(Minister Dr. Till Backhaus: Ja, die auch. –
Zuruf von Ministerin Stefanie Drese)

das heißt, aus den 20 werden in kürzester Zeit durch
Nachzug

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

der Geschwister, Eltern und so weiter mehrere Hundert.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zurufe von Minister Dr. Till Backhaus
und Peter Ritter, DIE LINKE –
Glocke der Vizepräsidentin)

Das gehört auch zur Wahrheit, dass man das mal sagt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Und grundsätzlich möchte ich dazu sagen, dazu haben
wir keinen Platz.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD –
Minister Dr. Till Backhaus: Ja, ja!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Frau Tegtmeier, einen
Moment! Möchten Sie antworten? Es ist noch eine Kurz...

(Zurufe von Peter Ritter, DIE LINKE,
und Jeannine Rösler, DIE LINKE)

Martina Tegtmeier, SPD: Es ist mir ein Herzensanlie-
gen, darauf zu antworten.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich möchte Sie aber
noch mal darauf hinweisen, dass noch eine Kurzinterven-
tion vonseiten der Fraktion DIE LINKE, Herr Ritter, an-
gemeldet wurde, und es steht Ihnen frei, jetzt sofort zu
antworten

(Jochen Schulte, SPD: Das sollte
man trennen, liebe Martina!)

oder beides zu bündeln und dann komplett zu antworten.

Sie möchten gleich antworten?

Martina Tegtmeier, SPD: Ja. Ja, Frau Präsidentin, nicht,
dass ich da noch irgendwas vergesse.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Also das, was Sie hier betreiben, ist doch Augenwischerei.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

Wir sprechen hier von einem Vorschlag, da ging es ganz
konkret um 1.000 Kinder unter 14 Jahre, ...

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ja.)

Dr. Ralph Weber, AfD: Ja.

Martina Tegtmeier, SPD: ... und es geht darum, dass
Niedersachsen sich bereit erklärt hat, selbst 100 bis 200
davon aufzunehmen, also weit mehr, als es nach dem
Königsteiner Schlüssel bräuchte, wenn wir jetzt einen
normalen Maßstab von Flüchtlingsaufnahme annehmen
würden. Und darüber hinaus haben wir die Situation,
dass viele Kommunen sich bereit erklärt haben, auch
welche aufzunehmen. Also wir müssten maximal, wenn
wir diesen Schlüssel ansetzen würden, hätten wir mit 20
zu rechnen. Vielleicht kommen hier überhaupt gar keine
an, weil wir so viele andere Gemeinden haben in ande-
ren Bundesländern, die sie herzlich gerne aufnehmen
würden.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Die zum Glück nicht die AfD
bei sich drinne haben!)

Wir wissen ja, dass die Bereitschaft da war, Flüchtlings-
kinder aufzunehmen.

(Horst Förster, AfD:
Und das Nachzugsproblem?)

Wir sprechen hier ...

Ja, ja, natürlich.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Gehen
Sie doch vor, Herr Förster! Meine Güte!)

Sie stellen alles immer in so einen Rahmen,

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

dass Sie vollkommen von dem konkreten Anliegen ab-
lenken. Das machen Sie gerne und das machen Sie oft.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Und damit ist meine Antwort für Professor Weber auch
erschöpft.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: So, dann hat das Wort
der Abgeordnete Ritter, Fraktion DIE LINKE, für eine
Kurzintervention. Bitte schön.

Peter Ritter, DIE LINKE: Schönen Dank, Frau Präsidentin!

Liebe Frau Tegtmeier, ich möchte mich ausdrücklich
namens meiner Fraktion bei Ihnen bedanken für Ihre
Position, für Ihre klare Haltung in dieser Frage,

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

auch wenn wir natürlich davon ausgehen müssen, dass
die Koalition unserem Antrag aus bekannten Gründen
nicht zustimmen wird. Aber das war mir ein Herzensbe-
dürfnis, das hier so deutlich zu sagen, weil die Initiative
#WirHabenPlatz eine zutiefst menschliche Initiative ist.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Genau.
Hier geht es um Menschlichkeit.)

Es geht hier um Kinder. Darüber zu philosophieren, nennen Sie mir doch mal Kriterien, nach denen wir die Kinder einteilen, das geht völlig an dem Problem vorbei. Das ist eine Ablenkung von der dramatischen Situation der Kinder in den Lagern. Wir haben Platz für diese Kinder, aber wir haben keinen Platz für die Fraktion der Höcke-Freunde. – Schönen Dank, Frau Tegtmeier.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Dr. Ralph Weber, AfD: Das haben Sie,
Gott sei Dank, nicht zu entscheiden,
Herr Ritter. Wir haben keinen Platz für
alte SED-Ideologen. So ist es doch!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment!

(Zurufe vonseiten der Fraktionen der
SPD und DIE LINKE: Ooooh! Buuuuh! –
Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Martina Tegtmeier, SPD: Sehr geehrte Frau ...

(allgemeine Unruhe –
Zurufe von Stephan J. Reuken, AfD,
und Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Frau Tegtmeier, ich unterbreche. Wir müssen, glaube ich, jetzt erst mal für Ruhe sorgen, damit Sie die Möglichkeit haben, zu erwidern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt hat Frau Tegtmeier das Wort für eine Erwiderung auf die Kurzintervention des Abgeordneten Ritter. Bitte schön, Frau Tegtmeier.

Martina Tegtmeier, SPD: Sehr geehrter Herr Ritter, vielen Dank, ich habe dem nichts hinzuzufügen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat noch einmal für die Landesregierung der Minister für Inneres und Europa Herr Caffier.

(Minister Lorenz Caffier bringt
den Bezug vom Mikrofon an. –
Heiterkeit vonseiten der
Fraktionen der SPD und DIE LINKE –
Tilo Gundlack, SPD: Musst du
mal reparieren hier alles!)

Minister Lorenz Caffier: Ich bin ja Techniker von Haus aus, nicht Jurist.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Und Migrationshintergrund hast du!)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Da ja so viele Kolleginnen und Kollegen über meinen Kollegen Pistorius reden, will ich zunächst erst mal dazu ausführen, dass ich mit Kollegen Pistorius – der A- und der B-Sprecher – über diese Problematik gesprochen habe im Vorfeld, und dass auch vom Kollegen Pistorius

vielfältig Probleme mit angesprochen worden sind, die hier ein bisschen untergehen, nämlich zum Beispiel die Altersfeststellung. Deswegen waren wir uns einig, wenn wir es machen, gehen wir unterhalb der 14 Jahre, damit wir uns sehr sicher sind, dass es überhaupt Kinder betrifft, die noch als Kinder zu bezeichnen sind im Sinne der Kinder. Alle wissen, dass das hier eine Problematik ist bei der Altersfeststellung.

Es war aber immer klar, dass wir in der Innenministerkonferenz das Einstimmigkeitsprinzip haben. Das ist auch gut so, damit ist vieles gelöst worden, und in der Frage gibt es halt nur A und B. Es ist nicht eine Frage des Hohen Hauses, Kollege Ritter, sondern das ist einfach eine Auffassung, die ist unterschiedlich zwischen A und B in der Frage.

Und zum Schluss will ich noch mal ausführen: Bei aller Betroffenheit, als Kommunal- und Innenminister bin ich für das geltende Recht zuständig. Und nach dem geltenden Recht zieht dann genau der Punkt in dem Moment, wenn ich in Deutschland bin, habe ich hier Anspruch auf Asyl. Das ist so, egal, unter welcher Form ich hier nach Deutschland komme. Und natürlich steht dann auch früher oder später die Frage des möglichen Nachzugs. Das gehört der Ehrlichkeit halber hinzu. Das ist derzeit gültige Rechtslage in Deutschland. Und ich habe gestern schon mal erwähnt, wenn man das ändern will, vieles von den Dingen, dann muss man die Frage des Asylrechts grundsätzlich diskutieren. Das bedarf einer Zweidrittelmehrheit, die ist derzeit nicht in Sicht. Deswegen müssen wir auf der Grundlage des geltenden Rechts diese Fragen umsetzen. – Vielen Dank.

(Beifall Dr. Matthias Manthei, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Förster?

Minister Lorenz Caffier: Ja.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bitte schön, Herr Förster.

Horst Förster, AfD: Herr Minister, trifft es zu, dass die Jugendlichen oder Kinder, von denen wir reden, aus Lesbos, dass die aus der Türkei kommen und dass ihnen dort nicht der Hungertod oder ähnlich Schlimmes drohte?

Minister Lorenz Caffier: Das kann ich so in der Form nicht bestätigen. Ich kann allerdings in der Tat bestätigen, dass die Verhältnisse auf Lesbos, da sind wir uns vollkommen einig, wir haben ja auch Mitarbeiter aus unserem Land im Einsatz,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na, mit denen
sind wir uns nicht einig in der Frage.)

unabhängig von der Herkunftsseite in katastrophalen Zuständen sind, was die Unterbringung betrifft

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das bezweifelt er ja.)

und was auch die Gesamtversorgung betrifft. Dazu gehört auch die Verpflegung. Das ist vollkommen unabhängig, ob das jetzt von der Türkei oder von woanders kommt. Auf jeden Fall sind die Lager vollkommen überfüllt, das ist außer Zweifel.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ja, und nun?)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt für keine Fraktion der fraktionslose Abgeordnete Herr Arppe.

(Thomas Krüger, SPD:
Scheiße, auch das noch!)

Holger Arppe, fraktionslos: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Bürger!

(Präsidentin Birgit Hesse
übernimmt den Vorsitz.)

Eben noch, also bei der Debatte zum vorherigen Antrag, haben Sie von der Fraktion DIE LINKE Mecklenburg-Vorpommern quasi als Entwicklungsland dargestellt, in dem Not und Elend herrschen. Jetzt auf einmal behaupten Sie, wir wären hier das reichste Land der Welt

(Henning Foerster, DIE LINKE:
So ein Blödsinn!)

und müssten daher ja die Mühseligen und Beladenen aus anderen Teilen der Welt hier aufnehmen.

(Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

Das ist doch nicht ganz stringent in der Argumentation, aber sei es drum.

Ja, die Kinder da auf Lesbos, ich frage Sie da gerade mal, waren Sie schon mal in Bukarest?

(Tilo Gundlack, SPD, und
Karen Larisch, DIE LINKE: Ja.)

In Bukarest, in dieser Millionenstadt, leben Tausende Straßenkinder teilweise in der Kanalisation.

(Thomas Krüger, SPD:
Das ist jetzt besser, oder was?)

Nein. Ich wollte jetzt fragen, wer hat sich hier jemals für diese notleidenden Kinder interessiert oder dafür geworben,

(Thomas Krüger, SPD: Dass Sie über
Kinder reden, Mann, Mann, Mann! –
Zurufe von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE,
und Karen Larisch, DIE LINKE)

dass der Landtag jetzt eine Patenschaft für 20 Straßenkinder aus Bukarest übernimmt. Komischerweise diese Not scheint Sie weniger zu berühren. Im Gegenteil,

(Karen Larisch, DIE LINKE:
Davon haben Sie Ahnung,
oder was?)

da werden die osteuropäischen Staaten noch dafür gescholten, dass sie trotz der Probleme, die sie in ihren eigenen Ländern haben, dann sich der Flüchtlings- und Migrationspolitik, wie sie von Deutschland angestrebt wird, widersetzen.

Noch ein Wort zu, wo wir gerade bei Osteuropa sind, namentlich bei den Visegrád-Staaten. Und da möchte ich dann noch mal auf Tschechien zu sprechen kommen.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Sie sind aber schon noch
beim Antrag, ne?)

Es ist ja nicht ganz richtig, was der Herr Innenminister da gesagt hat oder insinuiert hat. Tschechien war durchaus willens, 40 Kinder aus diesen Lagern dort in Griechenland aufzunehmen. Die tschechische Regierung hatte auch schon tschechische Familien gefunden und organisiert, die bereit gewesen wären, diese Kinder aufzunehmen bei sich zu Hause, zu adoptieren gewissermaßen. Dann stellte sich aber heraus, dass Griechenland die Tschechen gewissermaßen an der Nase herumgeführt hat, denn was da letztendlich aus Griechenland kommen sollte, waren keine Kinder, sondern waren Erwachsene. Und dann hat Griechenland auch noch die Bedingung gestellt, diese dürften nicht privat untergebracht werden, sondern da müssen dann auch spezielle Wohnheime errichtet werden. Und da hat der tschechische Staat die Reißleine gezogen und gesagt, so nicht, wir lassen uns nicht ver...

(Thomas Krüger, SPD:
Was hat das jetzt damit zu tun?)

Ja, wer garantiert uns denn, dass es in diesem Fall nicht auch so ist, dass statt Kindern plötzlich Erwachsene kommen? Darüber müsste man dann auch mal reden anhand der schlechten Erfahrungen, die unsere tschechischen Nachbarn an der Stelle gemacht haben.

(Heiterkeit bei Rainer Albrecht, SPD –
Thomas Krüger, SPD: Hören Sie
sich eigentlich selbst mal zu?)

Ja, ich bin doch nicht taub. – Schönen Tag.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU Frau von Allwörden.

Ann Christin von Allwörden, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Fraktion DIE LINKE fordert eine Beteiligung der Landesregierung an der Initiative #WirHabenPlatz, und das bedeutet, ich sage es an dieser Stelle noch mal, weil ich eben festgestellt habe, dass es da gewisse Schwierigkeiten beim Lesen des Antrages gegeben hat, die Landesregierung soll auf Bundesebene darauf hinwirken, „mindestens 1.000“ unbegleitete minderjährige Ausländer,

(Horst Förster, AfD: Genau.)

das sind Kinder,

(Horst Förster, AfD: Nee, nicht Kinder.)

aus den Aufnahmelagern in Griechenland aufzunehmen.

Mehr als 4.000 minderjährige unbegleitete Flüchtlinge befinden sich unter schlechtesten Lebensbedingungen in den griechischen Aufnahmelagern. Das ist furchtbar, natürlich ist es das. 1.000 Flüchtlinge beziehungsweise unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sollen ohne Aus-

wahlkriterien von 4.000 ausgewählt werden. Wer entscheidet über das Schicksal von den 1.000 beziehungsweise der verbleibenden 3.000? Sie, Frau Larisch?

Und Herr Ritter hatte hier angemerkt in seiner Kurzintervention, es ist ein Akt der Menschlichkeit, wir müssen uns hier nicht über Kriterien, Regeln und Gesetzesverordnungen und was nicht alles unterhalten. Ja, doch, ganz genau, das müssen wir. Das ist nämlich hier unser Job!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Dr. Ralph Weber, AfD –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Wir müssen hier Regeln, Kriterien, Gesetze und Verordnungen genau dafür finden und wir können nicht aus dem Bauch heraus entscheiden. Das habe ich zumindest in der Zeit, in der ich hier Abgeordnete im Parlament von Mecklenburg-Vorpommern bin, gelernt.

(Karen Larisch, DIE LINKE: Hilfsorganisationen! –
Peter Ritter, DIE LINKE: Dann muss man das
mit Hilfsorganisationen vor Ort regeln!)

Welche Wirkung hat außerdem eine solche Vorgehensweise auf die im Aufnahmelager in Griechenland verbleibenden Flüchtlinge und auf die Menschen, die beabsichtigen, aus ihren Heimatstaaten zu flüchten, oder gar auf die Schlepper, die ich als eines der größten Probleme neben der eigentlichen Krise sehe? Und ja, Frau Tegmeier hat es in Ihrer Rede gesagt, das sind die Täter. Die Schlepper sind die Täter.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Horst Förster, AfD: Ohne die
kommen sie aber nicht dahin.)

Aber es ist unsere Aufgabe, genau dieses im Blick zu behalten und das nicht auch noch zu befeuern und zu unterstützen. Und ich habe ernsthafte Sorge um die zukünftige Entwicklung, und ich glaube, viele Bürgerinnen und Bürger haben Sorge um die zukünftige Entwicklung. Und diese Sorge ist bei allem Verständnis für die unhaltbare Situation der minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge in den Aufnahmelagern in Griechenland und bei aller Bereitschaft, diesen Kindern und Jugendlichen zu helfen, auch nicht unberechtigt. Außerdem gibt es bereits vertragliche Vereinbarungen mit den EU-Ländern an den Außengrenzen Europas. Und hier ist auch Griechenland mit im Boot. Die Regierung dort muss die Verfahren deutlich beschleunigen, um Flüchtlinge mit Asylberechtigung von Wirtschaftsflüchtlingen zu unterscheiden und die Aufnahmeverfahren zu beschleunigen.

Der Bundesinnenminister hat zu Recht eine europäische Lösung bei der Verteilung von Flüchtlingen in der EU angemahnt. Die Bevölkerung versteht immer weniger, dass ein Thema, das unbestritten nur europäisch gelöst werden kann, nicht vorwärtskommt. Die Aufnahme von Flüchtlingen und auch von unbegleiteten minderjährigen Ausländern darf und kann kein Alleingang eines Staates sein. Es braucht langfristige überregionale und internationale Lösungen in der gesamten Flüchtlingsfrage, keine unregelmäßigen Alleingänge einzelner Bundesländer oder Kommunen. Und ja, dieser Regelung bedarf es schnell und jetzt. Ihren Antrag lehnen wir dennoch ab. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Abgeordnete.

Das Wort hat jetzt noch einmal für die Fraktion DIE LINKE Frau Bernhardt.

Und gestatten Sie mir noch den Hinweis an dieser Stelle: Bei allem Verständnis bei diesem schwierigen Thema und unterschiedlichen Auffassungen bitte ich doch, die parlamentarischen Gepflogenheiten zu wahren und auch entsprechend das Vokabular danach auszusuchen. Vielen Dank.

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Ich muss sagen, ich bin Ihnen dankbar für die gute Debatte, die wir heute hatten hier im Landtag zu diesem Thema. Bis auf zwei Redebeiträge empfand ich sie persönlich als gut. Insbesondere, das hatte mein Kollege Herr Ritter ja schon gesagt, möchte ich mich auch noch mal bei der SPD-Fraktion tatsächlich für die gute, für die menschliche Haltung für Kinder und Jugendliche einfach bedanken, für Menschlichkeit. Das gibt uns sozusagen auch Hoffnung, weiterhin hier tätig sein zu dürfen.

Zu dem Innenminister: Da bin ich ja schon mal froh, dass Sie sozusagen anerkennen, dass in den Flüchtlingslagern die entsprechend miserablen Umstände, die Situation dort vorherrscht, dass Sie auf langfristige Lösungen setzen. Das ist richtig, da sind wir auch dran interessiert. Aber wir sehen halt jetzt in den Flüchtlingslagern die Situation der Kinder insbesondere und sagen, bis diese endgültigen Regelungen getroffen sind, muss zumindest den Schutzbedürftigsten der Gesellschaft geholfen werden, denn zu gültigen Rechten gehören nicht nur Asylrechte et cetera, sondern insbesondere auch die UN-Kinderrechtskonvention. Über diese hatten wir zum 30-jährigen Bestehen hier im November berichtet.

Diese Konvention ist aus unserer Sicht für diese Kinder, für die Schutzbedürftigen in den Lagern in Griechenland das vorrangige Recht. Und da, daran möchte ich Sie alle noch mal erinnern, heißt es in Artikel 4 – eine Verpflichtung für uns alle, die Verwirklichung der Kindesrechte –: „Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und sonstigen Maßnahmen zur Verwirklichung der in diesem Übereinkommen anerkannten Rechte. Hinsichtlich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte treffen die Vertragsstaaten derartige Maßnahmen unter Ausschöpfung ihrer verfügbaren Mittel.“

Und darauf möchte ich noch mal sozusagen die Betonung auch legen, „unter Ausschöpfung ihrer verfügbaren Mittel“. Und wenn wir als Deutschland, als Teil von Deutschland, als Bundesland Mecklenburg-Vorpommern hier ein entsprechendes Zeichen setzen würden, dann muss ich einfach ganz ehrlich sagen, wir haben die verfügbaren Mittel und wir sollten alles tun, um diesen Kindern in diesen Aufnahmelagern zu helfen, Unterstützung anzubieten.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Und, sehr geehrte Damen und Herren, ich konnte mir ja schon vorstellen, damals als wir diesen Antrag auch hier im Landtag eingebracht hatten, „30 Jahre Kinderrechtskonvention“, dass sie noch nicht bei allen bekannt ist. Dass sie noch nicht bei allen bekannt ist, das hat mir heute der Redebeitrag von Herrn Förster gezeigt, der gerne unter juristischen Spitzfindigkeiten versucht, Kinder

auf bis zu 14 Jahre zu reduzieren – Artikel 1 der UN-Kinderrechtskonvention.

Und, Herr Förster, Sie haben mir gestern juristisches Unwissen vorgeworfen. Ich kann Ihnen nur Artikel 1 UN-Kinderrechtskonvention empfehlen durchzulesen. Da heißt es ganz eindeutig,

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Kinder sind bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres unter diesem Geltungsbereich der UN-Kinderrechtskonvention. Und da geht es eben nicht nur ums Überleben, da geht es auch um die Achtung und den Schutz von Kindern.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

Nicht nur Herr Förster war sozusagen etwas, was mich beschäftigt hat. Beschäftigt hat mich auch ein Artikel zu Heiligabend, dem Fest eigentlich der Liebe, des Für-einanderdaseins, wo Politiker gerne Appelle an Mitmenschlichkeit an andere richten. Es hat mich einfach tatsächlich persönlich gefrustet, als ich diesen Artikel dann las auf Seite 4 der SVZ: „Zuflucht für Kinder? Schwesig geht in Deckung“. Ich las weiter – und das konnten wir auch heute wieder hier erleben von Herrn Caffier und von anderen –, dass eben Europa verantwortlich sei, dass der Bund verantwortlich sei, dass sozusagen alles getan wurde, um die Verantwortung ja von Mecklenburg-Vorpommern wegzudrücken. Ich kann Ihnen nur ganz herzlich sagen, und insofern muss ich auch sagen, war das von Frau Tegtmeier heute als Mitglied der SPD wohlthuend zu erfahren, dass es Mecklenburg-Vorpommern gut zu Gesicht gestanden hätte, wenn wir an diesem Tag, auch zu Heiligabend, ein entsprechendes Zeichen an die Kinder in den Flüchtlingslagern gesetzt hätten.

(Zuruf von Holger Arppe, fraktionslos)

Denn wir reden hier über hilfsbedürftige Kinder in Griechenland, Kinder, die auf den Inseln der Ägäis, vor allem Moria, auf Lesbos, Samos, auf Chios angekommen sind. Die meisten kommen halt aus Syrien, Irak, Afghanistan, wo sie schon in überfüllten Lagern lebten. Wir reden über Kinder, die schutzlos den Bedingungen wie Mangelversorgung, körperliche oder sexuelle oder psychische Gewalt ausgesetzt waren, die Missbrauch erlebt haben, Ausbeutung, Kälte, Traumatisierung, Kinder, die in überfüllten Unterkünften, auf der Straße oder in Haft unter menschenrechtswidrigen Bedingungen gelebt haben, denen circa 1.000 kinder- und jugendgerechte Unterbringungsplätze dann in Griechenland mehr als 4.000 – von Frau Larisch haben wir heute gehört, bis zu 5.000 – Kinder gegenüberstanden. Ich glaube, dann kann jeder von uns die Situation in den Flüchtlingslagern für die Kinder nur erahnen.

Deshalb möchte ich auch noch weiterhin an unsere Verantwortung aus der UN-Kinderrechtskonvention aus Artikel 6 erinnern, die da heißt: „Die Vertragsstaaten gewährleisten in größtmöglichem Umfang das Überleben und die Entwicklung des Kindes.“ Vor diesem Hintergrund von rechtlichen und tatsächlichen Rahmenbedingungen für Ort und Zeit war es einfach nur ein falsches Zeichen, was wir als Mecklenburg-Vorpommern zu Heiligabend ausgesetzt haben.

(Zuruf von Holger Arppe, fraktionslos)

Nein, wir bleiben dabei: Auch Mecklenburg-Vorpommern hat eine Verantwortung gegenüber diesen Kindern und Jugendlichen und uns hätte es wirklich gut zu Gesicht gestanden, wenn wir an diesem Abend ein Zeichen für die Kinder, für Menschlichkeit, für Gesetzlichkeit gesetzt hätten. Das war nicht nur eine rechtliche, sondern aus unserer Sicht vor allem auch eine moralische Pflicht.

Um noch mal zu der Debatte heute zu kommen, und das durften wir heute wieder erleben: Herr Förster von der AfD hat wieder versucht, sozusagen das Große aufzumachen, dass es ja nicht nur um die 20 Kinder ginge, sondern, wenn wir erst für 20 Kinder die Grenzen aufmachen würden, dann ungehindert die Zuflucht von Kindern nach Mecklenburg-Vorpommern gegeben sei. Da, Herr Förster, sieht man wieder, wie Sie versuchen, Ängste zu schüren bei der Bevölkerung.

(Heiterkeit bei Horst Förster, AfD:
Ach, jetzt kommt das! –
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Das war niemals in diesem Antrag zu lesen. Sie verdrehen hier wieder die Tatsachen.

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

Das kann man ganz deutlich nicht aus diesem Antrag herauslesen. Es geht um den Kompromiss der Innenminister, von dem auch Frau Tegtmeier jetzt mehrfach ausgeführt hatte. Und dann hier von „ungehinderter Zuflucht“ zu sprechen, ist einfach wie immer Ihre typische Argumentation, Ängste zu schüren.

Wir sagen, nein, wir hätten ein Zeichen setzen können. Deshalb fordern wir mit unserem Antrag, dass 20, und ich betone es noch mal, wir gehen von 20 Kindern und Jugendlichen aus, zu uns kommen. Damit setzen wir ein Zeichen für Offenheit und Menschlichkeit. Und gerade in dieser Woche wäre das auch ein umso bedeutsameres Zeichen gewesen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Wer macht denn da die Auswahl?
Und was ist mit den anderen? –
Peter Ritter, DIE LINKE: Mensch,
wer trifft da die Auswahl!?)

Herr Förster, um da noch mal drauf einzugehen, Deutschland sei dafür nicht verantwortlich,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

die Verantwortlichkeiten liegen in anderen Ländern. Herr Förster, solange wir Waffen in andere Länder liefern und wir Bundeswehreinheiten im Bundestag beschließen, haben wir als Deutschland eine Verantwortung. Auch die Kinder kriegen die Folgen dieser Entscheidung zu tragen. Und deshalb: Auch vor diesem Hintergrund hätte es uns gut zu Gesicht gestanden, diese Kinder hier aufzunehmen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Und ich muss ganz ehrlich sagen, ich bin froh, dass nicht jeder mit diesem Verantwortungsbewusstsein wie Sie herangeht, dass wir beispielsweise als Deutschland im Libyen-Prozess

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

vor zwei Wochen zwischen den Parteien versucht haben zu schlichten, eine Einigung, eine friedliche Einigung herbeizuführen.

(Zuruf von Holger Arppe, fraktionslos)

Und da sieht man, dass man Verantwortung so oder so wahrnehmen kann. Ich bin damals dankbar gewesen, dass wir als Deutschland hier auch gegenüber Libyen ein entsprechendes Zeichen gesetzt haben. Wir haben nicht direkte Beteiligung und haben die Verantwortung dennoch wahrgenommen, weil wir in einer Welt leben, wo wir alle zusammenleben.

Und weil Sie noch so schön zum Schluss sagten – und das wird uns ja ganz gerne auch mal als Frauen hier immer wieder im Landtag entgegengehalten –, dass Frau Larisch so emotional diese Rede hier vorgetragen hätte, ich kann Ihnen nur ganz ehrlich sagen, ich hatte hier ein schönes Zitat in diesem wunderbaren Heft gelesen:

(Die Abgeordnete Jacqueline Bernhardt zeigt eine Broschüre.)

„Politik ohne Leidenschaft ist lahm.“ Wir werden weiterhin leidenschaftlich für die Rechte von allen Menschen kämpfen, da können Sie sich sicher sein, und das auch hoch emotional hier vortragen. Wir geben uns an der einen oder anderen Stelle sicherlich Mühe, nicht zu hoch emotional zu reden. Aber ganz ehrlich, es ist uns ein Herzensthema und das werden wir auch mit der entsprechenden Leidenschaft immer wieder hier vortragen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Peter Ritter, DIE LINKE: Genau.)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Bernhardt.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Bevor wir aber zur Abstimmung kommen, gestatten Sie mir an dieser Stelle auch noch einmal den Hinweis, dass bitte vom Rednerpult keine Manuskripte, Hefte oder Sonstiges hochzuhalten sind.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4628. Wer dem zustimmen, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Vielen Dank. Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4628 bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE und im Übrigen Ablehnung abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 30:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Freifunkinitiativen besser unterstützen, Drucksache 7/4627.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Freifunkinitiativen besser unterstützen
– Drucksache 7/4627 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Kröger.

Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist der letzte Antrag auf unserer heutigen Tagesordnung, und nach

einem ganz anderen, noch viel wichtigeren Thema, das wir zuvor besprochen haben, hoffe ich aber trotzdem, dass wir auch diesem sehr kleinen, aber feinen Thema auch noch mal Aufmerksamkeit widmen. Einige von uns beschäftigen sich ja schon seit einigen Monaten damit, nämlich mit der Unterstützung der Freifunkfrauen und Freifunker hierzulande.

Noch mal zu Erinnerung: Durch Freifunk kann WLAN über eine Funkverbindung geteilt werden, im wahrsten Sinne des Wortes. Es entsteht ein Netzwerk, in dem WLAN-Zugänge von Privatleuten oder aber eben auch anderen Einrichtungen verbunden werden. Die Freifunk-Karte in Mecklenburg-Vorpommern weist mittlerweile über 700 solche Hotspots aus, und ich denke, da sind wir uns einig, dass das ein guter Anfang ist. Die Koalitionsvereinbarung besagt, ich zitiere: „Die Landesregierung wird ihre Gebäude sukzessive mit öffentlich zugänglichem WLAN ausstatten.“ Bisher – wir haben darüber hier im Landtag schon mal gesprochen –, bisher ist nur ein Gebäude mit einem solchen DLAN ausgestattet, und aus unserer Sicht wäre die Zusammenarbeit mit den Freifunkinitiativen hier eine zusätzliche Lösung, zumal deren Vertreter auch deutlich gemacht haben, öffentliche Gebäude in ihre Projekte einbeziehen zu wollen.

Auf unsere jüngste Anfrage, ob die Landesregierung die Immobilien des Landes untersucht hat, inwieweit sie für Freifunker geeignet sind und welche Sicherheitsbelange dabei eine Rolle spielen, antworten Sie, eine solche Untersuchung wurde noch nicht durchgeführt. Ebenso fehlt auch noch die Planung beziehungsweise die Prüfung, welche Maßnahmen zur Ausstattung besagter Gebäude des Landes mit WLAN-Hotspots nötig wären. Immerhin wird in der Antwort auf unsere Anfrage bestätigt – so sehen Sie es auch –, dass die Freifunker selbst einen Bedarf haben, öffentliche Gebäude zu nutzen, und dieser Bedarf soll genauer untersucht werden, so schreiben Sie. Da schließt sich natürlich die Frage an, wann wird dieser Bedarf untersucht und wie.

Natürlich gibt es Herausforderungen, die sehen Sie, die sehen wir: Sicherheitsfragen und Kosten, die Frage der Förderung der Technik und der Installation, Arbeits- und auch Beratungsleistungen, die notwendig werden und irgendwie ja auch finanziert werden müssen. Wenn es Vereine und andere Einrichtungen gibt, die gerne mit Freifunker/-innen zusammenarbeiten wollen, dann ist sicherlich auch Beratung dieser Einrichtungen und Schulung dieser Einrichtungen notwendig. Auch das sind Fragen, die von den Freifunkern aufgeworfen werden, wie das dann gemeinsam funktionieren kann. Deshalb braucht es hier aus unserer Sicht eine landesseitige Unterstützung,

(Rainer Albrecht, SPD: Das haben wir aber im Energieausschuss besprochen.)

denn all diese Aufgaben und Kosten können nicht nur von ehrenamtlichen Strukturen getragen werden.

Darüber hinaus sollte die Landesregierung auch die Kreise und Kommunen für dieses Thema sensibilisieren, um Kooperationen mit den Freifunkern auch auf kommunaler oder auf dieser Ebene zu erleichtern. Alle Städte und Gemeinden können hier Potenziale ausschöpfen, um ihren Einwohner/Innen eine bessere Vernetzung zu ermöglichen, im wahrsten Sinne des Wortes. Leider wurden Kreise und Kommunen bisher noch nicht durch Sie

ermuntert. Ein Problem bleibt: Freifunkinitiativen können aktuell noch nicht als gemeinnützig anerkannt werden. Ein Großteil der technischen Ausstattung wird allerdings über Spenden finanziert. Durch die fehlende Gemeinnützigkeit können hier keine Zuwendungsbestätigungen ausgestellt werden. Der jüngste Vorstoß auf Ebene des Deutschen Bundestages durch die FDP, soweit ich mich erinnern kann, wurde bedauerlicherweise abgelehnt.

Die Landesregierung sucht nun einen Weg der Förderung über die Ehrenamtsstiftung. Die unterschiedlichen Organisationsformen und Förderbedarfe – ich zählte sie vorhin bereits auf – sollen über die Stiftung flexibel berücksichtigt werden, so beschreiben Sie es. Aber auch hier stoßen wir auf die fehlende Gemeinnützigkeit, die für eine Förderung durch die Stiftung notwendig erscheint. Sie formulieren in Ihrer Antwort an uns, Sie wollten eine Entscheidung des Bundes zur Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Freifunkinitiativen abwarten. Käme diese nicht – und so sieht es aktuell aus –, könnte mit der Stiftung auch an anderen Lösungen gearbeitet werden.

Daraus folgt eine weitere Frage: Wie lange sind Sie sozusagen bereit, auf eine weitere Entscheidung zur Gemeinnützigkeit zu warten? Ich habe auch heute Morgen noch mal nachgelesen, was da so jüngst diskutiert wurde, auch im zuständigen Ausschuss des Deutschen Bundestages, und man schnürt ja offensichtlich eher ein Gesamtpaket, weil man auch noch andere Belange der Fragen der Gemeinnützigkeit klären will, und die Freifunker sollen dann sozusagen mit integriert werden in diese Paketlösung. Aber das scheint ja noch sehr lange zu dauern. Von daher wäre es wohl angebracht, jetzt schon zeitnah dann doch eine eigene Lösung zu suchen.

Die Freifunker haben deutlich gemacht, welche Unterstützung sie für ihre ehrenamtliche Arbeit benötigen, und diese Hilfe sollte die Landesregierung auch schleunigst bieten. Eine Unterstützung brächte uns ein kleines Stückchen weiter ins digitale Zeitalter. Wir haben ja gestern auch noch mal über die Digitalisierung gesprochen und waren uns ja alle einig, dass das ein sehr wichtiges Vorhaben ist und es auch mit Bürgernähe und mit Demokratisierung zu tun hat.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Die Einigkeit war gestern.)

Und ich glaube, da können die Freifunker ihren Beitrag leisten. Gewinner wären die Einwohnerinnen und Einwohner des Landes und natürlich auch die Gäste. Und das ehrenamtliche Engagement der Freifunker ist ja jetzt schon sehr beeindruckend. Sie investieren ja schon Zeit und Kraft und beraten ja auch fleißig, wenn man Unterstützung benötigt. Und ich denke, diese Initiative, das lohnt sich, sie auch noch intensiver zu unterstützen. Ich freue mich auf die Debatte. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Kröger.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 55 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Landesregierung der Minister für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Herr Christian Pegel.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst herzlichen Dank für das Wort und in der Tat auch für den Antrag, weil er ein Stück weit beiträgt zur öffentlichen Wahrnehmung dessen, was unter dem vielleicht ein bisschen schwammigen Begriff „Freifunk“ sich verbirgt.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Wir sind im Übrigen nicht seit einigen Monaten dabei, sondern wir kümmern uns, glaube ich, die letzten zwei Jahre bereits darum, denn – und das ist die maßgebliche Ersthinrichtung, die kennen die Beteiligten auch – es gibt aus dem 2017er Jahresüberschuss einen Betrag von 400.000 Euro, den wir in Freifunkinitiativen hineingeben dürfen. Also die Regierungskoalition hat längst Vorsorge getroffen und im Übrigen aus genau dem ungeliebten Strategiefonds, der aus Ihrer Fraktion regelmäßig als politischer Willkürakt bezeichnet wird. Hier sieht man also, mit Ihrem Einverständnis an dieser Stelle, auf jeden Fall strategisch, erstens.

Zweitens. Sie haben verschiedene Ausführungen eben gemacht, mit denen wir beide in der Tat in Gesprächen, die wir schon wiederholt geführt haben mit Freifunkinitiativen-Vertretern, auch reingegangen sind. Wir müssen uns vorsehen, dass wir diese Initiativen in ihrem sehr Freigeistigen nicht unterschätzen. Dieses ein bisschen „Ich-bestelle-da-irgendwie-eine-Leistung-für-die-Bürger“ ist nicht deren Inhalt, sondern die arbeiten ein Stück weit anders.

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Ja.)

Und genau das haben wir gelernt, das haben Sie in Ihren Wortbeiträgen, weil Sie klar sagen, aber nicht abgewägt, sondern Sie sind mit einer sehr technokratischen Herangehensweise rangegangen. Das wird nicht funktionieren. Das ist eine Ehrenamtlertruppe, die ein Stück weit eigenen Regeln folgt.

Wichtig, meine Damen und Herren, ist, das sind in diesem Land nur ganz wenige Ehrenamtliche. Sie werden jetzt, wenn Sie in die Anhörung hineinschauen, die der Ausschuss durchgeführt hat, eine größere Zahl finden, die in Rostock mitmacht. Ja, da sind alle gezählt, die bei sich zu Hause einen Router freigeschaltet haben. Wenn ich hineinhorche in unsere Gespräche, sind das fünf bis sechs Hände voll, die ernsthaft ständig Arbeitskraft investieren, und zwar landesweit in verschiedenen Initiativen gebündelt. Die Zahl derer, die sich da engagiert, ist sehr überschaubar. Und die wenigen, die es da gibt, sind dann regional auch noch sehr geclustert.

Wir beide kommen jetzt aus jeweils Wahlkreisen, Wahlbereichen, wo sich das bündelt. Rostock und Greifswald haben relativ große, gemessen am sonstigen Land relativ große Ehrenamtlerzahlen, die in dem Feld unterwegs sind. Da will ich behaupten, mindestens die Hälfte, eher ein bisschen mehr, der Ehrenamtlichen, die wir kennengelernt haben in dem Bereich, kommt allein aus Rostock und Greifswald. In den ländlichen Raum hinein – da gibt es zwei Initiativen, die sich organisieren – verteilt sich das sehr, sehr weit.

Wir haben ein Gespräch geführt, weil wir genau mit Ihren Gedanken auch rangegangen sind zu sagen, wie helfen wir eigentlich. Wir helfen bei Technik, so war Ihr Hinweis,

wir müssten helfen mit Beratungsinstitutionen, die man bezahlt, mit Technik, die man bezahlt. Die sehr klare Rückkopplung der Beteiligten war, Technikkosten sind nicht ihr Problem.

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Das hab ich auch nicht gesagt. Das hab ich nicht gesagt.)

Der sehr klare Hinweis war von uns oder unsere Hoffnung war, ist das der Nukleus für eine landesweite Initiative. Kann es eine landesweite quasi Dachorganisation geben? Wenn Sie hineinschauen in diese verschiedenen Initiativen, sind die total heterogen. Die unter einen ähnlichen landesweiten Schirm zu packen, wie wir es zunächst gehofft hatten, und dafür 400.000 Euro Förderung einzusetzen, wird nicht funktionieren, weil die total unterschiedlich ticken.

Dritte große Überschrift war: Gibt es Technikstandards, dass man sagt, man macht möglichst ein sehr unkompliziertes, unbürokratisches Förderverfahren für technische Einheiten? Da war völlig klar, auch Technik, in der Technikauswahl, in der Softwareauswahl, in der Frage, wie die Netze betrieben werden – völlig unterschiedlich. Wenn Sie das in einem Förderverfahren mit Richtlinien übersetzen würden, dann hieße das, dass Sie entweder ganz viele verschiedene Technikstandards abbilden, damit die Kolleginnen und Kollegen, die den Fördermitelantrag prüfen, in die Liste gucken und sagen können, ist dabei, ist dabei oder nicht, oder aber Sie müssten unglaublich viel Fachexpertise in den Verwaltungen haben, die das prüfen, weil die jeweils gucken müssten, ob unter einem sehr abstrakten Satz das technisch passt.

Deshalb war Quintessenz nach dem Gespräch, und ich glaube, auch mit den Beteiligten damals – ich schaue Philipp da Cunha bewusst an –, zu sagen, Technikförderung scheint nicht die Hauptbaustelle zu sein, sondern deren Hauptbaustelle ist, dass sie sagen, wir brauchen eigentlich mehr Ehrenamtler, die mitmachen, und viele Ehrenamtliche, die sich das vielleicht vorstellen könnten, aber nicht trauen, weil das so hochtechnisch klingt, als ob ich mindestens ein promovierter Informatiker sein müsste, denen auch werbemäßig nahezubringen, brauchst du gar nicht, wir können mit wenig Aufwand ganz vielen das Wissen, was sie brauchen, an die Hand geben. Aber auch diejenigen, die dann so viel Wissen haben, dass sie es vermitteln können, müsste man an die Hand nehmen. Und deswegen haben wir lange hin- und hergewogen, immer wieder Gespräche gesucht, und am Ende finde ich den Gedanken, die Ehrenamtsstiftung dafür nutzbar zu machen, weil es eben vorrangig nicht um Technikfinanzierung geht,

(Zuruf von Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

sondern um Ehrenamtlerbeförderung, Unterstützung und Vernetzung, da finde ich die Ehrenamtsstiftung einen ausgezeichneten Gedanken.

Und dann werden wir berücksichtigen müssen, dass die Konzepte total unterschiedlich sind. Ich nenne sie mal die Jedermann- oder Jederfrau-Konzepte, die die Mehrzahl trägt, also jeder kann mitmachen und jeder kann sich in dieses öffentliche WLAN – nichts anders ist es –, kostenfreie öffentliche WLAN einloggen. Aber ich habe gelernt, in der Hansestadt Rostock, die dortige, ich glaube, Opennet Initiative hat ein bisschen eine andere Gestalt. Ich nenne das mal etwas juristisch eine Genossenschaft

auf Gegenseitigkeit, ja, ich bin in Wahrheit kein komplett offenes Netz, sondern ich sage, in einer so was Ähnlichem wie einer Mitgliederstruktur darfst du dabei sein, da musst du aber deinerseits eben auch was reingeben. Wenn ich meinen Router öffne, darf ich quasi mitmachen, ein bisschen salopp formuliert, also eben keine totale Freiheit, sondern ein bisschen stärker mitgliedschaftlich oder genossenschaftlich organisiert.

Wenn Sie das alles Revue passieren lassen, sehr unterschiedliche Struktur, sehr kleine Zahl von Ehrenamtlern, sehr unterschiedliche Technik, die von den Beteiligten kostenseitig auch nicht als das Hauptproblem gesehen wird, dann ist die Frage, was brauchen die Beteiligten. Sie brauchen vor allen Dingen, so sagen sie uns, Werbung für die Idee – genau das ist das, was wir im Blick haben – und Werbung für ehrenamtliches Mitarbeiten. Und da ist die Ehrenamtsstiftung nach unserer Überzeugung ein guter Anknüpfungspunkt.

Was sie nicht so richtig brauchen, sind Kommunen, die bestellen, wo sie was hinhaben möchten. Das können die ehrenamtlich gar nicht abbilden und das ist auch nicht zwingend deren Vereinszweck, sondern wenn wir kommunalseitig im dritten Schritt ebenfalls mit begeistern müssen, auch über die Ehrenamtsstiftung nach meiner Überzeugung, dann muss klar sein, für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ist das ehrenamtlich, die ich bitten kann, ob sie mir an einem öffentlichen Gebäude helfen, denen ich aber keinen Bestellzettel schicke und sage, macht mal hier was, weil die sagen, das mache ich in meiner Freizeit, und dann mache ich das ein Stück weit nach meiner Struktur, wie der Verein das gerne hätte. Die Lösung sehen wir für ehrenamtliche Bewerbungen für eine kleine und unbürokratische Förderung, sofern es nur auf Technik oder Beratung ankommt, all das gut aufgehoben in der Ehrenamtsstiftung.

Und wenn ich mir den Antrag im Einzelnen angucke, finden sich viele Ihrer Punkte in genau den Gedanken, die wir uns seit zwei Jahren jetzt Stück für Stück auch gemeinsam mit der Ehrenamtsstiftung erarbeitet haben, hinein. Sie haben gesagt, bei landeseigenen Immobilien möget ihr bitte einmal prüfen. Wenn Sie mit denen sprechen, und zwar direkt, und nicht eine Kleine Anfrage lesen, wo Sie selbst die Fragen stellen und wir die Antworten geben sollen, sondern mit den Ehrenamtlichen sprechen, dann wollen die nicht alle Landesimmobilien ausstatten und nicht alle kommunalen, sondern die sagen eher umgekehrt, wenn wir dann mal an einer Stelle sind, wo uns eine Landesimmobilie hilft, dann hätten wir gerne unbürokratischen Zugang zu der Frage. Und auch da würde ich gerne mit der Ehrenamtsstiftung und dann dem Finanzministerium einen Weg implementieren. Dann guckt man aber im Einzelfall. Das macht keinen Sinn, Tausende Gebäude durchzugucken, wohl wissend, dass die vielleicht am Ende nur fünf oder sechs brauchen. Man hat einen riesigen Ressourcenaufwand und hilft am Ende für die konkret gestellte Frage vielleicht trotzdem nicht.

Sie haben gesagt, Werbung bei Kommunen und potenziell ehrenamtlich Mitarbeitenden – genau das ist das, was wir seit zwei Jahren diskutieren und uns Stück für Stück nähern, und genau das ist das, was mit der Ehrenamtsstiftung auch denkbar ist. Von daher ist auch Ihr Antrag ein Hinweis darauf, dass auch Sie unsere Lösung einer Ehrenamtsstiftung, die wir untereinander auch schon mal informell diskutiert haben, für richtig halten. Und Sie

sagen, macht schnell ein Förderprogramm. Bei dem Förderprogramm – noch mal –, die Technikförderung ist nicht deren Hauptbaustelle. Da geht es nämlich nicht um so ein Nullachtfünfzehn-Förderprogramm, weil Sie eben nicht die eine Technikherausforderung lösen müssen.

Sie sagen, Sie haben Sorge bei der Förderung, dass wir mit der Gemeinnützigkeit hadern. Ja, das tun wir ein wenig. Trotzdem glauben wir, dass, selbst wenn der Bund jetzt länger zögert, um die Gemeinnützigkeit für diese Initiativen umzusetzen, über die Ehrenamtsstiftung vieles geht. Es geht auf jeden Fall die Werbung für dieses Ehrenamt. Das hängt nicht davon ab, dass die Tätigkeit selbst gemeinnützig ist. Es ist weiterhin möglich, bei Kommunen und bei Beteiligten zur Mitarbeit zu werben. Das ist alles Ehrenamt – natürlich erlaubt.

Und drittens, verschiedene Vereine: Ich habe ein Beispiel im Ohr, wo nach meiner Erinnerung – Philipp muss mir einmal zunicken, wenn ich richtigliege –, ich glaube, eine Kleingartensiedlung hatte sich in Zusammenarbeit mit einer dieser Freifunkerinitiativen im gesamten Kleingarten ein offenes WLAN aufgebaut, dann ist natürlich der Kleingartenverein als gemeinnützig anerkannt und dann kann dessen Investition auch unterstützt werden. Die Freifunker helfen dann ja bloß, genau das umzusetzen. Also auch da, wo es wirklich mal auf Technikförderung ankommt, sind wir, selbst wenn die Freifunknerinnen und -funker nicht als gemeinnützig anerkannt werden, ohne Schwierigkeiten bei vielen Feldern hilfsfähig über die Ehrenamtsstiftung, aber mit dem Vorteil, dass wir nicht mit einer sehr engen und dann immer sehr verwaltungsrechtlich geprägten Förderrichtlinie reingehen, sondern der Ehrenamtsstiftung einen größeren Auftrag geben und die relativ flexibel innerhalb dieses Auftrages im Kontext ihrer Satzung und mit ihren Gremien umgehen können.

Wir glauben, dass wir damit diesem sehr heterogenen Feld viel eher gerecht werden, als wenn wir versuchen, es in irgendeine Technikförderrichtlinie zu pressen. Von daher ist es ein Stück weit Rückenwind für das, was wir diskutieren, ein bisschen zu hektisch bei der Frage, wie man es umsetzt. Ich freue mich, dass Sie an der Stelle gleichwohl unsere gemeinsame Arbeit weiterhin mittragen und unterstützen wollen. Ich wünsche Ihnen eine erfolgreiche Debatte und den Freifunknerinnen und Freifunknern drücke ich die Daumen, dass wir am Ende trotzdem im Bundestag eine Mehrheit für die Gemeinnützigkeit hinbekommen, denn das – das muss ich offen eingestehen – würde es trotzdem leichter machen, auch wenn wir es ohne irgendwie hinbekommen würden. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Rainer Albrecht, SPD: Sehr gut!)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD Herr Kröger.

Jörg Kröger, AfD: Werte Frau Präsidentin! Liebe Abgeordnete! Leiwe Mäkelborger un Vöropommern! Was den ehrenamtlichen Teil betrifft, kann ich eigentlich das nicht so tief gehend beantworten, wie es der Herr Minister eben schon gemacht hat. Ich gehe vielleicht noch mal ein bisschen auf die Historie ein.

Die Freifunker haben sich ja mal gegründet, um freies Internet für jeden zugänglich zu machen. Nun, ein Stück

weit, sage ich mal, hat sich dieses Anliegen ja auch dadurch erledigt, dass wir flächendeckend inzwischen gerade da, wo sich diese Freiden..., Freifunker etabliert haben,

(Heiterkeit bei Christian Brade, SPD:
Freidenker!)

über – Freidenker auch, ja, nee –, über GSM und über die Mobilfunkstandards eigentlich schon flächendeckendes Internet haben. Das hat jeder, trägt das irgendwie in der Tasche mit sich rum. Der ist eigentlich nicht zwangsweise darauf angewiesen, noch sich irgendwo in ein freies WLAN einloggen zu müssen. Also diese Initiative in allen Ehren, aber wir sollten so eine freiwillig gestellte Aufgabe, die sukzessive auch ihre Daseinsberechtigung jetzt in der nächsten Zeit einbüßen wird, nicht unbedingt noch zur Landesaufgabe hochstilisieren.

Und wenn man sich die Freifunkergeschichte hier im Lande mal anguckt – Frau Kröger hat das ja auch schon gesagt –, es gibt über 700. 720 sind es ungefähr, davon sitzen 65 Prozent in Rostock. Also dieser Antrag hat auch ein klein wenig Lokalkolorit, muss ich sagen. Das kann ich mir jetzt nicht verkneifen an dieser Stelle.

(Rainer Albrecht, SPD: Ist doch gut so. –
Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Ich bin es
gewöhnnt, auf Rostock reduziert zu werden.)

Dann sitzen, dann sitzen ganze 11 Prozent, ganze 11 Prozent in Greifswald, in Schwerin sitzen noch mal 1,4 Prozent, in Waren auch noch mal 1,4 Prozent, und der Rest ist unter einem Prozent. Also es ist sehr heterogen, das Ganze, muss man wirklich sagen, und in Wirklichkeit hilft es nicht wirklich mehr weiter. Also es ist in diesem Sinne ein bisschen aus der Zeit gefallen und wir werden uns zu diesem Antrag enthalten. Mehr sage ich jetzt einfach nicht mehr dazu. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Kröger.

Ich rufe jetzt auf für die Fraktion der CDU Herrn ...

(Torsten Renz, CDU: Ziehen zurück!)

Zieht zurück. Dann rufe ich jetzt auf für die Fraktion der SPD Herrn da Cunha.

(Torsten Renz, CDU: Der Minister war so
ausführlich, da gibt es nichts mehr zu ergänzen,
selbst nicht am Freitagnachmittag.)

Philipp da Cunha, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hätte jetzt fast gedacht, der Beitrag ist so ein bisschen aus der Zeit gefallen, aber darauf will ich jetzt, glaube ich, gar nicht weiter eingehen.

(Jörg Kröger, AfD: Na, na, na, na!)

Vielleicht kann ich an der Stelle auch so ein bisschen geraderücken sozusagen. Der Vorredner hatte eben gerade den Ursprung so ein bisschen hergeleitet. Wir sind tatsächlich schon seit längerer Zeit dabei, und wie der Minister ausgeführt hat, gibt es einfach im Land sehr unterschiedliche Strukturen. Wir dachten, wir können es

wie andere Länder machen. In Niedersachsen, in Nordrhein-Westfalen, da gibt es natürlich auch sehr viele Zentren, sehr viele Ehrenamtliche, die sich überall in Vereinen engagieren, um diese Bürgernetze zu machen.

Diese Bürgernetze haben gar nicht den reinen Anspruch, einfach nur öffentliches WLAN zu machen. In Rostock zum Beispiel die Opennet Initiative sagt auch, sie haben den Freifunkgedanken, offene Netze herzustellen. Der Ursprung da ist zum Beispiel ein anderer. Der Ursprung ist, dass viele Stadtteile Anfang der 2000er-Jahre gar nicht mit DSL versorgt waren, weil damals auch Glasfaser lag und keiner konnte sich an diese Glasfaser anschließen. Also hat man ein Netz gegründet, um möglichst allen überhaupt Internet anbieten zu können.

In anderen Bereichen, auch gerade Berlin und Co, hat man sich dann Gedanken gemacht und möchte eigene Netzwerke, Bürgernetzwerke, die sich selbst vernetzen. Das heißt, die Router vernetzen sich untereinander, man braucht gar keine Kabel mehr. Und umso mehr vor Ort sind, gegebenenfalls auch über Verbindungen zum Beispiel über Richtfunk zu Türmen und hohen Gebäuden, an der Stelle schafft man es dann auch, größere Distanzen zurückzulegen, und kann eigene Anwendungen, Anwendungen nur in diesem Netzwerk, man kann zum Beispiel bis hin zu Radiosendern, man kann tatsächlich schaffen, dass man auch Angebote vor Ort schafft. Wenn man es in die heutige Zeit überträgt, was damals gedacht wurde, kann man zum Beispiel so auch, wenn man vor Ort in einem Dorf – der Gedanke so ein bisschen, der mich immer umgetrieben hat –, man schafft in einem Dorf ein eigenes Freifunknetz und man kann tatsächlich auch das Fußballspiel vielleicht über dieses Freifunknetz übertragen

(Zuruf von Jörg Kröger, AfD)

und schafft es dann, das nebenan darzustellen, weil ansonsten hat man vielleicht einfach im Vereinsheim, da hat man keinen Internetanschluss, man hat am Sportplatz keinen Internetanschluss. Man braucht den Internetanschluss gar nicht, wenn man ein Netzwerk hat, was untereinander kommuniziert und dann auch vielleicht einfach nur in diesem Dorf die Daten weiterträgt.

Und wir haben tatsächlich mit diesem Gedanken angefangen, wir fördern jetzt einfach Hardware, weil das ist das Problem. Dieses Problem ist – das ist auch gar nicht so teuer –, man schafft sich für 30 bis 60 Euro vielleicht so einen Router an, packt den auf die Fensterbank, zumindest, wenn es um die Freifunker, das war nämlich einer der Punkte, die wir im Ausschuss auch hatten, in Greifswald oder auch bei der Initiative in Waren geht, dann packt man das überall auf die Fensterbank, die vernetzen sich und man hat keine großen Ausgaben. Und tatsächlich ist Rostock aufgrund dieser Historie, wir schaffen erst mal einen Anschluss für die Nutzer, sodass man Vereinsmitglied werden muss, und dann kann man in deren internes Netz gehen und braucht vielleicht gar keinen DSL-Anschluss, gar keinen Internetanschluss.

Aber weil die einen Internetanschlüsse schaffen wollten, die anderen wollten es solidarisch teilen, passt so ein reines Programm nicht, und dann wäre auch der Gedanke eigentlich dem gar nicht gerecht geworden zu sagen, okay, wer jetzt am schnellsten kommt, schafft das. Dann haben wir vielleicht Rostock ein bisschen ausgebaut, Schwerin auch noch, Waren und Greifswald, alle anderen haben nichts.

Der Gedanke ist, deswegen ist auch in diesen Gesprächen, auch im Ausschuss, das war tatsächlich erst im Dezember mit dem Expertengespräch auch mit der Ehrenamtsstiftung und den Initiativen ein ganz tolles Gespräch, leider war die kommunale Ebene nicht vertreten, die auch eingeladen war, und da hat man tatsächlich herausgefunden, dass es eigentlich genau dieser Gedanke ist, wie kriegt man dann vielleicht auch Sportvereine dazu und ähnliche, gerade so ein Netzwerk zu unterstützen, gerade es hinzubekommen, dass man mit einem einfachen Aufstellen, dass man da für Veranstaltungen, die man hat, sei es ein Fußballturnier und sonst wo – das ist auch hier der Zusatzgedanke – öffentliches WLAN haben. Aber das hat einfach, gerade dieses Bürgernetz hat verschiedenste Ursachen, hat verschiedenste Gründe, wie es entstanden ist.

Deswegen ist es ein ganz tolles Projekt, wo wir dann hoffentlich auch einhellig sagen können, zumindest das unterstützen wir, auch wenn wir den heutigen Antrag in der Form nicht unterstützen können, weil wir dabei sind. Wir haben im Dezember diese Expertenanhörung gemacht, und ich glaube auch, und das haben auch die Beteiligten gezeigt und sie haben auch nach dieser Ausschusssitzung noch miteinander gesprochen und haben gezeigt, okay, wir werden uns zusammensetzen, wir werden uns auch mit den Energieministern zusammensetzen, wie kann das tatsächlich ausgestaltet werden. Deswegen hoffen wir jetzt, dass es in einem gemeinsamen Prozess entsteht, dass sie gemeinsam Rahmenbedingungen ausarbeiten, wie kann tatsächlich diesen Ehrenamtlichen hier an dieser Stelle geholfen werden.

Und ich habe auch in einem Gespräch nach unserer Anhörung mit dem Städte- und Gemeindetag gesprochen und gefragt, warum ist denn eigentlich von euch niemand gekommen, weil gerade so ein Thema ist auch bei euch Thema, wie kriegt man es hin, vielleicht solche Bürgernetzwerke vor Ort zu unterstützen. Vielleicht kann ja in Zukunft an Gemeindehäusern, an Dorfcentren und überall, wo eigentlich so ein bisschen das öffentliche Leben ist, dann vielleicht so ein Netzwerk entstehen mit den Einwohnern drum herum, und dann hat man flächendeckend vielleicht etwas. Es gibt nämlich auch schon Dörfer, die Apps entwickelt haben, die man in diesem Ort komplett nutzen kann, wo man auch direkt Daten austauscht, ohne über Mobilfunk zu gehen und dann vielleicht bei großen Daten sich irgendwie sein ganzes Volumen zuzuschütten. Und der Städte- und Gemeindetag sagte tatsächlich, ja, na ja, wir kennen ja nur das Rostocker, also wir kennen Opennet in Rostock, und das ist nicht das, was wir jetzt an der Stelle brauchen. Und dann haben wir gesagt, ja, aber dafür war auch dieses Expertengespräch da, um zu sehen, dass es mehr gibt als dieses reine „Ich stelle Internet her“ oder „Ich habe so ein geschlossenes Netzwerk“. Und deswegen war das eine ganz tolle Sache.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Und ich habe mich vorhin mit meinem Kollegen Franz-Robert Liskow ausgetauscht und noch gesagt, wir finden

es auch toll, dass auch die Fraktion DIE LINKE weiterhin wie schon in der Vergangenheit an diesem Thema dran ist, und wir würden gern auch noch mal auf eine Selbstbefassung hin im Ausschuss und zu gegebener Zeit beziehungsweise nach der Sommerpause uns dann informieren lassen, wie ist denn jetzt, wie sind die Gespräche gelaufen, was ist passiert seither. Und vielleicht kommen wir dann ja zeitnah, weil ich habe auch tatsächlich selbst dieselbe Frage gestellt, wie lange wollen wir eigentlich noch warten, weil wir haben immer gewartet. Wir haben mit der Störerhaftung zuerst gewartet. Wir haben gesagt, okay, jetzt müssen wir ein bisschen warten, wie man es umsetzt. Dann hieß es, die Bundesregierung plant die Gemeinnützigkeit für Freifunker, dann warten wir jetzt noch lieber, damit es einfacher ist. Und da gebe ich Ihnen recht – und das hat aber auch das Gespräch im Dezember gezeigt im Energieausschuss und im Digitalisierungsausschuss –, dass wir da nicht mehr allzu lange warten sollten. Und ich glaube, da waren sich alle Beteiligten einig, und ich hoffe, wir können da gemeinsam im Gespräch bleiben und das voranbringen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Rainer Albrecht, SPD, und
Tilo Gundlack, SPD: Sehr gut!)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter.

Das Wort hat jetzt noch einmal für die Fraktion DIE LINKE Frau Kröger.

Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Vielen Dank, Herr Kollege da Cunha, dass Sie auf meine Rede eingegangen sind. Das haben andere Redner hier im Saal nicht so gut hinbekommen.

Eine Bitte nicht nur in diesem Zusammenhang, sondern auch generell: Ich finde es ein bisschen unredlich, mich als Landtagsabgeordnete immer auf Rostock zu reduzieren. Wenn ich das umkehre, würde ich ja auch behaupten, dass Sie sich immer nur für die Kreise oder Gemeinden hier im Landtag einsetzen, aus denen Sie kommen,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Machen wir doch. Strategiefonds!)

und das wäre ja genauso unredlich und auch ein bisschen seltsam.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Ich glaube, es ist schon in Ordnung, wenn wir regionale Interessen also aus unseren Wahlkreisen auch mit ins Parlament tragen. Ich glaube, das ist auch unsere Aufgabe, wenn in Waren irgendwas nicht stimmt oder in Demmin oder aber eben in Rostock. Das ist schon gut so, aber ich glaube, als Landtagsabgeordnete sind wir immer verantwortlich, den Blick aufs ganze Land zu haben, und deshalb finde ich das ein bisschen unredlich zu sagen, ah, die Frau aus Rostock kümmert sich nur um Rostock, hat auch nur mit Rostockern geredet. Das ist großer Unsinn und das verbitte ich mir auch, denn auch wir reden mit Freifunkern und ausdrücklich mit Menschen, die nicht alle in Rostock wohnen, wie ich es gerade sagte, und auch da gab es durchaus Ausführungen, die versucht haben, uns das hier ein bisschen zu unter-

stellen, dass wir diese Gespräche nicht führen würden. Das ist natürlich Quatsch!

Und dann gibt es so ein bisschen Grautöne. Also, Herr Minister, einiges, was Sie ausgeführt haben, kann ich nicht so ganz nachvollziehen. Also da sind Sie meinem Wortbeitrag nicht gerecht geworden. Also ich habe nicht gesagt, dass wir da hinkommen wollen, dass es sozusagen in der Zusammenarbeit mit Kreisen oder Gemeinden dann eine Art Bestellzettel gibt, dass es nur darum geht, das öffentliche Gebäude auf kommunaler Ebene, dass die Kommune auf die Freifunker losgeht oder auf die Initiativen und sagt, oh ja, wir würden hier gern auch was machen bei unseren Gebäuden, sagt uns mal, wie wir das machen sollen und was wir machen können, und schraubt uns mal ein Gerät an die Wand. Das habe ich weder gefordert noch jemals gesagt, und das ist sicherlich auch nicht Sinn der Übung.

Von daher ist natürlich diese Argumentation ein etwas verkürzter Blick auf das, was ich ausgeführt habe. Sie sagen, Sie arbeiten seit zwei Jahren an diesem Thema. Das ist natürlich sehr gut, dass Sie seit zwei Jahren an dem Thema arbeiten,

(Tilo Gundlack, SPD: Intensiv!)

und dann verbleibt aber am Ende der Debatte im Saal doch die Botschaft, wir sind dabei. Wir sind dabei. Und dieser Antrag hat ja auch eine Ursache. Das ist natürlich die Expertenanhörung, das ist natürlich auch die Erwartungshaltung, dass es vielleicht von Ihnen einen Antrag zu dieser heutigen oder jetzigen Landtagssitzung gegeben hätte zu dem Thema, was ja durchaus nach so einer Expertenanhörung nicht ganz unüblich ist. Wenn Sie seit zwei Jahren an dem Thema dran sind, dann muss ja irgendwo sich auch mal ein Weg verdichten.

Ob das nun über die Ehrenamtsstiftung ist oder anderweitig, auch an dieser Stelle bei der Debatte sich so an dem Begriff „Förderung“ aufzuhängen und diesen Begriff der Förderung immer mit der Technik zu verbinden, was ich in keinsten Weise getan habe in meinem Redebeitrag – ich habe gerade noch mal reingeguckt, ein einziges Mal fällt das Wort „Technik“, und dann kommen noch viele andere Sachen hinzu –, also das war auch eine doch sehr arge Verkürzung, immer wieder zu sagen, nein, die Technik ist nicht das Hauptproblem, das hat DIE LINKE nicht verstanden. Ja, doch, weil das hat DIE LINKE noch nie gesagt, dass das das Hauptproblem ist. Also da bitte ich doch darum, ein bisschen genauer zuzuhören.

Ja, wir haben es mit sehr unterschiedlichen Organisationsformen zu tun, mit Einzelpersonen, alles im Ehrenamt, mit ganz unterschiedlichen – das hat der Kollege da Cunha ja auch gut dargestellt –, unterschiedlichsten Entstehungsgeschichten, Motivationen, Bedingungen vor Ort. Das ist natürlich ein sehr breites und diverses Feld, das ist uns schon auch klar. Das nehmen wir ja auch wahr und darüber haben wir ja auch schon miteinander gesprochen. Und es geht natürlich auch deshalb überhaupt gar nicht, ihnen von oben irgendwas aufzusetzen, zu sagen, das ist jetzt unser Konstrukt, da sind wir bereit, euch zu unterstützen, das sind die Mittel, die ihr kriegt, mit diesen Kriterien, wie das bei so einer Förderung immer so üblich ist, und das sind so die Parameter, und die müssen jetzt erfüllt werden. Dass das in diesem Bereich also nur bedingt bis gar nicht funktioniert, das ist uns schon auch klar. Deshalb ist der Antrag so vorsichtig

formuliert, und deshalb habe ich auch nicht in meiner Rede gesagt, wir brauchen hier ein Förderprogramm, das müssen wir beraten, das müssen wir beschließen, und dann wird das übers ganze Land gestülpt. Das ist Unsinn und das funktioniert natürlich nicht, und das ist uns auch schon klar.

Wir haben 400.000 Euro eingestellt, sagen Sie, die sind da, und jetzt fehlt nur noch der Weg, dahin zu kommen, mit diesem Geld irgendwie auch was zu machen. Ehrenamtliche anzuwerben, ist sicherlich ein guter Weg, Werbung zu machen dafür, als Freifunkerin, als Freifunker aktiv zu sein. Deshalb glaube ich trotzdem, dass da eine Zusammenarbeit mit der kommunalen Ebene wichtig ist, weil so was ist vor Ort zu kommunizieren und vor Ort noch mal dafür zu werben und zu erklären, was heißt das eigentlich und was machst du eigentlich, wenn du Freifunker bist. Da ist man einfach auch noch mal deutlich näher dran, als das hier von der Landesebene runter zu tun.

Und zum Schluss noch ein Hinweis: Das eine ist ja die Freifunkdebatte, das andere – und wir haben uns ja nur an dieser einen Schnittstelle jetzt eben mal getroffen dieser beiden Themen –, das andere ist der große Themenkreis „Ausstattung der Landesimmobilien mit WLAN“, wie es ja auch in Ihrem Koalitionsvertrag steht. Dazu hatten wir schon mal eine Debatte. Wir waren uns damals am Ende der Debatte, so war mein Eindruck, einig, dass das natürlich nicht bei allen Landesimmobilien Sinn ergibt, öffentlich zugängliches WLAN einzurichten, und dass ein solcher Prüfprozess natürlich auch sehr aufwendig ist, wenn man sich jetzt jeder Immobilie einzeln zuwendet und schaut, wo lohnt sich das und wo nicht, sondern dass irgendwo aus einer Situation oder einer Selbstmeldung heraus der Bedarf kommen muss. Aber auch an dieser Stelle ist ja die Frage, wie eine solche Diskussion eigentlich geführt wird oder wann und wie ein solcher Bedarf eigentlich gemeldet wird.

Also da stehen wir ja auch immer noch am Anfang, weil es ist nur eine Immobilie, und Punkt! Und wenn sich das verbessern soll, dann müssten wir vielleicht auch noch mal darüber reden, was man in diesem Bereich noch tun kann. – Vielen Dank und einen schönen Restfreitag.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Kröger.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4627. Wer dem zustimmen wünscht, bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4627 bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE, bei Ablehnung durch die Fraktionen der SPD und CDU sowie Enthaltung durch die Fraktion der AfD sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 11. März 2020, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche allen ein angenehmes Wochenende!

Schluss: 12.51 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Manfred Dachner, Christoph Grimm, Jörg Heydorn, Dagmar Kaselitz, Nikolaus Kramer, Dr. Mignon Schwenke und Bernhard Wildt.